



Einladung zum STAKEHOLDER- DIALOG: “Vision 2050”



INHALT

Editorial

Hunger – muss nicht sein 3

Wochenrückblick

1 Milliarde Menschen nachhaltiges Bankgeschäft 4

E.ON im Dow Jones Sustainability Index. 4

RWE Innogy errichtet erstes Biomassekraftwerk auf Sizilien. 5

Tourismus, TUI und Biodiversität. 5

Nachhaltigkeit

3. Nachhaltigkeitskonferenz 7

PALMÖL MACHT KRANK – und an Palmöl klebt Blut! Richard Weixler . . 10

CSR-Strategie der Bundesregierung: Kritik von NGOs
und sinnentleertes Bündeln. 12

Serie: Start-ups der Nachhaltigkeit 14

GUNDARA – die andere Ledertasche 16

Soziales

Die soziale Schieflage nimmt zu. Mehr Geringverdiener 20

DEICHMANN-Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit 22

Kommentare

Ein Anstoß aus aktuellem Anlass: Von Politikern und Lobbyisten;
Michael Neugebauer 24

Konzept zur Gebäudesanierung rechtfertigt nicht die Laufzeitverlängerung
für Atomkraftwerke; Fabian Tacke. 26

Bewusst... ; Sarah Neuwirth 28

Buchbesprechung

Teilen lernen; Ariane Rüdiger 30

EU-Report

Kurzmeldungen 32

Energiesparen: Kommission führt neue Energieetiketten für Fernsehgeräte,
Kühlschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen ein 43

Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU: Kommission
legt umfassendes Legislativpaket vor 45



IMPRESSUM:

Verleger/Eigentümer: Glocalist Media
& Think-Net for Sustainability GmbH
Glocalist Medien – Berlin:
Brückenstrasse 2, 12439 Berlin
office@glocalist.com
Web: www.glocalist.com
Anschrift Österreich: Glocalist Medien,
Bechardg. 16/20, 1030 Wien.
Tel: +43/1/710 16 46

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:
office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim
chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com

unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders
angegeben: Archiv Glocalist Medien
sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Spinka, Industriellenvereinigung
Sigrid Greutter-Kuhn, debra-austria
(Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA
Kurt Krickler, ist Mitbegründer und
seither Mitarbeiter der Homosexuellen
Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpace -
Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des
Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of
NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor &
Theatermacher

BEIRAT DEUTSCHLAND:

Michael Assländer, Deutsches
Netzwerk Wirtschaftsethik
Martin Dieckmann, Referent für
Medienpolitik und Medienwirtschaft
beim ver.di-Bundesvorstand Stefan
Nährlich, Geschäftsführer der
Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,
GF „Weltwirtschaft, Ökologie &
Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und LeserInnenbriefe wird keine Haftung
und Gewährleistung übernommen. Der
Herausgeber und die Redaktion behalten
sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge drücken nicht un-
bedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für Beiträge und ihren
Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die
AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die
weder Verlag noch Redaktion eine Haftung
übernehmen, werden nur dann zurückge-
sandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER

Hunger – muss nicht sein

Die Ernährungsexperten von „Brot für die Welt“ haben nachgerechnet: Mit der aktuellen Nahrungsmittelproduktion könnte man 12 Milliarden Menschen mehr als hinreichend ernähren.

Bei einer aktuellen Weltbevölkerung von rund 6,8 Milliarden Menschen müssen daher nicht rund eine Milliarde Menschen hungern und sterben.

Die Gründe dafür sind einfach wie erschreckend banal: Es geht mal wieder um die Gier. Lebensmittelpreise werden künstlich hochgehalten, Spekulation auf Nahrungsmittel, ein ruinöser Subventionswettbewerb und schließlich das zunehmende Land Grabbing, sprich gutes Land wird den Entwicklungsländern „abgekauft“, welches dadurch nicht mehr der Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung steht. Und schließlich die mangelhafte Umverteilung.

Kurz, alle Gründe für die aktuelle Hungermisere sind von Menschenhand gemacht und nicht irgendwelchen natürlichen Rahmenbedingungen geschuldet. Sie können daher auch von Menschenhand wieder beseitigt werden.

Die Pläne und Ansätze dafür liegen in den Schubladen der Welt. Eine Welt ohne Hunger und Mangel ist möglich, es wäre aber eine Welt, in der nicht die Gier eines jeden bedient werden kann. Dies scheint das geringere Opfer wohl darzustellen. ■

Europas Biodiversität der Bodenorganismen – Neuer Atlas unterstreicht Bedeutung und deckt Bedrohungen auf.	48
Präsident Barroso und der chinesische Premier Wen Jiabao eröffnen das erste hochrangige Kulturforum EU-China.	52
Die „Innovationsunion“ – Ideen in Arbeitsplätze, umweltfreundliches Wachstum und sozialen Fortschritt umsetzen	53
Biodiversität: Bewertung bestätigt Verfehlen der EU-Ziele für 2010, zieht aber wichtige Schlussfolgerungen	56

Dokumentenspeicher

EINLADUNG STAKEHOLDER-DIALOG „Vision 2050“	58
„Vision 2050“	59

1 Milliarde Menschen nachhaltiges Bankgeschäft

Die Global Alliance for Banking on Values (GABV) verkündet im Rahmen der Clinton Global Initiative in New York erste Erfolge und setzt sich weiter ehrgeizige Ziele: Bis 2020 sollen eine Milliarde Menschen mit nachhaltigen Bankgeschäften erreicht werden.

Das Fazit der Global Alliance for Banking on Values auf dem Treffen letzter Woche fiel durchweg positiv aus, was sehr erfreulich ist: "In weniger als einem Jahr konnten wir gemeinsam knapp 400 Millionen Dollar an neuem Eigenkapital einsammeln. Damit haben wir unser Ziel weit übertroffen: Ursprünglich geplant waren 250 Millionen Dollar innerhalb von drei Jahren", so Thomas Jorberg, GLS-Vorstandssprecher und Mitglied des Steering Committees, am Rande der Clinton Global Initiative (s.h. auch Bericht auf Glocalist > bit.ly/b7tEYu).

Die wesentlichen Beschlüsse des Bündnisses sind im Überblick:

- Bis 2020 wollen die Mitglieder das Leben von einer Milliarde Menschen mit nachhaltigen Bankgeschäften positiv beeinflussen.
- Die Eigenkapitalbasis wird weiter gestärkt, dazu werden internationale Instrumente entwickelt. Das nachhaltige Kreditgeschäft wird entsprechend ausgebaut.
- Vereinbart ist eine enge Zusammenarbeit in der Ausbildung von Nachwuchsbankern mit einem internationalen Trainee- und Austauschprogramm und einer speziellen Online-Plattform.
- Das Netzwerk selbst soll signifikant erweitert werden. Im Gespräch sind neue Mitglieder aus Europa, USA und Südamerika.

- Darüber hinaus arbeitet die Allianz an neuen Methoden zur Messung der sozialen und ökologischen Wirksamkeit des nachhaltigen Bankings.

Die GABV wurde im März 2009 gegründet und vertritt sieben Millionen Kunden in 20 Ländern mit einer Bilanzsumme von über 14 Milliarden Dollar. Ziel des Netzwerks ist der internationale Austausch von Know-how und das Vorantreiben eines nachhaltigeren Finanzmarkts. Das nächste Treffen findet im Frühjahr 2011 in Peru statt.

E.ON im Dow Jones Sustainability Index

E.ON hat sich erneut für den weltweit wichtigsten Index für Nachhaltige Unternehmen, den Dow Jones Sustainability Index (DJSI), qualifiziert. Durch diese Auszeichnung wird die auf nachhaltiges Wachstum und Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmenspolitik des Konzerns anerkannt. Wie das mit einem Atomkurs zusammenpasst ist aber fraglich.

Der Index ist eine wichtige Orientierung für eine steigende Zahl von Investoren, die in nachhaltig wirtschaftende Unternehmen investieren wollen und häufig langfristig orientiert sind. Dieser Index ist nach dem best-in-class-Prinzip organisiert, was auch die wesentlichste Schwäche von diesem Index darstellt, denn dadurch kann Atomkraft als "nachhaltig" durchgehen, was diese sicher nicht ist. Auch passt das nicht zur Nachhaltigkeit, wenn man Geheimverträge abschließt, wobei dies mehr die Bundesregierung trifft. Ebenso wenig passend, wenn man Vertragsklauseln gegenüber Privatkunden in Verwendung bringt, die erfolgreich von Verbraucherschützer bekämpft worden sind (s.h. Bericht auf Glocalist > bit.ly/cSpGtK). Man wird sehen, wie sich dies im nächsten Jahr auswirkt.

Erstellt wird der Index von der Schweizer Investmentboutique Sustainability Asset Management (SAM) in Kooperation mit Dow Jones Indexes.

E.ON-Vorstandsvorsitzender Johannes Teysen: „Die erneute Aufnahme in den Nachhaltigkeitsindex ist eine wichtige Anerkennung für unser transparentes und gesellschaftlich verantwortliches Wirtschaften. Sie ist zugleich ein klares Signal, dass E.ON in besonders verantwortlicher Weise Wert für die Anleger und die Gesellschaft schafft. Für das E.ON-Management ist diese Auszeichnung ebenso ein Ansporn, die Dimension Nachhaltigkeit noch stärker bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen und unsere Leistungen für Umwelt und Gesellschaft kontinuierlich weiter zu verbessern.“

Herausragend abgeschlossen hat E.ON auch in diesem Jahr in dem sozial-gesellschaftlichen Bereich. In allen Unterkategorien schneidet E.ON hier weit über dem Durchschnitt ab und erreicht teilweise Maximalwerte. Die Mitgliedschaft in diesen Indizes müssen sich die Unternehmen jährlich neu verdienen, denn sie können aufgrund einer schlechten Bewertung auch wieder aus den Indizes genommen werden.

RWE Innogy errichtet erstes Biomassekraftwerk auf Sizilien

Grünes Licht für 18,7 Megawatt dezentrale Stromerzeugung Joint Venture zwischen RWE Innogy Italia und Fri-El Green Power realisiert zweites gemeinsames Projekt.

Das Unternehmen wird Mehrheitseigentümer des Kraftwerkes sein und besitzt gemeinsam mit seinem Joint Venture Partner Fri-El Green Power 90 Prozent der Anteile am Projekt.

Die restlichen zehn Prozent gehören dem römischen Unternehmen Infrastrutture e Gestioni S.p.A.. Nach bisherigem Planungsstand sollen die Arbeiten zum Bau der Biomasseanlage

noch in diesem Jahre beginnen. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2012 geplant.

Das Biomassekraftwerk hat eine Leistung von 18,7 Megawatt und ist für eine Stromerzeugung in Höhe von 128.000 Megawattstunden ausgelegt. Damit können rund 30.000 Haushalte jährlich mit Strom versorgt werden. Das Investitionsvolumen beträgt 61 Millionen Euro.

Die erneuerbaren Energien tragen derzeit mit rund 6,8 Prozent zur Stromerzeugung in Italien bei. Bis 2020 soll dieser Wert auf 17 Prozent steigen. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird in Italien vorrangig über ein System „grüner Zertifikate“ unterstützt.

Stromanbieter sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz auf Basis erneuerbarer Energien anzubieten. Von dieser Verpflichtung können sie sich über den Zukauf entsprechender Zertifikate befreien.

Tourismus, TUI und Biodiversität

Biologische Vielfalt ist eine Überlebensfrage für die Tourismusbranche geworden. Der Zusammenhang ist recht einfach: Intakte Lebensräume und Artenvielfalt gehören zum Geschäftskapital des Tourismus.

Die TUI AG, Europas führender Touristikonzern, setzt sich aktiv mit dem dramatischen Verlust von Ökosystemen und Arten auseinander und hat gemeinsam mit dem Global Nature Fund Touristiker einen Dialog gestartet: Eine zweitägige Veranstaltung bildete den Auftakt einer Workshop-Serie der European Business and Biodiversity Campaign, an der namhafte Partner aus europäischen Ländern beteiligt sind.

Was bedeutet es für den Tourismus, wenn die Korallenriffe in den Taucherparadiesen innerhalb von 20 Jahren infolge des Klimawandels verschwunden sind oder die aktuell geplante Straße quer durch den Serengeti Nationalpark eine der letzten großen Wildtierwanderungen unterbricht? Welchen wirtschaftlichen Wert hat das Beobachten von Walen und Delfinen vor der Küste der Kanarischen Inseln für einen Reiseveran-

stalter oder das Feuchtgebiet, das entscheidend zu einem ausgeglichenen Wasserhaushalt beiträgt? Wie kann man Natur und Artenvielfalt wirtschaftlich nutzen, ohne zu schaden?

Die wesentliche Erkenntnis: Der Tourismussektor hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, Natur zu zerstören und auch jetzt gibt es immer noch unverantwortliche Investoren und Tourismusanbieter.

Aber es wächst die Zahl der Unternehmen, die sich der Verantwortung bewusst sind und Bereitschaft zeigen, ihren Beitrag zu leisten, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und damit die Geschäftsgrundlage zu erhalten.

"Der Verlust der Artenvielfalt hat ebenso schlimme ökologische und ökonomische Folgen wie der Klimawandel. Es ist ein Thema, das die gesamte Tourismusbranche betrifft, aber leider ist die Gruppe der Unternehmen, die konkrete Maßnahmen ergreifen, immer noch überschaubar und muss weiter wachsen", resümierte Marion Hammerl, die Präsidentin des Global Nature Fund.

"Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, aber auch mit Wettbewerbern daran arbeiten, den Artenschutz noch stärker in unserem touristischen Handeln zu verankern", erklärte Mila Dahle, Leiterin des Konzern-Umweltmanagements/Nachhaltige Entwicklung der TUI AG.

Mit der europäischen Kampagne "Business and Biodiversity" wollen der Global Nature Fund und sechs Partner aus Deutschland, Spanien und den Niederlanden Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftsbranchen informieren und motivieren, sich mit Biodiversität und dem Verlust von Lebensräumen und Artenvielfalt auseinander zu setzen. Die Kampagne wird unterstützt durch das LIFE+ Programm der Europäischen Union

Web > www.business-biodiversity.eu

Albert Schweitzer hat den Schwachen ein Zuhause gegeben

Helfen Sie, es zu erhalten

In fast 100-jähriger Tradition sind in Albert Schweitzers Spital medizinische Versorgung und soziale Lebenswelt vorbildhaft herangewachsen. Ein verlässliches Zuhause, auch für über 800 Kinder, die jährlich im Spital in Lambarene zur Welt kommen. Helfen Sie uns, dies zu erhalten.

Spendenkonto 0004 300 300 • BLZ 500 906 07

Bei Spende bitte Adresse angeben wg. Spendenbestätigung



Erfahren Sie mehr über Albert Schweitzer und Lambarene. Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich die Broschüre „Albert Schweitzer – wissenswert“.

Bitte Coupon einsenden an:
Deutscher Hilfsverein für das Albert-Schweitzer-Spital in Lambarene e.V.
Wolfsgangstraße 109 · 60322 Frankfurt
www.albert-schweitzer-zentrum.de

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

1-GR-1



3. Nachhaltigkeitskonferenz

Im romantisch und abseits gelegenen Pielachtal fand in den Steinschaler Naturhotels die 3. Nachhaltigkeitskonferenz unter dem Motto "Leben und leben lassen" vom 27. bis 28.9. statt. Veranstalter waren die Mostviertler Tourismus GmbH. (MTG).

Veranstalter der Mostviertler Nachhaltigkeitskonferenz im Pielachtal sind Mostviertel Tourismus, die Niederösterreich Werbung und der Club Niederösterreich. Bereits zum dritten Mal fand die Konferenz im Pielachtal statt, das 2007 als Vorbildregion für Nachhaltigkeit mit dem EDEN-Award der EU ausgezeichnet wurde. Hier bewährt sich das Steinschaler Dörfel in Frankenfels als Austragungsort.

Die dritte Nachhaltigkeitskonferenz im Pielachtal erhielt gleich zwei Auszeichnungen: Das Umweltzeichen für „green meetings“ und das Zertifikat als „klimaneutrale Konferenz“ von ClimatePartner.



Einer der Grundfragen war, braucht Nachhaltigkeit neue Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle? Und die Antwort fiel recht eindeutig aus: Ja, aber über den Weg gab es auf dieser Konferenz eine fruchtbare Diskussion ohne abschließende Antworten. Viele Visionen wurden aber geöffnet.

Im Fokus stand von daher "Was bedeutet Nachhaltigkeit für die touristische Finanzierung und den wirtschaftlichen Erfolg?" und "Was hat es mit nachhaltigen Medien auf sich?", schließlich "Wohin geht die Regionalentwicklung?".

Die Abkehr vom Wachstumsdenken, mehr Kooperation statt Konkurrenz, die zuneh-



**MAG. CHRISTIAN FELBER (ATTAC ÖSTERREICH),
PROFESSOR DR. HARALD WELZER (SOZIOLOGE, ESSEN)**



**MAG. CHRISTIAN FELBER, UWE GREFF, DIR. DR. WILFRIED
HANREICH, MAG. GERHARD SCHIEFER**

mende Bedeutung von regionalen Besonderheiten im Tourismus sowie verschiedene Fallbeispiele – von nachhaltiger Unternehmensführung bis zur E-Mobilität - standen im Mittelpunkt der 3. Mostviertler Nachhaltigkeitskonferenz im Pielachtal.

Zu den Referenten zählten unter anderem DI Josef Riegler (Ökosoziales Forum), Professor Christoph Madl (Niederösterreich Werbung), Mag. Christian Felber (attac Österreich), Professor Dr. Harald Welzer (Soziologe, Essen), die Hoteliers Karin Leeb (Hochschober) und Jürgen Krenzer (Rhönschaf-Hotel) sowie Vertreter von Banken und nachhaltigen Medien, wie den Glocalist Medien.

Gut 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zählte die Konferenz, die auch zwei Auszeichnungen erhielt: Das Umweltzeichen für „green meetings“ und das Zertifikat als „klimaneutrale Konferenz“.

Zum Auftakt der Konferenz begrüßten Mag. Andreas Purt (Mostviertel Tourismus) und Professor Christoph Madl, MAS (Niederösterreich Werbung) gut 120 Besucherinnen und Besucher, die ins Steinschaler Dörfel ins Pielachtal gereist waren - zum großen Teil öffentlich oder in Fahrgemeinschaften. Professor Madl unterstrich die Bedeutung von Nachhaltigkeit, die auch ein zentraler Teil der Wirtschaftsstrategie des Landes Niederösterreich ist.

„Unser kulturelles Modell und traditionelle Lösungsstrategien haben ihre Grenzen erreicht“, stellte Dr. Harald Welzer (Soziologe und Sozialpsychologe, Essen) fest. Er tritt für eine Form des Wirtschaftens und Lebens ein, die nicht auf Wachstum, sondern auf das Kultivieren des erreichten Lebensstandards setzt. Über ein Wirtschaftsmodell mit möglicher Zukunft, nämlich die Gemeinwohl-Ökonomie, die Konkurrenz durch Kooperation ersetzt, sprach Mag. Christian Felber (freier Publizist, Universitätslektor und Mitbegründer von attac Österreich).

Neue Banken – nachhaltige Finanzierung

Mag. Christian Felber stellte außerdem die demokratische Bank vor, die demnächst als genossenschaftliche Privatbank gegründet werden soll: Sie erwirtschaftet keine Gewinne und arbeitet kostendeckend. Die Prinzipien der ersten sozial-ökologischen Bank, die bald auch in Österreich vertreten sein wird, präsentierte Uwe Greff (GLS Gemeinschaftsbank, Bochum).

Mag. Gerhard Schiefler (Österreichische Hotel- und Tourismusbank) referierte über die Bedeutung von nachhaltiger Finanzierung und über relevante Kriterien. Wie Banken ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können,



KARIN LEEB, JÜRGEN KRENZER, MAG. ALEXANDER ZEH

zeigte Dr. Wilfried Hanreich am Beispiel der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG auf.

Soziale Verantwortung – wirtschaftliche Erfolge

Immer mehr Konsumenten legen Wert auf Umweltschutz, soziales und regionales Engagement. Mag. Alexander Zeh (GfK Austria) präsentierte dazu aktuelle Zahlen und Beispiele. Dass sich eine nachhaltige Unternehmensführung in vielerlei Hinsicht lohnt, unterstrich Karin Leeb (Hotel Hochschober). Das Hotel erzielt sowohl bei der Mitarbeiterzufriedenheit als auch bei der Auslastung Spitzenwerte.

Seine Entwicklungsgeschichte – von der Schnitzelwirtschaft zum hochprofitablen Rhönschaf-Hotel im Naturpark Hessische Rhön in Deutschland - präsentierte Jürgen H. Krenzer. Erfolgsfaktoren für ihn sind die Konzentration auf regionale Produkte und – vor allem in der Mitarbeiterführung - das Prinzip der gleichen Augenhöhe.

Erneuerbare Energie – nachhaltig unterwegs

E-Mobilitätsbeispiele aus der Praxis – wie „E-Mobilität in der Wachau“ und das Landrad Vorarlberg – Erfahrungsberichte, das Potenzial für den Tourismus und neue Entwicklungen standen im Mittelpunkt der Vorträge von Dr. Werner Rom (ecoplus GmbH), DI Martin Strele (Kairos, Bregenz), Otto Schuster, MBA und DI Michael Schubert (Fronius GmbH, Wels) sowie Mag. Reinhard Würger (Raiffeisen-Leasing). Dem Thema „ECO-Kompetenztraining für Betriebe“ widmete sich ein Workshop, den Andrea Dietl (knallgrün-new eco, Berlin) leitete.



DR. NEUGEBAUER, FRANZ LERCHENMÜLLER, ROSWITHA REISINGER

Bewusste Konsumenten - nachhaltige Medien

Gegen Quotenjagd und für die Schaffung von Medien der Nachhaltigkeit plädierte Dr. Christian Neugebauer (Herausgeber von Glocalist Medien). Womit man Reisejournalisten begeistern kann, verriet Franz Lerchenmüller (Autor und Reisejournalist). Dass immer mehr KonsumentInnen Lebensfreude und Genuss mit Verantwortung und Respekt verbinden, unterstrich Roswitha Reisinger (Lebensart Verlags GmbH).

Starke Projekte – starke Regionen

Laut DI Josef Riegler (Ökosoziales Forum) braucht Globalisierung Regionalisierung. Wie das in der Praxis funktionieren kann, stellte er anhand des ökosozialen Modells für Regionen vor.

Wie der Bau eines nachhaltig orientierten Feriendorfes in Urnäsch in der Schweiz die regionalen Kreisläufe und die Wertschöpfung deutlich belebte, schilderte Dipl. Architekt Otto Hugentobler (Kantonsbaumeister Appenzell Außerrhoden). Großen Erfolg verzeichnen zwei Montafoner Projekte über Gemeinde- und Branchengrenzen hinweg: „bewusst-montafon“ und die „Wirtschaftsgemeinschaft Montafon“. Details präsentierte Martin Netzer (Bürgermeister von Gaschurn).

Eine schriftliche Dokumentation der Konferenz ist ab Ende November 2010 verfügbar. Sie kann unter www.nachhaltigkeitskonferenz.at bestellt werden. Auf der Website wird es zudem die einzelnen Vorträge zum Anhören geben. ■

PALMÖL MACHT KRANK – und an Palmöl klebt Blut!

Von Richard Weixler

Zerstörung der Regenwälder um Palmöl zu gewinnen – pro Sekunde werden weltweit mehr als 2000 m² Regenwald zerstört, damit Agrar-Konzerne Ölpalmen, Soja und Zuckerrohr etc. pflanzen zu können.

Vom Regenwald zur Ölpalmen-Monokultur

Palmkonzerne und andere wollen riesige Gewinne machen – daher werden jährlich Millionen Hektar Regenwald gerodet, die wertvollen Tropenhölzer verkauft und der Rest angezündet – so entstehen 20-30 % des CO Ausstoßes weltweit! Dies fördert den Klimawandel und schädigt in der Folge unsere Gesundheit!

Palmölplantagen sind ein Feind der Biodiversität – durch die industriellen Ölpalmen-Monokulturen wird der Lebensraum einer riesigen Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten vernichtet – auch den im Regenwald lebenden Menschen geht es an den Kragen.

Palmöl ist mit Abstand das billigste Pflanzenöl auf dem Weltmarkt – wird auf Grund seiner chemischen Eigenschaften vielseitig eingesetzt – in der Lebensmittelindustrie, in der Chemieindustrie und als Sprit.

Vor allem Indonesien und Malaysia zerstören täglich bis zu 50 km² Regenwald, um die Palmölproduktion zu fördern – Menschen, die im Wald leben wie die Penan und andere, werden vertrieben und ermordet – 2 000 Orang Utans werden jedes Jahr getötet und sie sind vom Aussterben bedroht.

Auch in Kolumbien, Brasilien, Peru und in anderen Ländern – werden jährlich Millionen Hektar Regenwald zerstört, Indianer werden brutal vertrieben und erschossen. Brasilien

möchte laut Präsident Lula „das grüne Saudiarabien“ werden – auch Kolumbien möchte an die Weltspitze, was die Produktion von Palmöl betrifft. In diesem Land werden jährlich Tausende Menschen von Paramilitärs ermordet, damit Konzerne riesen Gewinne machen können.

Palmöl macht Krank – ist Krebserregend!

Es besteht fast zu 50 % aus gesättigten Fettsäuren, die hohe Cholesterinwerte und Herzkrankheiten verursachen – und als „Dickmacher“ verschrien sind. Daneben enthält Palmöl auch Fettsäureester (3-MCPD- und Glycidol- Fettsäureester), die als krebserregend eingestuft sind. Vor allem bei raffiniertem Palmöl, ein Bestandteil von Säuglingsmilchnahrung, sind die Schadstoffkonzentrationen hoch. Auch die beliebten Nuss-Nougat- und Schokobrotaufstriche enthalten meist sehr viel Palmöl. Da die Gesundheitsgefahr von der aufgenommenen Menge und dem Körpergewicht abhängt, sind die Kinder besonders gefährdet.

Auch an „Biopalmöl“ klebt Blut

Der Verein „Rettet den Regenwald“ hat wie „SOS-Regenwald“ in Kolumbien festgestellt – dass riesige Regenwaldflächen gerodet, Einwohner vertrieben und ermordet werden! Eine schwere Umweltverschmutzung, Wasservergeudung, die stattfindet – auch daher viele Todesfälle. Die Hersteller von 400 Bio-Produkten wie Alnatura, Allos, Rapunzel, The

Body Shop usw. sollten im Sinne von Menschenrechten und Ethik überlegen, ob sie weiterhin von der Daabon-Gruppe in Kolumbien Palmöl beziehen – an dem „viel Blut“ klebt.

Palmölsiegel ist Etikettenschwindel

Die großen Palmölerzeuger und –verbraucher haben zusammen mit dem WWF des Runden Tisch für Nachhaltiges Palmöl (RSPO) gegründet. Ziel ist es, dem in Verruf geratenen Palmöl unter dem Deckmantel eines „Siegels“ zu neuer Akzeptanz zu verhelfen und immer mehr Palmölplantagen anzulegen. RSPO schließt nicht einmal die Regenwaldrodung aus, soziale Aspekte und der Klimaschutz sind darin überhaupt nicht berücksichtigt!

Autorennotiz: Richard Weixler ist Präsident vom Verein SOS-Regenwald ■



RICHARD WEIXLER MIT EINEM VON DER INTERAMERICANA GERETTETEN FAULTIER

CSR-Strategie der Bundesregierung:

Kritik von NGOs und sinnentleertes Bündeln.

Die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland e.V. kritisiert, dass die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) in der heute vom Kabinett verabschiedeten Nationalen CSR-Strategie keine Erwähnung findet

Das Bundeskabinett hat am 6. Oktober die erste Nationale Engagementstrategie und die Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen („Aktionsplan CSR“ - Corporate Social Responsibility) beschlossen.

Er versucht bürgerschaftliches Engagement und CSR zu verknüpfen, was wohl weniger strategisch-inhaltlich unterlegt ist, außer durch allgemeines Sonntagsgerede, sondern mehr der ministeriellen Allianz von Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesministerium für Familie geschuldet ist. Man muss Geld sparen und beginnt so Dinge, die nicht so wichtig sind zusammenzulegen.

Deshalb darf man sich auch nicht über ein minimalistisches ministerielles Duett in der Pressemitteilung wundern, wo beide Ministerin sagen:

„Viele Menschen und Unternehmen in Deutschland engagieren sich bereits heute mit viel Einsatz für die Gesellschaft. Sie sind der lebendige Beweis dafür, dass es sich lohnt, hier und heute mehr zu investieren, um die Zukunft lebenswert zu gestalten“, sagen die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen.

Mit der Nationalen Engagementstrategie will die Bundesregierung denn also „....den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander

der abgestimmte Engagementförderung in Deutschland legen.“, erfährt man in der Pressemitteilung. Und man muss sich wundern, dass dieser Grundstein neu sein soll. Hier werden wirklich alte Hüte als neue verkauft.

So ist es nur zu verständlich, wenn die Ministerin Kristina Schröder flehentlich bemerkt: „Wir brauchen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, denn diejenigen, die sich freiwillig engagieren, tragen mit ihrem Einsatz, mit ihrer Kreativität und Eigeninitiative zum Fortschritt und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei.“

Ja, der Bürger scheint sich gerade zu verabschieden. Darum sucht man Dialog und Partizipation von Seiten der Bundesregierung und startet einen Online-Dialog, der an Freund und Feind vorbeigeht, nicht mal ignoriert wird und auch einschlägige Medien diesen nicht mit der Feuerzange angreifen wollen.

Und so kommt es, dass nun die nationale Engagementstrategie und die nationale CSR-Strategie einfach mal zusammengehängt werden; ohne Konzept, ohne Idee und Vision. Aber man hat schon eine neue Planstelle geschaffen: Eine – wörtlich – Anlaufstelle für soziale Innovation. Man darf hoffen, dass es nicht mehr ein Auflaufen wird und man muss sich schon nach dem Sinn einer solchen „Anlaufstelle“ fragen

So liest man dann: „Die Bundesregierung wird dafür geeignete Foren des Austauschs fördern und im Bundesfamilienministerium eine Anlaufstelle für soziale Innovationen einrichten.“

Was das außerhalb des Sonntagsreden-Erklärungen mit dem „Aktionsplan CSR“ der Bundesregierung zu tun haben wird, entzieht sich der unmittelbaren Erkenntnis, aber man erfährt hier neuerlich und wie man schon seit Gründung des Nationalen CSR-Forums immer wieder beteuert erhält, dass man die „Sichtbarkeit“ von CSR erhöhen will und verstärkt kleine und mittlere Unternehmen für CSR gewinnen möchte.

Nach 2 Jahren Ankündigungspolitik erscheint es wohl nicht unfair, eine erste gefühlte Bilanz zu ziehen. Außer ein paar Sitzungen, entsprechende „Grundsatzserklärungen“ wie oben ausgeführt und eine Studie von der Pleon durchgeführt und eine Kooperation wie pro-aktive Kommunikation abwehrende Abteilung, hat man kaum etwas vorzuweisen.

Kritik von NGOs

In einem Empfehlungsbericht an die Bundesregierung hatten Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft die Bundesregierung zuvor einhellig aufgefordert, die Ratifizierung der UNCAC voranzutreiben.

Wörtlich heißt es in dem Empfehlungsbericht: "Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die Ratifizierung der UNCAC durch den deutschen Bundestag und deren Umsetzung in Deutschland vorantreiben sowie ihre Partnerländer bei der Implementierung der Konvention weiter unterstützen."

Positiv bewertet Transparency, dass zu dem CSR-Maßnahmenpaket der Bundesregierung die Förderung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die Stärkung internationaler Initiativen zu CSR wie der Global Compact der

Vereinten Nationen gehören. Beide Initiativen stellen wichtige Instrumente zur Korruptionsbekämpfung dar.

Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland: "Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sind sich einig: die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption ist überfällig. Es ist bedauerlich, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, die Hemmnisse zur Ratifizierung der UN-Konvention zu beseitigen."

Die Ratifizierung scheitert in Deutschland daran, dass die strafrechtliche Regelung der Abgeordnetenbestechung nicht den Anforderungen der UNCAC entspricht. Seit Jahren weigern sich die Bundesregierung sowie die Regierungsfractionen einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Durch die Ratifizierung der UN-Konvention würden einheitliche internationale Rahmenbedingungen für verantwortlicheres Handeln von Unternehmen geschaffen. (CN) ■

Serie

Start-ups der Nachhaltigkeit

Es dürfte gerade eine Gründerinnen- und Gründerwelle durch Deutschland und Österreich rollen. Die Glocalist Medien haben über ihre Tages-Online-Zeitung für Nachhaltigkeit einen „Open Call“ gestartet, um Start-ups der Nachhaltigkeit vorzustellen. Die Resonanz war überwältigend, weshalb wir uns entschlossen haben, daraus eine Serie zu gestalten. In jeder Serie sollen jeweils nur zwei Start-ups der Nachhaltigkeit mit ihren eige-

nen Worten präsentiert werden.

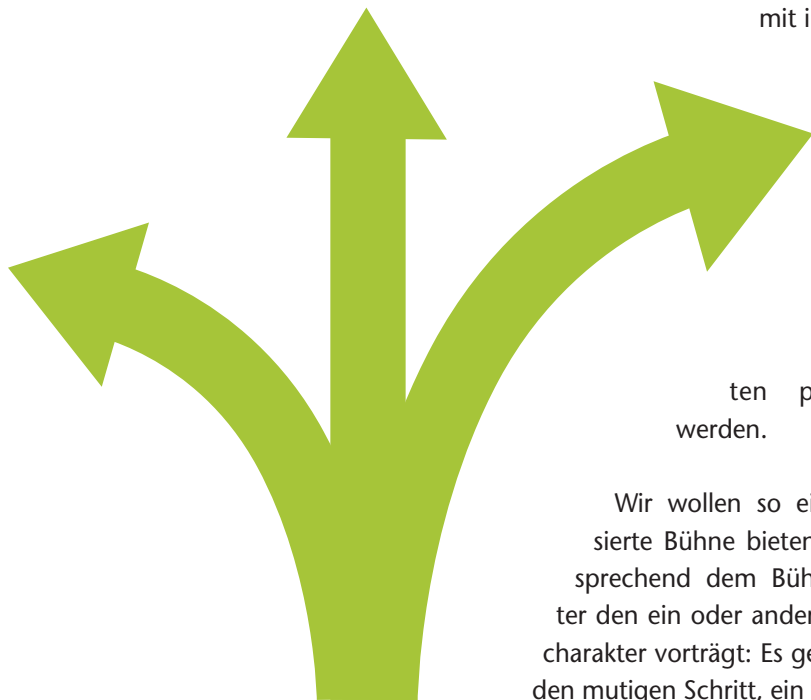
Start-ups aktuell kämpfen. Hier haben wir doch deutliche Unterschiede in den jeweiligen Herausforderungen und Problemen, die Start-ups der Nachhaltigkeit in Österreich und in Deutschland zu matchen haben, festgestellt.

Das Hauptproblem in Österreich dürfte sein, nach zahlreichen Gesprächen mit österreichischen Start-ups, die österreichische Klünger- und Freunderlwirtschaft und die oft parteipolitische motivierte Gewährung bzw. Nichtgewährung von staatlichen Subventionen und Unterstützungen sowie die „Schmutzkonzurrenz“ durch staatsnahe bzw. der Sozialpartnerschaft nahe stehenden Organisationen, die einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb verzerren.

In Deutschland stellt sich als Hauptherausforderung im Zugang zu Gründungskapital und die restriktive Kreditpolitik von Banken gegenüber Kleinunternehmen dar sowie die Herausforderung Marktkommunikation: Um sich auf dem deutschen Markt zu etablieren, braucht es hinreichende Marketing- und Werbebudgets, die für ein Start-up kaum aufzubringen sind. Auch ist eine überbordende Unübersichtlichkeit der jeweiligen Förderungsmaßnahmen gegeben, aber, was erstaunen mag, gibt es zahlreiche Venture Capital und Incubator Gesellschaften auf privatwirtschaftlicher Ebene, die den Start-ups weitgehend unbekannt sind und umgekehrt. Hier gibt es ein deutliches Matchingproblem: Venture Capital Organisationen und Incubators suchen verzweifelt nach Investitions-

Wir wollen so eine fokussierte Bühne bieten, die entsprechend dem Bühnencharakter den ein oder anderen Glanzcharakter vorträgt: Es geht darum den mutigen Schritt, ein Unternehmen der Nachhaltigkeit in Zeiten der Wirtschaftskrise zu belohnen und vor den Vorhang zu bitten.

Wir waren auch von der Vielfalt und dem Engagement positiv überrascht, konnten aber in den zahlreichen Gesprächen auch die Probleme erfahren, mit welchen diese



möglichkeiten und Start-ups suchen verzweifelt nach Kapital und Beteiligungen.

Vergleicht man die Problemlagen in Deutschland und Österreich, so scheinen jene in Deutschland eher lösbar zu sein als jene in Österreich, denn im Falle Österreich rührt es an den politischen Establishment- und Entscheidungsstrukturen.

In Summe aber ein positives Bild, denn es gibt offensichtlich eine vitale Gründerinnen- und Gründerszene sowohl in Österreich als auch in Deutschland. Und das stimmt für eine Wende zur Nachhaltigkeit positiv.

Abschließend ein Wort zur Auswahl: Sicher ist die Auswahl subjektiv und auch von Zufällen geprägt. Es mag und wird sicher noch weit mehr positive Beispiele von Start-ups der Nachhaltigkeit in Deutschland und Österreich geben: Wir werden versuchen diese zu finden, ersuchen aber auch unsere Leserinnen und Leser Start-ups in ihrem Umfeld von dieser Maßnahme der Glocalist Medien zu informieren, damit Start-ups der Nachhaltigkeit ihre verdiente Bühne finden. Die Auswahl und Vorstellung stellt auch keine Empfehlung der Glocalist Medien dar, sondern will auf Potentiale und Möglichkeiten aufmerksam machen: Mehr kann man nicht verlangen, weniger darf man nicht fordern.

Bisher wurden vorgestellt: „WeGreen“ und „Trennungswege“, "echo e.V. – die globale Agora und wadi – solare Trinkwasser-desinfektion", "toodot", "knallgrün", "dwys" (Köln), "kusilver", "Bekleidungssyndikat", "WindCube", "Akademie für Management und Nachhaltigkeit", "ARTIK-Tanken" und EcoLibro vor. ■

Die Spielregeln

Sie haben ein Start-up der Nachhaltigkeit gegründet oder kennen eines? Die Einreichfrist ist jeweils wöchentlich der Donnerstag. Die Glocalist Medien-Medien für Nachhaltigkeit wollen wieder Start-ups der Nachhaltigkeit vorstellen – völlig kostenfrei, um die Wende zur Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Sie haben - ob als Einzelunternehmen, UG, GmbH, AG, Verein, Stiftung oder Genossenschaft – ein Start-up der Nachhaltigkeit gegründet. Im Fokus stehen Produkte oder Dienstleistungen, die einen Beitrag für die Wende zur Nachhaltigkeit leisten. Alle Start-ups mit Gründungsdatum – als Richtwert – ab 30. August 2009 sind dazu eingeladen.

Stellen Sie Ihr Start-up – völlig kostenfrei – im Glocalist Review vor: Senden Sie uns Ihre Eigendarstellung. Dazu schlagen wir folgenden Aufbau vor: Motivation/Grundidee, Ihr Verständnis von Nachhaltigkeit, das Produkt/die Dienstleistung und sein/ihr Beitrag zur Nachhaltigkeit, status quo und Ausblick sowie Angabe Kontaktbox mit Name, Anschrift, Mail und Webadresse) als word.doc mit min. 7.000 Zeichen und max. 7.500 Zeichen inkl. Leerzeichen, Logo oder Bildmaterial als jpg. Redaktionsschluss jeweils der Donnerstag der Woche.

Die aussagekräftigsten Beiträge werden ausgewählt und im wöchentlichen E-Journal für Nachhaltigkeit "Glocalist Review" publiziert (Rechtlicher Hinweis: Es besteht kein Rechtsanspruch auf Publikation noch wird in bar abgelöst. Mit Zusendung garantieren Sie, dass Sie für Ihren Text/Bild über alle Rechte verfügen und räumen den Glocalist Medien das Recht ein, kostenfrei Ihren Text und Bilder zu publizieren. Weitere Autoren- und Urheberrechte verbleiben bei Ihnen).

Rückfragen nur per E-Mail > office@glocalist.com

GUNDARA – die andere Ledertasche

Mein Freund Jean Amat Amoros und ich (Gunda Wiegmann) haben die Firma Gundara im Mai 2009 gegründet. Zwar ist Jean Geograf und ich bin Politologin, aber wir haben uns schon immer für Kreatives interessiert und wollten gerne aus eigener Kraft etwas auf die Beine stellen.

Wir entwerfen Ledertaschen, die wir in Kabul (Afghanistan) produzieren lassen und dann europaweit online auf faire Weise vermarkten.

Als Jean und ich im Frühjahr 2006 auf die kleine Manufaktur von Herrn Yaqub im Zentrum Kabuls stießen, war dort nicht viel los. Zunächst fing ich an für mich selbst Taschen zu entwerfen und diese bei Herrn Yaqub zu bestellen. Jean hatte dann im Januar 2009 die Idee, dass man aus diesen bereits existierenden Taschenmodellen einen kleinen Bestellkatalog machen könnte, um die Taschen zunächst in Kabul besser zu vermarkten. Diese Idee spannen wir dann immer weiter und Jean hatte dann im Frühsommer 2009 die Idee den Gundara-Online-Shop (www.gundara.com) zu eröffnen. Das Wort Gundara ist eine Eigenkreation. Es erinnert an „Guldara“ (persisch für Blumental) und an Gandhara, die buddhistisch geprägte Periode in Afghanistan, Pakistan und Indien. Es kombiniert so ein persisch klingendes Wort mit meinem Namen.

Wir wollten eine positive Nachricht aus Afghanistan hinaus in die Welt schicken und zeigen, dass schöne qualitativ gute Lederprodukte aus Afghanistan kommen können.

Es war klar, dass wir kein weiteres Entwicklungsprojekt im Bereich nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung“ starten wollten, das auslaufen würde, sobald die externe Finanzierung zu Ende ginge und wir das Land verließen. Wir wollten etwas Nachhaltiges schaffen, das sich schon bald selbst finanzieren würde und in dem die Afghanen einen großen Teil der Verantwortung selber tragen würden. Somit konzipierten wir das Unternehmen von Anfang an so, dass es profit-

orientiert sein sollte, da dies Anreize auf afghanischer wie auf unserer Seite schaffen würde.

Herr Yaqub wusste zunächst nicht wie ihm geschah. Wir wollten ihm nicht so viel von unserem Vorhaben verraten, da wir keine falschen Hoffnungen schüren wollten. Herr Yaqub dachte sicherlich, wir seien wieder mal so abgedrehte Europäer mit einer unrealistischen Geschäftsidee als wir in seinen Laden traten und unser Vorhaben vorsichtig erläuterten. Am Tag zuvor hatte er einen furchtbaren Schicksalsschlag erlitten: Seine älteste Tochter war nach kurzer Krankheit verstorben.

Nun standen wir im Laden und hatten zumindest finanziell eine Idee, wie wir der Familie Yaqub mit ihren sechs verbleibenden Kindern wieder auf die Beine helfen konnten.

Wir wollten so den Leuten vor Ort eine berufliche Perspektive bieten. Aus unserer Sicht ist dies der wichtigste Beitrag zum heutigen Wiederaufbau-Prozess in Afghanistan. Wir erkannten schon bald, dass die Afghanen sehr gute Händler sind und dass man gerade hier ansetzen müsste.

Verständnis von Nachhaltigkeit

Wir wollten ein soziales Unternehmen schaffen, das wahrhaftig nachhaltig sein würde. Zunächst sollte Herr Yaqub durch uns seinen Umsatz steigern, aber auch die Qualität der Produkte sollte nachhaltig verbessert wer-



den. Er musste sehr bald Eigenverantwortung übernehmen und lernen unsere Qualitätsansprüche zu akzeptieren und mit seinen Gehilfen bei der Verarbeitung von Materialien, Garnen, Verschlüssen und Futterstoffen umzusetzen.

Heute gehen im Schnitt 30% des Verkaufspreises der Ledertaschen zurück an den Produzenten nach Kabul. Durch Gundara haben ca. 10 afghanische Familien ein regelmäßiges Einkommen. Mit wenigen Ausnahmen bezieht Gundara seine Produkte direkt von den afghanischen Produzenten in Kabul. So geht nichts durch Zwischenhändler verloren. Außerdem verwenden wir vorwiegend Ziegenleder, die in Nordafghanistan hergestellt werden. Das Material kommt aus Afghanistan und die Wertschöpfung findet gleichermaßen dort statt.

Wir sind jetzt nur noch kurzfristig in Kabul und müssen uns ganz auf Herrn Jaqub verlassen. Er trägt somit die Gesamtverantwortung für die Herstellung und teilweise für den Versand.

Status Quo: Kulturelle Berg- und Talbahn

Natürlich war es nicht immer einfach. Zu Beginn haben wir die Taschen erst bei Herrn Jaqub bestellt, wenn uns in Berlin Bestellungen vorlagen. Wir hatten kein Lager. Dadurch hat die Lieferung manchmal sehr lange gedauert. Einmal wurde der Laden von Herrn Jaqub bei einem Selbstmordattentat gegenüber von der indischen Botschaft in Kabul in Mitleidenschaft gezogen und dadurch verzögerte sich unsere Lieferung um mehrere Monate, wofür nicht alle Kunden Verständnis hatten.

Zum Glück haben Jean und ich bereits einige Jahre in Afghanistan gearbeitet und sind mit der Kultur vertraut. Ein sehr wichtiger Türöffner war auch, dass wir beide Dari sprechen und direkt mit Herrn Jaqub und seinen Kollegen kommunizieren können.



Es ist uns gelungen, die Qualität der Ledertaschen ganz wesentlich zu steigern. Dennoch besteht hier immer noch Verbesserungsspielraum. Sowohl das Leder als auch Verarbeitungszubehör sind nicht immer in gleicher Qualität zu haben.

Auch die Kommunikation über die Distanz musste sich erst einspielen. Wir emailen die Bestellungen in der Regel auf Englisch an den Neffen von Herrn Yaqub und besprechen diese dann telefonisch auf Dari mit Herrn Yaqub nach. Der Lernprozess auf beiden Seiten läuft weiter und wir sind damit beschäftigt, Herrn Yaqub und seinen Kollegen klar zu machen, wie wichtig eine gleich bleibende Qualität für uns ist.

Im ersten Jahr haben wir ca. 400 Taschen verkauft. Der Verkauf läuft vor allem über den Online-Shop. Die Website wurde von Jean gestaltet und immer weiter optimiert.

Darüber hinaus verkaufen wir an ein Geschäft in Berlin-Mitte und veranstalten regelmäßig offene Häuser, zu denen wir interessierte Kunden zu uns nach Hause einladen.

Die Taschen wurden mit der afghanischen Post, DHL und heute Bakhtyar von Kabul nach Berlin oder direkt an Kunden im Ausland versandt. Hierbei gab es immer mal wieder Schwierigkeiten, die wir ad hoc lösen mussten.

Als Jean und Herr Yaqub einmal eine Taschenlieferung zur afghanischen Post brachten, wurde ihnen gesagt, dass alle

Taschennähte aufgemacht werden müssten, um die Taschen nach Drogen zu durchsuchen. Den beiden wurde bald klar, dass hier ein „Bakschisch“ gefordert wurde und wir verstanden, dass wir die Versandfirma wechseln mussten.

Gundara hat im ersten Jahr bereits nach Dänemark, die USA, Mazedonien, Luxemburg, Schweden, Frankreich, Österreich und in die Schweiz geliefert. Unsere Kundschaft ist eine Mischung aus Menschen, denen einfach die Taschen gefallen, anderen die das Konzept gut finden und wieder anderen die einen besonderen Bezug zu der Region haben.

Das Gundara-Produkt und der Beitrag zur Nachhaltigkeit

Das Hauptprodukt von Gundara sind Ledertaschen aus Ziegenleder. Im ersten Jahr konnten bereits 80 verschiedene Taschenmodelle entwickelt werden. Gundara möchte das facettenreiche kulturelle afghanische Erbe bestehend aus paschtunischen, tadschikischen, kirgisischen, Hasara etc. Einflüssen bewahren, bzw. in moderner Form neu aufleben lassen. Gundara verwendet feine handgemachte Stickereien und bunte traditionelle Chopan-Stoffe in Kombination mit qualitativ hochwertigen naturfarbenen Ziegenledern, um diese schönen Taschen zu fertigen.

Die Aufgabenverteilung ist so festgelegt: Herr Jaqub ist für Beschaffung der Materialien und Herstellung der Taschen und



den Versand nach Deutschland zuständig. Den Versand in Deutschland und weltweit erledigen wir in Berlin.

Wir sind für die Website, die Bestellungen, die Rechnungserstellung und die Buchführung mit den steuerlichen Fragen verantwortlich. Auch die wenigen Reklamationen laufen über uns.

Ausblick

Ziel ist es das Konzept von Gundara und die schönen Ledertaschen in Europa und auch Afghanistan noch besser zu vermarkten und den Umsatz weiter zu steigern. Auch wird die Produktpalette immer weiter ausgebaut und Gundara hat nun auch sehr schöne Filzprodukte und hochwertige afghanische Susanni-Teppiche im Angebot. Uns wurde bald klar, dass die Produktionskapazität unseres einzigen Produzenten begrenzt ist. Wir sind deshalb auf der Suche nach neuen Produzenten in Afghanistan.

Gundara ist sehr daran interessiert in der Nachhaltigkeits-Community weitere Kontakte zu knüpfen, um sich gegenseitig zu inspirieren und zu unterstützen.

Wir sind ständig auf der Suche nach neuen Möglichkeiten unser Projekt europaweit bekannt zu machen, folgende Beispiele (Lilly Green, die Berliner Zeitung, RBB Radio, Hauptstadtblog, DB Mobil, 3plusx, der TIP und) waren hierbei sehr hilfreich.

Hätte man uns vor einem Jahr danach gefragt, was unsere Vision sei und wo wir in einem Jahr stehen würden, hätten wir sicher nicht gedacht, dass wir bereits jetzt so weit gekommen sein würden.

gundara@gundara.com
www.gundara.com



Die soziale Schieflage nimmt zu

Mehr Geringverdiener

Die Zahl der schlecht bezahlten Jobs nimmt weiter zu. Mehr als 6,5 Millionen Menschen bekamen 2008 einen Stundenlohn unter der Niedriglohnschwelle. Die Studie fordert daher die Einführung eines Mindestlohns.

Seit 1998 ist der Niedriglohnsektor beständig gewachsen, was alarmierend ist. 2,3 Millionen Geringverdiener sind im Verlauf eines Jahrzehnts dazugekommen. Dies geht aus aktuellen Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) hervor.

Die Niedriglohnschwelle - zwei Drittel des mittleren Stundenlohns - lag 2008 bei einem Bruttostundenlohn von 9,50 Euro im Westen und 6,87 Euro in Ostdeutschland. In den alten Ländern beziehen 18 Prozent aller Beschäftigten einen Niedriglohn, in den neuen sogar 40 Prozent.

Bis 2007 hat nicht nur die Zahl derer mit einem Einkommen knapp unter der Niedriglohnschwelle zugenommen: Unter den Geringverdienern ist der Anteil der sehr schlecht bezahlten gestiegen - mit Löhnen, die weniger als der Hälfte oder eines Drittels des mittleren Stundenlohns entsprechen.

"Weder die Sittenwidrigkeitsgrenze noch branchenbezogene Mindestlöhne können die Ausdifferenzierung des Lohnspektrums wirksam begrenzen", urteilt das IAQ.

Daher sei ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland unverzichtbar, schlussfolgert die Studie. Würde man sich am relativen Niveau anderer europäischer Länder orientieren, müsste in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn zwischen 5,93 Euro und 9,18 Euro eingeführt werden.

Das Lohnspektrum in Deutschland franst zunehmend nach unten aus: Ein steigender Anteil der Niedriglohnbeschäftigten verdient weniger als 50% des Medianlohnes, während so niedrige Löhne in vielen anderen Ländern durch gesetzliche Mindestlöhne unterbunden werden.

Protest vom DGB

"Mit dem Haushaltsbegleitgesetz manifestiert die Bundesregierung die Schieflage im Land und kürzt dramatisch zu Lasten der Ärmsten in dieser Gesellschaft, bei gleichzeitiger Schonung der Reichen und Vermögenden. Die Abschaffung der Heizkostenzuschüsse und des Elterngeldes für Hartz-IV-BezieherInnen sowie die Streichung des Rentenkassenzuschusses sind Maßnahmen, mit denen die schwarz-gelbe Bundesregierung die Schwächsten und Ärmsten drangsaliert.", erklärt Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied.

Das Sparpaket der Bundesregierung sei nicht nur sozial ungerecht, es wird auch die Wachstumskräfte abwürgen und zwingt allen anderen europäischen Ländern die deutsche Schuldenbremse auf, führt der DGB weiter aus.

Die Gewerkschaften fordern daher die Einführung der Finanztransaktionssteuer und eine angemessene Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung unseres Staates. Weiters sollen

Mindestlöhne eingeführt werden sowie die Eindämmung der Leiharbeit und des Niedriglohnsektors.

In ihrem 80-Milliarden Sparpaket (bis 2014) geht die Bundesregierung von der Annahme aus, dass die Finanz-, Wirtschafts- und Strukturkrise beendet sei und ein selbst getragener Aufschwung eingesetzt habe. Alle makroökonomischen Indikatoren zeigen jedoch, dass die Konjunktur nach wie vor auf wackeligen Beinen steht, befindet der DGB.

Von daher sei in einer solchen Situation zu sparen kontraproduktiv, denn es gehe darum den Binnenmarkt zu stärken: Obwohl der Binnenmarkt dringend Kaufkraft brauche, kürzt die Regierungskoalition bei den Arbeitslosen, Eltern und Niedriglöhnen, die ihr Geld fast komplett auf dem heimischen Markt ausgeben. "Was unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht hinnehmbar ist, ist auch volkswirtschaftlich verantwortungslos.", resümiert der DGB.



Allein der Bildungsbereich weist jährlich einen zusätzlichen Investitionsbedarf von über 30 Milliarden Euro auf, um auf das Durchschnittsniveau der skandinavischen Länder zu kommen. Davon

ist nicht mehr die Rede - die ausgerufene "Bildungsrepublik Deutschland" ist damit wohl nur Ankündigung. ■

DEICHMANN-Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit

Platz eins für Initiativen aus Bremen und Baden-Württemberg

Die Schule am Oslebshäuser Park in Bremen und die Bäckerei Hårdtner in Neckarsulm haben jeweils Platz eins beim DEICHMANN-Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit belegt. Bundesweit hatten sich engagierte Arbeitgeber, Initiativen und Schulen in den Kategorien „Schulische Präventivmaßnahmen“ sowie „Berufliche Förderung durch Unternehmen, Vereine und öffentliche Initiativen“ für den mit insgesamt 100.000 Euro dotierten Förderpreis beworben. Sebastian Krumbiegel (44), Solokünstler und Leadsänger der Band DIE PRINZEN, und der Initiator des Preises, Heinrich Deichmann (47), zeichneten heute insgesamt elf Projekte aus. „Jeder kann einen sozialen Beitrag leisten. Für mich gilt hier die einfache Grundregel: Nicht immer schimpfen, sondern anpacken. Deshalb bewundere ich Initiativen, die Jugendlichen mit Startschwierigkeiten ohne Wenn und Aber eine Chance geben“, erklärt Sebastian Krumbiegel sein Engagement als Schirmherr. Der Deichmann-Förderpreis wird in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal verliehen und soll auch 2011 ausgelobt werden.

Der Konjunkturmotor brummt, die deutsche Wirtschaft läuft auf vollen Touren. Doch nicht für alle ergeben sich daraus gute Perspektiven. „Unabhängig von der heutigen Wirtschaft gibt es in unserer Gesellschaft leider immer bestimmte Gruppen junger Menschen, für die der Einstieg in den Arbeitsmarkt eine nahezu unüberwindbare Hürde ist“, erklärt Heinrich Deichmann, Initiator des Förderpreises. Deshalb sei die sinkende

Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren, die sich im September 2010 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit auf 318.486 belief, zwar eine gute Tendenz, aber kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. „Der Förderpreis möchte eben solche Initiativen ins Licht der Öffentlichkeit rücken, die für Jugendliche mit Startschwierigkeiten eine neue Perspektive schaffen und ihnen mit innovativen Lösungen die Chance geben, sich in der Praxis zu beweisen und sich nachhaltig in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren,“ begründet Heinrich Deichmann die Entscheidung auch im nächsten Jahr an seinem Engagement fest zu halten.

Preisgelder gehen nach Bremen und Baden-Württemberg

Jeweils 20.000 Euro für die Erstplatzierten der Kategorien „Berufliche Förderung durch Unternehmen, Vereine und öffentliche Initiativen“ sowie „Schulische Präventivmaßnahmen“ gehen nach Baden-Württemberg und Bremen: Die Traditionsbäckerei Hårdtner setzt sich maßgeblich für die berufliche und soziale Einbindung von Jugendlichen in ihrem Landkreis ein. Durch den Ausbildungsvertrag mit drei Hauptschulen im Raum Neckarsulm und Heilbronn werden jährlich Praktikums- und Ausbildungsplätze in verschiedenen Bereichen des Betriebes für die Schüler zur Verfügung gestellt. Für besonders benachteiligte Jugendliche sind 10 bis 15 Prozent der Ausbildungsplätze reserviert. Darüber hinaus unterstützt die Bäckerei ihre Auszubildenden durch ein umfangreiches Ange-

bot. Hierzu gehören zum Beispiel Sprachkurse für Jugendliche mit Migrationshintergrund, innerbetriebliche Schulungen, vergünstigte Betriebswohnungen für finanziell eingeschränkte Nachwuchskräfte sowie ein Betreuungs- und Beratungsangebot für emotional geschwächte Jugendliche.

In der Kategorie „Schulische Präventivmaßnahmen“ hat die Schule am Oslebshauser Park in Bremen den ersten Platz belegt. Das umfangreiche Schulkonzept zur beruflichen Orientierung, das bereits in der 5. Klasse beginnt, stellt die Stärken und Neigungen der Schüler in den Mittelpunkt. In Projektarbeit, beispielsweise im Schulgarten oder auf der Ohlenhof-Farm, erlernen die Schüler verschiedene Arbeitsweisen und üben, ihre Kompetenzen einzuschätzen. Durch Betriebspraktika erkunden sie unterschiedliche Arbeitsfelder, formulieren konkrete Berufsziele und sammeln in der 9. und 10. Klasse weitere Praxiserfahrung. In der Schülerfirma „Sonnenschein“ helfen sie älteren Menschen beispielsweise bei Einkäufen, Arztbesuchen oder Hausarbeiten und lernen in der – größtenteils selbstständig geführten – schulinternen Cafeteria übliche Betriebsabläufe kennen. ■

Preisträger in der Übersicht

	Kategorie I: Berufliche Förderung durch Unternehmen, Vereine und öffentliche Initiativen	Kategorie II: Schulische Präventivmaßnahmen
1. Platz 20.000 €	Bäckerei Härdtner Neckarsulm/Baden-Württemberg	Schule am Oslebshauser Park Bremen
2. Platz 10.000 €	ROCK YOUR LIFE! Friedrichshafen/Baden-Württemberg	Sekundarschule Comenius Salzwedel/Sachsen-Anhalt
3. Platz 5.000 €	Stadt Witten Nordrhein-Westfalen	Hauptschule Coerde Münster/Nordrhein-Westfalen
4. Platz 3.500 €	Teach First gGmbH Berlin	Werner-von-Siemens-Schule Gransee/Brandenburg
5. Platz 2.500 €	Bildungswerk Kreuzberg Berlin	Fritz-Walter-Schule Kaiserslautern/Rheinland-Pfalz
2.000 €	Sonderpreisträger Lippold Glasbau GmbH Dreieich-Sprendlingen/ Hessen	

Ein Anstoß aus aktuellem Anlass: Von Politikern und Lobbyisten

Von Michael Neugebauer

Es geht um das Tun und Lassen von Lobbyisten. Das Berufsbild des Politikers ist in der öffentlichen Meinung eines das von vielen Zweifeln, Vermutungen und negativen Konnotationen verbunden ist.

Die Ursache liegt nicht in der Tätigkeit, des Berufes an sich, sondern immer wie sie ausgefüllt wird. Der Politiker im platonischen Sinn ist ein Lehrer, einer der viele Talente hat und sie zugunsten der Polis einsetzt, über sokratische Dialoge wird Erkenntnis gegeben und erworben. Er, der Politiker, muss jedoch frei von Tadel und eine moralische Instanz sein. Ein ehrenvolles Bild, leider nicht eines das von heutigen Berufspolitikern erfüllt werden kann.

Der Politikertypus von heute ist eben jener, der meist mit seinem Handeln, oder vielmehr Unterlassen, mit faulen Absprachen, Korruption und Unehrllichkeit in Verbindung gebracht wird. Es wird alles getan um zu täuschen und zu tarnen.

Politik wird zur Wettervorhersage, beliebig und falls man wieder einmal inhaltlich daneben liegt, gibt's ein naja oder im besten Fall eine neue Wettervorhersage. Es gibt aber auch noch jene Politiker auf allen Ebenen, auf der Bezirks-, Gemeinde-, Landes und vielleicht in Zukunft auch wieder auf der Bundesebene, die einen Typus verkörpern, der sowohl in seinem Charakter als auch in seinem Tun, mit viel Sachverstand und Erfahrung, weiß welche Schritte zu setzen sind, damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht werden kann.

Jetzt sind wir beim Lobbyisten.

Ein Lobbyist ist jemand, der parteiisch für einen Auftraggeber analysiert, Strategien

entwickelt, mehrere In- und Out- Strategien entwickelt. Jemand, der auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens sich je nach Situation auffällig oder als Teil des Ganzen bewegt. Jemand, der dem Auftraggeber, sei es eine Partei, eine Institution, eine NGO oder ein Staat loyal ist und dessen Tun mit Vertrauen des Auftraggebers ausgestattet ist. Der Lobbyist achtet darauf, dass jene, die er von den Ideen, Produkten, Initiativen überzeugen soll, das Gefühl haben einen verlässlichen, wenn auch parteiischen Partner vor sich zu haben.

Die Kunst des Lobbyisten ist es, Szenarien im Wissen um die Spielregeln zu entwickeln, die ein Maximum am beiderseitigen Nutzen zulassen, ein perfektes Ausreizen der Möglichkeiten auf inhaltlicher Ebene. Der Lobbyist ist dann erfolgreich, wenn er die Interessen des Auftraggebers umgesetzt hat und den anderen die synergetische Möglichkeit gibt, ebenfalls einen Nutzen zu erzielen. In freien Max Weberschen Sinne übt der Lobbyist Macht aus, Macht bedeutet in diesem Fall eben die Durchsetzung des eigenen Willens auch gegen Widerstand.

Die Durchsetzung jedoch ist eben entlang einer sehr intensiven analytischen, sachlich fundierten und menschlich korrekten Vorgangsweise zu wählen. Der Lobbyist ist nicht jener, der erpresst. Der Lobbyist ist nicht jener, der mit dem Geldkoffer überzeugt, wenngleich Geld immer ein Argument ist, aber eben nicht das Mittel. Mit dem Geldkofferargument hat man auch schon alle

seine Möglichkeiten verbraucht, dann mutiert der Lobbyist, sofern er jemals als solcher gesehen werden konnte, zum Kofferträger.

Wie ein lieber Freund es formuliert in einem Kommentar zu diesem Text, Gottfried Schellmann (Vorsitzender des Steueraussschusses der Europäischen Steuerberaterverbandes): „Die von Dir angesprochenen, den Ruf schädigenden Marktteilnehmern, sind jene Systemarbitragisten, die sich herausbilden, wenn das System keine ethischen Selbstkontrollmechanismen entwickelt“.

Der Lobbyist ist nicht der Provisionsempfänger, steht nicht in der Mitte zwischen seinen politischen Freunden und öffentlichen Beschaffungsvorgängen und Firmen, die das Geldkofferrargument bevorzugen, dann wird aus dem Lobbyisten eben nur der Scheinprovisionär, der für seine politischen Freunde kick-back Zahlungen verschleiert.

Der Lobbyist schreibt keine Tagebücher, er schreibt Konzepte. Der Lobbyist hat immer Interessen, die sind aber nachhaltig und auf Vertrauen aufgebaut. Ein Lobbyist sucht die Opportunitäten ist aber selber kein Opportunist. Er muss auch darauf vertrauen können, dass seine Partner, seine Auftraggeber seinem Tun Vertrauen schenken, ihn nicht hintergehen oder betrügen. Sollte dieser in der Politik nicht seltene Fall eintreten, aus eigener Ansicht kenne ich diese Situation nur zu gut, in diesem Fall mutiert der Lobbyist gegenüber dem illoyalen Auftraggeber, sei er Unternehmer oder Politiker, zum Gegner.

Denn der opportunistische Auftraggeber ist ebenso schlimm wie der Tagebuchsreiber. Jener Lobbyist, der seine Berufung versteht, wird die Möglichkeiten finden, egal wie viel Zeit es benötigt um seinen Schritt zu setzen und wird dem meist auch namhaft zu machenden Opportunisten/Auftraggeber der hintergeht/Politiker-Unternehmer der benützt ohne das

Gegengeschäft zu beachten/ eine finale Botschaft ins Stammbuch schreiben. Wer hier seinen Job ernst nimmt hat immer eine Antwort in Talon, eine die immer lauter/härter/schneller/nachhaltiger ist.

Ein Lobbyist zu sein ist ein toller Beruf, nimmt man ihn ernst wird man nicht Euromillionär während einer Legislaturperiode, aber man ist Teil eines Gestaltungsprozesses, der keine Bubi und illoyale korrupte Karrieristen braucht. Die Grundgesetze des Lobbyisten sind Loyalität und Berechenbarkeit, Sachwissen und vor allem moralische Festigkeit, die durch keinen Druck, sei er finanziell, psychologisch oder existenziell, ins Wanken kommt. Ein Lobbyist hat immer einen Weg, denn er gehen kann, um seine Tätigkeit auszuüben, er ist der Entfesselungskünstler der Möglichkeiten in einen Kondominium, regional, klandestin wie öffentlich. Jene PR-Gangster, Rechtsanwälte, Schmiergeldverteiler die Tagebücher schreiben, deren Inhalt dem einer Windel entspricht, lügen wenn sie den Mund aufmachen und Interessen an den Meistbietenden verkaufen sind keine Lobbyisten und gehören dort hin, wo sich schon manche befinden, hinter Gittern.

Ich bin gerne als Lobbyist tätig, auch wenn nicht immer der Glanz und Glamour dahinter steht, denn man trifft doch auch immer auf Unternehmer und Politiker, Menschen eben die Platon Freude machen würden.

Wer das versteht, ist auf dem richtigen Weg.

Autorennotiz: Dr. Michael Neugebauer, Unternehmer/Lobbyist mit Sitz in Wien. ■

Konzept zur Gebäudesanierung rechtfertigt nicht die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke

Von Fabian Tacke

Die Bundesregierung bleibt mit ihrem Energiekonzept zur Gebäudesanierung weit hinter den eigenen Zielen und dem Machbaren zurück. Konkrete Fakten, wie die vorsichtig formulierten Ziele erreicht werden sollen, gibt es nicht.



Die Gebäude sind in Deutschland für etwa 40% des Energieverbrauchs und etwa 1/3 der CO₂-Emissionen verantwortlich. Damit ist klar, dass die Sanierung des Bestandes der wichtigste Baustein zum Erreichen der Klimaschutzziele ist, noch deutlich vor den Sektoren Energiewirtschaft und Transport. Ein kraftvolles Umschwenken in Richtung Klimaschutz wäre also angebracht.

Der Tage hat das Bundeskabinett ein Energiekonzept beschlossen, das im Kern die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke rechtfertigen soll. In der Öffentlichkeit wird das

Konzept als „Zukunftssicherungskonzept für den Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien“ verkauft. Auf dem Deckblatt prangt kein Atomkraftwerk sondern ein Windrad. So soll die Kröte „Laufzeitverlängerung“ schmackhaft gemacht werden. Für den Programmteil Gebäudesanierung ist allerdings nicht erkennbar, wie die anspruchslosen Ziele konkret erreicht und die aus der Laufzeitverlängerung abgeschöpften Gewinne der Atommeiler investiert werden sollen.

Nach dem ersten Entwurf vom 6. September gab es zahlreiche Proteste aus verschiedenen Eigentümerverbänden. Die Medien berichteten ausgiebig über „Zwangssanierung“ und „Billionen von Kosten“ die angeblich auf die Eigentümer zukommen würden. Zahlreiche Ängste, dass alle Häuser in Zukunft mit Dämmplatten verunstaltet werden und die Menschen in schimmeligen Wohnungen leben müssten, wurden geschürt. Sogar der Untergang der deutschen Baukultur wurde bemüht. Auch die Mieterverbände warnten vor unzumutbaren Steigerungen der Wohnkosten. Die Bundesregierung hat sich von der Schwarz-Weiss-Malerei offensichtlich mehr beeindrucken lassen, als von den Szenarien und Empfehlungen der Klimaforscher.

Noch im Entwurf wurde als Ziel der „klimaneutrale Gebäudebestand bis 2050“ postuliert. Das ist vom Grundgedanken her der richtige Ansatz, wird damit doch nicht nur die Senkung des Energieverbrauchs sondern auch die Frage „Wo kommt die Energie her?“ thematisiert. Es ist durchaus machbar,

Gebäude mit einem Energieverbrauch oberhalb vom Niedrigenergiestandard zu schaffen, die durch den Einsatz von erneuerbaren Energien unterm Strich trotzdem klimaneutral betrieben werden. Dies wäre ein Weg, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit miteinander zu verbinden. Allerdings ist der Zeitraum bis 2050 aus Sicht des Klimaschutzes viel zu lang gewählt. Bis dahin sind die erträglichen 2°C Erderwärmung wohl längst überschritten.

Dieses Ziel wurde im verabschiedeten Konzept allerdings auf „Energieeffizienter Gebäudebestand bis 2050“ gestutzt. Damit verbunden ist der Vorsatz, bis 2050 den Primärenergieeinsatz um 80% zu senken und vorwiegend aus erneuerbaren Energien zu decken. Die Sanierungsrate soll von jährlich 1% auf 2% verdoppelt werden. Als erstes Etappenziel nimmt sich die Bundesregierung vor, bis 2020 eine Reduktion des Wärmebedarfs um 20% zu erreichen.

Die Maßnahmen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, bleiben allerdings sehr unkonkret.

Die angekündigte Novelle der Energieeinsparverordnung 2012 setzt lediglich das um, was die Europäische Richtlinie für Gebäudeeffizienz vom Frühsommer diesen Jahres bereits vorgibt: Neubauten sollen ab 2020 klimaneutral betrieben werden. Angesichts der Menge sind die Neubauten allerdings nicht das Problem. Vielmehr geht es darum, den Gebäudebestand zu sanieren.

Es wird in dem Konzept auch ein Standard für den Gebäudebestand ab 2020 angekündigt, allerdings fehlt jede Aussage dazu, wie dieser Standard aussehen soll und wann er kommen soll. Nur über eines ist man sich einig: Der Standard soll vergleichsweise moderat sein, so dass nur die schlechtesten Gebäude betroffen sind. Auch hier folgt das Konzept nur der Europäischen Richtlinie für Gebäudeeffizienz, die vorgibt, dass die nationalen Regierungen einen Standard festlegen sollen.

Auch bei den Fördermaßnahmen wird es nicht konkreter. Wurden im ersten Entwurf für das Marktanreizprogramm noch zusätzliche 200 Mio. Euro pro Jahr und für das Gebäudesanierungsprogramm eine „deutlich bessere Ausstattung“ angekündigt, so beschränkt man sich in der Endfassung auf Formulierungen wie „zusätzliche Mittel“ und „fortführen“. Keine einzige Zahl wird genannt.

Nachdem seit Jahren die steuerlichen Anreize für Immobilienigentümer abgebaut werden, ist nun davon die Rede, dass neue steuerliche Anreize für die Gebäudesanierung geschaf-

fen werden sollen. Dies wäre bei tatsächlicher Umsetzung wahrscheinlich einer der wirkungsvollsten Wege, die Gebäudesanierung zu forcieren. Ob es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, ist zumindest fraglich. Die im ersten Entwurf noch enthaltene Strafregelung für Sanierungsverweigerer wurde fallen gelassen.

Dass das Energiespar-Contracting auch für den Mietwohnungsbereich stärker ausgebaut werden soll, könnte ein guter Ansatz sein. Allerdings ist dazu eine ausgewogene Mischung aus energiewirtschaftlichen und sozialverträglichen Maßnahmen notwendig. Ob die Bundesregierung für diese komplizierte Aufgabe ein Konzept hat, ist nicht ersichtlich.

Ein harte Nuss hat man sich auch noch ins Nest gelegt: Die Novellierung des Mietrechtes um die energetische Sanierung investitionsfreundlicher zu gestalten. Hier streiten die Eigentümer- und die Vermieterverbände schon seit Jahren. Auch ob das tatsächlich notwendig ist oder die bereits bestehenden Instrumente nicht ausreichen, wird von vielen ebenfalls hinterfragt. Letztendlich ist im Energiekonzept dazu kein neuer Beitrag erkennbar. Eine Regelung, die einerseits die Investitionen erleichtert und andererseits sozialverträglich ist, wäre wohl dringend erforderlich. Ansonsten droht die Gefahr, dass der Klimaschutz gegen die Sozialverträglichkeit ausgespielt wird.

Unterm Strich ist das Energiekonzept in Sachen Gebäudesanierung eine Ansammlung schöner Überschriften ohne konkrete Inhalte. Dabei wäre so vieles machbar: eine klimaneutrale Gebäudesanierung ist schon heute wirtschaftlich und sozialverträglich möglich. Viele Beispiele zeigen das – zum Beispiel die im Bauwettbewerb "Energieeffizienz und gute Architektur" der Deutschen Energieagentur prämierten Projekte. Es fehlt jedoch an Anreizen, die vorhandenen Ansätze in die Breite zu tragen. Die Verbände zeigen sich wenig innovativ und beharren auf ihren Besitzstandswahrungsstrategien. Der Regierung fehlt der Mut, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Sollten wider jegliches Erwarten einige der schönen Überschriften in die Tat umgesetzt werden, wäre das natürlich ein Fortschritt für die Gebäudesanierung und ein wirtschaftlicher Impuls für die Bau- und Immobilienwirtschaft. Immerhin soll die Sanierungsrate verdoppelt werden. Angesichts der Halbherzigkeit und Halbwertzeit der Ziele scheint das jedoch mehr als fraglich.

Autorennotiz: Fabian Tacke ist Vorstand der KlimaGut Immobilien AG, Berlin ■

Bewusst...

Von Sarah Neuwirth

*In dieser neuen
Kommentarserie
„Leuchtfener“
kommt eine junge,
ungewöhnliche
Stimme zum Thema
Nachhaltigkeit &
mehr zum Wort:
Sarah Neuwirth,
21, kommentiert
einmal im Monat
Zeitgenössisches zum
Thema Nachhaltigkeit.
Der erste Kommentar
„Reflexionen ImpulsTanz
und Nachhaltigkeit“
erschien im Glocalist
Review Nr. 278.*

...beobachte ich. Auf der Straße, am Spielplatz, im Supermarkt. Ich beobachte Menschen und wie sie auf mich wirken. Ich sehe oft hochgezogene Schultern, hastige Blicke und schnelle Füße. Meist mit einem Telefon in der einen und einem Croissant in der anderen Hand, vielleicht auch noch mit einem Kind am Arm. Die Unausgeglichenheit der Bewegungen drängt sich mir auf, macht mich unruhig und meine körperliche Haltung verändert sich.

Es ist eine hektische Welt in der wir leben, in der wir unsere Körper entweder ignorieren, pervertieren oder verurteilen.

Ich glaube, dass ich einem bestimmten Muster entsprechen muss, im Verhalten ebenso wie im Aussehen. Müßiges Herumstehen, lautes Ausatmen oder Bewegungen, die im Augenblick gut tun in der Öffentlichkeit oder auch nur im Beisein von geliebten Menschen auszuführen, werden meist mit befremdlichen Blicken beobachtet. Das hemmt und wir machen uns das Leben gegenseitig schwer.

Unsere Körper sind uns flächendeckend so fremd geworden, dass die meisten von uns mehr in ihrer Peripherie, also im Außen leben, anstatt aus sich selbst heraus zu leben. Wir sind eine sehr kopflastige Gesellschaft, die den Körper oft als Ballast und Mühsal empfindet. Die Grundfreude einen Körper zu bewohnen, ist durch verschiedenste Zwänge und Kontrollen verdeckt.

Vor allem bei Menschen die Berufs wegen viel sitzen (also fast alle hierzulande), sind meiner Meinung nach besonders betroffen. Gerade in der freien Marktwirtschaft, verbunden mit der ganzen Organisation, Logistik, dem immensen Stress genug Geld zu verdienen, etc. werden körperliche Leiden geschürt. Es verlangt den meisten von diesen Menschen ein derartiges Pensum an Konzentration und Ausrichtung ab, dass für die eigentlich wichtigen Dinge des Lebens, wie essen, schlafen, kreativ sein, ruhen, sich ohne Zeitdruck bewegen usw. wenig Zeit und Energie übrig bleibt.

Wenn ich mit Menschen bewusst körperlich zusammen arbeite, kann ich beobachten wie schwer es den meisten fällt, das anzunehmen, was sie sind. Den oftmals schmerzhaften Krampf im Körper und die teilweise erstaunliche Steifheit anzuerkennen. Bedingungslos alles anzunehmen, was sich zeigt, kann eine gewaltige Herausforderung darstellen. Es ist nichtsdestotrotz der erste Schritt zu einem neuen Umgang mit sich selbst. Mit den eigenen Ressourcen umgehen zu lernen und sich nicht bis zum Burn-Out zu treiben, kann eine große Herausforderung darstellen.

Der Zustand unseres Planeten erinnert mich ganz oft an einen kurz-vorm-Burn-out-Stehenden. So wie die Menschen mit sich umgehen, so gehen sie auch mit ihrer Umgebung um. Ein Ausschöpfen und Ausbeuten bis zum bitteren Ende. So muss es aber nicht sein und das sehe ich auch.

Die Arbeit mit dem eigenen Körper kann bei derartig ausgearteten (persönlichen, gesellschaftlichen, globalen!) Fehlentwicklungen so direkt und heilsam sein, weil der Körper nicht lügt. Ja, gar nicht lügen kann. Bist du krank oder hast Schmerzen, solltest du schon merken, dass du dich irgendwo ins Ungleichgewicht gebracht hast. Dann besteht akuter Handlungsbedarf.

Bewusste Körperarbeit konfrontiert einen über kurz oder lang direkt mit der eigenen (körperlichen) Wahrheit. Ich spüre auf einmal den Schmerz klar und deutlich, er ist nicht mehr dumpf und schwelend. Das kann hart sein und Angst machen. Und viele, viele laufen dann wieder zum guten Onkel Doktor und stopfen sich mit Pillen zu. Retten sich in ein Nicht-wissen-wollen, in ein Nicht-merken-wollen, weil es leichter und Alltag geworden ist.

Diese körperliche Entfremdung fängt meiner Ansicht nach bereits im Kindesalter an. Vielen von uns wurde von Anfang an beigebracht, den Großteil des Tages mit Sitzen zu verbringen. Kopfarbeit zu leisten. Und möglichst viel, möglichst schnell zu wissen. Was an sich gut ist, doch wo bleibt der körperliche Ausgleich?

Ich finde es ein ganz großes Problem, wenn Kindern ihre wilde Körperlichkeit nicht mehr zugestanden wird. Wie soll ein Kind, später ein Erwachsener, Halt in sich finden, wenn der eigene Körper schwammig bleibt, weil er/sie sich nicht ausreichend bewegen durfte bzw. sich so bewegen musste wie andere es vorgaben? Da läuft etwas ganz und gar nicht rund.

Da die Kinder unsere Zukunft bilden, geht es für mich in unserer Verantwortung ihnen gegenüber vor allem darum ein neues Bewusstsein für den eigenen Körper zu vermitteln, ganz einfach indem wir es ihnen vorleben. Die Schulen und der große Geldgeber namens Staat werden irgendwann vielleicht auch noch drauf kommen.

Es wäre für uns alle ein Aufatmen, könnten wir das leben, was wir sind. Denn wenn ich mich selbst gut spüre und mit mir arbeiten kann, kann ich auch viel leichter mit anderen zusammenarbeiten. Ich habe schon oft beobachtet, dass nach bewusster körperlicher Arbeit eine gewisse Durchlässigkeit und eine größere Akzeptanz untereinander geherrscht haben, als im körperferneren Zustand. Ich bin überzeugt, dass bewusste Körperarbeit für viele von uns ein Stück Weg in den eigenen Frieden und auch in den Frieden mit anderen sein kann. Das was wir heute brauchen, wenn ich das Weltgeschehen so beobachte, ist Be-sinnung und Frieden.

Doch bevor ich Friede! laut in die Welt schreien kann, muss erst mal Friede in mir herrschen. Sonst bringt sich das alles nichts. Und da kann ich mich anstrengen so viel wie ich will. Die Arbeit muss zuallererst bei mir selbst beginnen. Und aus diesem Grund liegt es an jedem einzelnen von uns, wieder ein Bewusstsein für den eigenen Körper zu erspüren und dieses dann auch zu leben. Es gibt so viele Möglichkeiten, das zu tun: Singen, Tanzen, Boxen, Schreien. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt! Natürlich können wir auch weitermachen wie bisher... ■

Teilen lernen

Von Ariane Rüdiger

Wer hat sich nicht schon schwarz geärgert über die ausschließliche Dominanz des Autos auf den Straßen? Doch es gibt durchaus Abhilfe: Das Konzept dafür heißt Shared Space und wird in einem neuen Buch vorgestellt.



Kommunikation statt Aggression – so könnte man die Idee hinter Shared Space in kürzester Form zusammenfassen. Das Konzept stammt aus den Niederlanden und wurde von Hans Mondermann entwickelt, während er vor 20 Jahren als Sicherheitsbeauftragter der niederländischen Provinz Friedland tätig war. Inzwischen ist Shared Space ein geschützter Begriff und es gibt ein Institut (<http://www.sharedspace.org>), das zu Themen rund um das Konzept berät.

Literatur dazu fand man aber bis heute vor allem in Zeitschriften. Das wird mit einem in

diesem Jahr vom Verlag für Alternative Kommunalpolitik veröffentlichten Buch anders. Hier sind zum ersten Mal Darstellungen der theoretischen Shared-Space-Grundlagen, praktische Erfahrungen und ihre Diskussion umfassend so zusammengetragen, dass sich auch Laien mit dem Thema beschäftigen können – etwa, wenn sie entsprechende Initiativen in ihren Kommunen anstoßen möchten.

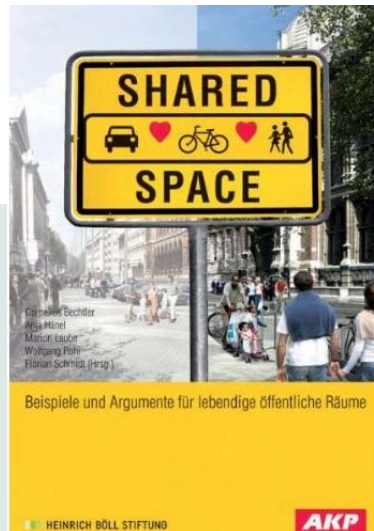
Es ist gut, dass die vielen Beispiele, die das Buch bringt, reich bebildert wurden. Denn die Abbildungen zeigen, dass entsprechende Ideen durchaus öfter umgesetzt werden – vielleicht unter anderem Namen, aber ganz sicher mit Hintergedanken an Mondermanns Vorstellungen. So stolperte die Autorin nach der Lektüre des Bandes rein zufällig über eine Shared-Space-Zone in der Ulmer Innenstadt: wenige Verkehrszeichen, die Fußgänger nicht mehr Freiwild, sondern frei, sich überall zu bewegen, auch quer über die Straße, die Autofahrer betont langsam und vorsichtig und kein Stau weit und breit, obwohl viele Leute unterwegs waren.

Damit sind auch schon die wichtigsten Bausteine von Shared Spaces benannt: die Befreiung des Verkehrsraums von exzessiver Regelungswut sowie einschneidenden Abtrennungen (Bordsteinkante!), die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer (was in der Regel weniger Rechte für die sonst dominanten Autofahrer bedeutet) und die Hoffnung, vieles werde sich, wenn nicht ständig klare Ge- und Verbote gegeben werden, auf

dem Wege des gesunden Menschenverstandes und der Kommunikation regeln. Diese Hoffnung trägt im Prinzip nicht, wie ebenfalls im Buch dokumentierte Zahlen aus Shared Spaces in Europa beweisen.

Auch das Thema schwächerer Verkehrsteilnehmer, etwa Menschen mit Sehschäden und Behinderter, wird ausführlich diskutiert. Fazit: Wo ein Wille ist, ist ein Weg, diesen wie allen anderen eine sichere Benutzung der Zonen zu gestatten. Den Wegen, wie man Shared Spaces besonders in der deutschen Straßenverkehrsordnung etabliert und ihren Unterschieden zu anderen Formen der Verkehrsberuhigung sind ebenfalls Kapitel gewidmet.

Wer sich an der streckenweise etwas trockenen Sprache mancher Kapitel nicht stört und sich für Verkehrsfragen interessiert oder aber auch nur über die Allgegenwart und Komplett-



Cornelius Bechtler, Anja Hänel, Marion Laube, Wolfgang Pohl, Florian Schmidt

Shared Space - "geteilter Raum" oder "Raum für alle" - ist ein neuer Planungsansatz, der in vieler Hinsicht ein Umdenken erfordert.

214 Seiten
ISBN-13: 978-3980364171

dominanz der motorisierten Verkehrsteilnehmer ärgert, findet hier wertvolle Anregungen.

Bibliographie:

Cornelius Bechtler, Anja Hänel, Marion Laube, Wolfgang Pohl, Florian Schmidt (Hrsg.): Shared Spaces. Beispiele und Argumente für lebendige öffentliche Räume. Verein zur Förderung kommunalpolitischer Arbeit – Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V., Bielefeld, 2010. Broschiert, 214 Seiten mit zahlreichen s/w-Abbildungen. ISBN 978-3-9803641-7-1, 15 Euro.

Direkt zu beziehen von AKP, Tel. 0521/177517.

Lebensmittel: Kommission prüft schrittweise Annahme der Liste zulässiger gesundheitsbezogener Angaben

Die Kommission teilte heute mit, dass sie beabsichtigt, das Verfahren zur schrittweisen Annahme der Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben auf Lebensmitteln (sogenannte „Artikel-13-Angaben“) abzuändern. Ohne vom Grundsatz der schrittweisen Annahme der Liste abzurücken, wird die Kommission eine pragmatische Änderung des Verfahrens vornehmen, um die in den Gesprächen mit den Mitgliedstaaten und den betroffenen Akteuren herausgearbeiteten Punkte zu berücksichtigen. Die Liste der zulässigen Angaben wird daher in zwei Etappen erstellt. Zunächst wird die gesamte Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben für alle Substanzen mit Ausnahme der sogenannten „pflanzlichen Stoffe“ angenommen. Die EFSA-Stellungnahmen zu allen Angaben mit Ausnahme der „pflanzlichen Stoffe“ dürften bis Ende Juni 2011 abgeschlossen sein. Anschließend geht es dann um die Angaben zu pflanzlichen Stoffen.

27. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1176&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Europäisches Tourismusforum vereinbart Förderung der Kulturwege in der EU

Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten und der Europarat wollen gemeinsam die Kulturwege stärker fördern. Darauf haben sich heute die wichtigsten Akteure der europäischen Tourismusbranche in Brüssel verständigt, wo die Kommission anlässlich des Welttourismustags das Europäische Tourismusforum veranstaltet. Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 gehört es zu den Aufgaben der Europäischen Union, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Tourismusindustrie sowie deren nachhaltige Entwicklung und Qualitätsorientierung zu stärken und die Wahrnehmung Europas als einzigartiges Reiseziel zu fördern.

27. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1177&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Europäische Kommission und Imperial Tobacco unterzeichnen Vereinbarung zur Bekämpfung des illegalen Tabakhandels

Die Europäische Kommission hat heute den Abschluss einer mehrjährigen Vereinbarung mit dem Unternehmen Imperial Tobacco Limited (ITL) über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Tabakhandels bekanntgegeben. Im Rahmen dieser rechtsverbindlichen Vereinbarung wird ITL mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung OLAF und den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Zigaretten schmuggels und der Zigarettenfälschung zusammenarbeiten. Zudem wird ITL der Kommission und den Mitgliedstaaten erhebliche Geldmittel überweisen, die sich in den nächsten 20 Jahren auf 300 Mio. USD (207 Mio. EUR) belaufen. Die Vereinbarung stellt einen wesentlichen Beitrag zu den Bemühungen der EU im Kampf gegen den illegalen Tabakhandel dar, durch den die EU und die Mitgliedstaaten jedes Jahr um Milliarden Euro geprellt werden.

27. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1179&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Gewässertourismus: Auszeichnung für 25 „herausragende europäische Reiseziele“

Bei einer Galaveranstaltung in Brüssel wurden heute 25 Destinationen in ganz Europa als herausragende europäische Reiseziele für den Gewässertourismus ausgezeichnet. Für ihre innovativen und nachhaltigen Tourismuskonzepte wurde der Preis für herausragende europäische Reiseziele (EDEN) an landschaftlich attraktive Regionen vergeben, die an Gewässern in folgenden Ländern liegen: Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Zypern, Tschechische Republik, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Luxemburg, Niederlande, Polen, Rumänien, Spanien, Slowenien und Türkei. Durch diese Auszeichnung rücken aufstrebende und weniger bekannte Reiseziele in Europa stärker in den Mittelpunkt. Außerdem profitiert die Nachhaltigkeit im Tourismus von dieser Initiative, durch die weniger frequentierte Regionen gefördert und überlaufene Reiseziele entlastet werden.

27. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1180&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

GVO/Forschung: Die Vermischung von genetisch verändertem und konventionellem Mais praktisch verhindern

Das Risiko, dass sich genetisch veränderter (GV) Mais mit Mais aus konventionellem bzw. ökologischem Anbau vermischt, lässt sich durch konkrete Maßnahmen, etwa für die Lagerung und die Einhaltung von Mindestabständen, eingrenzen oder minimieren. Dies ergibt sich aus einem heute von John Dalli, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, im Rat (Landwirtschaft) vorgestellten Dokument. Dem vom Europäischen Büro für Koexistenz (ECoB) erstellten und von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC) veröffentlichten Kompendium bewährter Verfahren ist zu entnehmen, dass adäquate Lagerung und räumliche Trennung die besten Methoden sind, um eine Vermischung zu verhindern. In mehreren EU-Ländern mit geeigneten klimatischen Bedingungen kommen auch auf zeitlicher Isolierung basierende Alternativverfahren in Frage (zeitversetzte Blüteperioden bei Feldern mit GV-Mais und Nicht-GV-Mais).

27. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1181&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Digitale Agenda: Europäische Kommission kündigt Förderung der strategischen IKT-Forschung mit 780 Mio. EUR an

Die Europäische Kommission plant eine der höchstdotierten Aufforderungen zur Einreichung von Forschungsvorschlägen für die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die es im Zuge der EU-Forschungsrahmenprogramme jemals gegeben hat. Dies gab sie heute auf der Konferenz ICT 2010 – Digitally Driven bekannt, der größten Veranstaltung für IKT-Forschung und -Innovation in Europa. Im Rahmen der Aufforderung werden 2011 Fördermittel in Höhe von insgesamt 780 Mio. EUR vergeben. Dadurch soll die Forschung u. a. in den folgenden Bereichen vorangetrieben werden: „Internet der Zukunft“, Robotersysteme, intelligente und eingebettete Systeme, Photonik, IKT zur Förderung der Energieeffizienz sowie Gesundheit und Wohlergehen im Alter. Im Rahmen der Digitalen Agenda für Europa (siehe IP/10/581, MEMO/10/199 und MEMO/10/200) hat sich die Kommission verpflichtet, das Jahresbudget für IKT-Forschung und -Entwicklung bis mindestens 2013 weiterhin um 20 % jährlich zu erhöhen.

28. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1184&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KMU-Finanzforum: Zugang zu Kredit und Finanzierungsmitteln für kleine Unternehmen sichern

Auf der ersten Sitzung des KMU-Finanzforums wurden heute Möglichkeiten für einen besseren Zugang zu Finanzierungsmitteln erörtert. Dazu gehören die Einführung eines Tilgungsaufschubs für Unternehmen in Schwierigkeiten, die Einschaltung von Kreditmediatoren und verbesserte Darlehensbürgschaften. Auf der von Vizepräsident Antonio Tajani einberufenen Konferenz untersuchten führende europäische Banken- und Wirtschaftsverbände die Frage, wie sie ihre Bemühungen um die Gewährleistung eines beständigen Finanzierungsstroms für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Firmen, verstärken könnten. Dies ist die erste Konferenz auf so hochrangiger Ebene, die sich mit dem Zugang kleiner Unternehmen zu Krediten und anderen Finanzierungsmitteln befasst.

28. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1186&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Bessere Rechtsetzung dank Folgenabschätzungen. Kommission begrüßt positiven Prüfbericht des Europäischen Rechnungshofs

Die Europäische Kommission begrüßt die Veröffentlichung eines Berichtes des Europäischen Rechnungshofs über das Folgenabschätzungssystem der Kommission. Der Bericht bestätigt, dass die Folgenabschätzungen der Kommission die Entscheidungsfindung in der EU erleichtern, zur Qualität der Legislativvorschläge beitragen und von ihrem transparenten und umfassenden Ansatz her weltweit beispielhaft sind. Nach Auffassung des Rechnungshofs ist die Kommission gut gerüstet, um ihre Agenda zur besseren Rechtssetzung ("smart regulation") erfolgreich umzusetzen.

28. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1187&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Finanzbericht 2009: Wofür hat die EU ihre Mittel verwendet?

Aus dem heute von der Kommission vorgelegten Finanzbericht 2009 geht hervor, dass 97 % aller zugewiesenen Mittel ausgegeben wurden, was in etwa dem Anteil von 2008 (98 %) entspricht. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben auf über 112 Mrd. EUR. Der Großteil dieser Mittel wurde für Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung, der Forschung und Entwicklung und der Landwirtschaft aufgewendet.

28. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1188&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kartellrecht / ENI: Kommission öffnet italienischen Erdgasmarkt für den Wettbewerb

Die Europäische Kommission hat die von ENI SpA angebotenen Verpflichtungszusagen zur Beilegung eines Kartellverfahrens für rechtsverbindlich erklärt und damit den italienischen Erdgasmarkt für den Wettbewerb geöffnet. Der heutige Beschluss fördert einen gesunden Wettbewerb und potenziell niedrigere Preise für die Gasversorgung von Unternehmen und Haushalten in Italien. Konkret wird ENI seine Anteile an den drei internationalen Gaspipelines TAG, TENP und Transitgas an Italien verkaufen. Anträge Dritter auf Pipelinezugang werden dann von einer Stelle bearbeitet, die von ENI, dem größtem Erdgasversorger in Italien, unabhängig ist. Nach mehreren unlängst ergangenen Beschlüssen, die unter anderem E.ON und RWE (Deutschland) sowie GDF Suez (Frankreich) betrafen, ist dies nun der neunte Beschluss größerer Tragweite seit der Energiesektoruntersuchung von 2007. Sie hatte ergeben, dass Verbraucher und Unternehmen die Verlierer auf ineffizienten, teuren Märkten sind.

28. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1197&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Junge kluge Köpfe messen sich beim 22. EU-Wettbewerb für Nachwuchswissenschaftler in Lissabon

In Lissabon wurden heute junge Wissenschaftler aus der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn als Gewinner der ersten Preise beim Wettbewerb der Europäischen Union für Nachwuchswissenschaftler im Jahr 2010 ausgezeichnet. Die Projekte aus den Bereichen Physik, Biologie und Sozialwissenschaften wurden von einer internationalen Jury unter 85 Projekten aus 37 Ländern ausgewählt. Die zweiten und dritten Preise sowie der internationale Preis gingen an 7 weitere Projekte aus Polen, Deutschland, Portugal, Lettland, Italien und Brasilien. Die 16 Preisträger im Alter zwischen 14 und 21 Jahren erhalten für ihre erstklassigen und innovativen wissenschaftlichen Arbeiten insgesamt 51 500 EUR. Informationen zu den Preisträgern und zu allen vorgelegten Projekten sind abrufbar unter http://ec.europa.eu/research/youngscientists/index_en.cfm.

29. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1201&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Freizügigkeit von EU-Bürgern und Lage der Roma: Europäische Kommission befasst sich mit Situation in Frankreich

Wie Anfang des Monats angekündigt, befasst sich die Europäische Kommission heute mit den jüngsten Entwicklungen in Frankreich und erörtert die Lage der Roma sowie das EU-Recht der Unionsbürger auf Freizügigkeit.

29. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1207&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission verklagt Österreich wegen Diskriminierung bei Fahrpreisermäßigungen

Die Europäische Kommission hat beschlossen, Österreich beim Europäischen Gerichtshof zu verklagen, weil es EU-Studierenden nicht dieselben Ermäßigungen für öffentliche Verkehrsmittel gewährt wie österreichischen Studierenden

30. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1227&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission verstärkt Europas Abwehrmaßnahmen gegen Cyberangriffe

Die Europäische Kommission hat heute zwei neue Maßnahmen bekanntgegeben, mit denen Europas Verteidigungsfähigkeit gegen Angriffe auf seine wichtigsten Informationssysteme (IT) sichergestellt werden soll. Neben einem Vorschlag für eine Richtlinie über den Umgang mit neuen Arten der Cyberkriminalität wie etwa Cyber-Großangriffen legt sie einen Vorschlag für eine Verordnung vor, mit der die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) gestärkt und modernisiert werden soll. Beide Initiativen sind in der Digitalen Agenda für Europa und dem Stockholmer Programm vorgesehen, um das Vertrauen und die Netzwerksicherheit zu erhöhen (siehe IP/10/581, MEMO/10/199 und MEMO/10/200). Aufgrund der vorgeschlagenen Richtlinie könnten die Urheber von Cyberangriffen sowie die Hersteller von damit in Verbindung stehender Software und Schadsoftware verfolgt werden und wären härteren strafrechtlichen Sanktionen ausgesetzt. Darüber hinaus wären die Mitgliedstaaten verpflichtet, im Falle von Cyberangriffen schnell auf dringende Hilfeersuchen zu reagieren. Die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa würde dadurch in diesem Bereich an Wirksamkeit gewinnen. Auch die Stärkung und Modernisierung der ENISA würde der EU, den Mitgliedstaaten und den privaten Akteuren dabei helfen, ihre Kapazitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Prävention, Aufdeckung und Reaktion im Bereich der Internetsicherheit zu verbessern. Beide Vorschläge werden zur Verabschiedung an das Europäische Parlament und den EU-Ministerrat weitergeleitet.

30. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1239&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Eine innovative Pharmaindustrie, die den Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird

Vizepräsident Antonio Tajani kündigte anlässlich der heutigen Ministerkonferenz des belgischen Ratsvorsitzes „Innovation und Solidarität auf pharmazeutischem Gebiet“ den Beginn eines Prozesses der Reflexion und des Austausches über die Verantwortung der Unternehmen im pharmazeutischen Sektor an. Hierbei werden drei Plattformen unterschieden: 1) Ethik und Transparenz, 2) Zugang zu Arzneimitteln in Afrika und 3) Zugang zu Arzneimitteln in Europa. Im Rahmen des Prozesses soll eine Auseinandersetzung mit der großen Problematik des Zugangs zu Arzneimitteln in Europa und Afrika unter dem Blickwinkel der Preise und der Kostenerstattung stattfinden, denn es existieren zahlreiche Möglichkeiten für gemeinsame und innovative Maßnahmen im Zusammenhang mit diesen Fragen. Außerdem werden – zum ersten Mal auf europäischer Ebene – Fragen der Ethik und der Transparenz des Pharmasektors zur Sprache kommen.

24. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1170&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Gesundheit: Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Tabakrichtlinie ein

Die Kommission startet heute eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Tabakprodukte (2001/37/EG). Alle Interessenträger sind aufgefordert, ihre Meinung zu den verschiedenen Optionen abzugeben und sich zu den Maßnahmen zu äußern, die ins Auge gefasst werden, um Menschen stärker für die Gefahren des Tabakkonsums zu sensibilisieren, zum Aufgeben des Rauchens zu motivieren bzw. davon abzuhalten, überhaupt damit zu beginnen. Solche Maßnahmen könnten beispielsweise in größeren, doppelseitigen Gesundheitswarnhinweisen in Bildform auf den Zigarettenpackungen, in genormten Einheitsverpackungen oder der Regulierung der in Tabakprodukten enthaltenen schädlichen und suchterzeugenden Stoffe und der Zusatzstoffe, die den Tabakkonsum angenehmer machen, bestehen. Die Konsultation ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Annahme eines Legislativvorschlags, der für Anfang 2012 geplant ist.

24. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1171&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Fusionskontrolle: Kommission verweist geplantes Online-Jointventure von ProSiebenSat.1 und RTL an deutsche und österreichische Wettbewerbsbehörd

Die Europäische Kommission hat auf Antrag Deutschlands und Österreichs die Prüfung der von den privaten deutschen Rundfunksendern ProSiebenSat.1 und RTL geplanten Gründung eines Jointventures an das deutsche Bundeskartellamt und die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde verwiesen. Mit dem Jointventure soll eine Internet-Plattform geschaffen werden, über die Zuschauer Fernsehsendungen bis zu sieben Tage nach deren Ausstrahlung im frei empfangbaren Fernsehen („Free-to-Air“) als Wiederholung abrufen können. Nach einer ersten Prüfung kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass der Wettbewerb auf den deutschen bzw. österreichischen Märkten für Internet-Fernsehen und Internet-Werbung beeinträchtigt werden würde. Die Auswirkungen auf diesen Märkten sollen jetzt von der deutschen bzw. österreichischen Wettbewerbsbehörde nach innerstaatlichem Recht geprüft werden.

24. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1174&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Neue wissenschaftliche Talente zur Unterstützung der EU-Politik gesucht – Gemeinsame Forschungsstelle beginnt Einstellungsverfahren

Forscher aus der ganzen EU sind aufgefordert, sich für einen anspruchsvollen und lohnenden Posten bei der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC), der Forschungseinrichtung der Europäischen Kommission, zu bewerben. Die JRC bringt herausragende Forscher in modernen Anlagen zusammen und bietet ihnen die Gelegenheit, die politischen Entscheidungsträger der EU durch unabhängige wissenschaftlich-technische Beratung zu unterstützen. Es werden Auswahlverfahren für Forscher in folgenden Bereichen durchgeführt: Chemie, Biologie und Gesundheitswissenschaften; Physik; Strukturmechanik; quantitative Politikanalyse; Raumwissenschaften; Umweltwissenschaften; Energiewissenschaften; Kommunikations- und Informationstechnologien. Bewerbungen sind online zwischen dem 30. September und dem 4. November auf folgender Website möglich: www.eu-careers.eu

30. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1254&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Union bewilligt 10 Mio. EUR für Maßnahmen gegen den Ausbruch von Epidemien in Entwicklungsländern

Die Europäische Kommission hat heute 10 Mio. EUR aus ihrem Budget für humanitäre Hilfe bereitgestellt, um die Auswirkungen von Epidemien auf gefährdete Bevölkerungsgruppen abzumildern und Sofortmaßnahmen gegen den Ausbruch übertragbarer Krankheiten zu unterstützen. Diese Mittel werden eingesetzt, um rund 3,6 Mio. Menschen, die in stark epidemiegefährdeten Gebieten leben, einen wirksamen Krankheitsschutz zu bieten. Die Bevölkerung in diesen Ländern ist großen Gefahren für ihre Gesundheit, ihr Leben und ihre Existenzgrundlage ausgesetzt. Weil die Ressourcen der nationalen Regierungen zur Bekämpfung von Epidemien häufig erschöpft sind, können Notfälle entstehen, die zum Teil ein regionales Ausmaß annehmen.

30. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1256&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission verklagt Österreich wegen Diskriminierung bei Fahrpreisermäßigungen

Die Europäische Kommission hat beschlossen, Österreich beim Europäischen Gerichtshof zu verklagen, weil es EU-Studierenden nicht dieselben Ermäßigungen für öffentliche Verkehrsmittel gewährt wie österreichischen Studierenden

30. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1227&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiterfinanzierung der integrierten Meerespolitik

Die Europäische Kommission verabschiedete heute ihren Vorschlag, die 2007 ins Leben gerufene integrierte Meerespolitik auch im Zeitraum 2011-2013 finanziell zu unterstützen. Kommission, Mitgliedstaaten und Interessenvertreter der maritimen Wirtschaft sollen in die Lage versetzt werden, die bisherige erfolgreiche Arbeit zugunsten einer nachhaltigen Nutzung unserer Meere, Ozeane und Küsten weiterzuführen. Die integrierte Meerespolitik steht für ein Konzept meerespolitischer Bewirtschaftung und Politikgestaltung, das alle relevanten Politikfelder der EU miteinander verknüpft. Dank der vorgeschlagenen Finanzierung in Höhe von 50 Mio. EUR sollen die Maßnahmen fortgesetzt werden können, die 2007 mit dem Ziel begonnen wurden, politische Hindernisse auszuräumen, die Haushalte der EU und der Mitgliedstaaten zu entlasten und durch einen Brückenschlag zwischen allen Politikfeldern mit Folgen für unsere Meere - wie Verkehr, Fischerei, Zoll oder Schutz der Meeresumwelt - Synergien freizusetzen.

30. SEPTEMBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1268&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-Recht besser anwenden

Die Europäische Kommission hat heute ihren Jahresbericht 2009 über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts vorgelegt. Der Bericht betont die entscheidende Bedeutung der vollständigen und korrekten Anwendung des EU-Rechts für die Gewährleistung der durch das EU-Recht geschaffenen Rechte und Pflichten. Er verdeutlicht, dass trotz der leicht verbesserten Situation das zentrale Problem weiterhin darin besteht, dass Richtlinien von den Mitgliedstaaten verspätet in innerstaatliches Recht umgesetzt werden. Die Instrumente wurden erweitert, und in Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten wurden zusätzliche Anstrengungen unternommen, um Probleme bei der Umsetzung zu beheben und eine effiziente Anwendung des EU-Rechts zu gewährleisten.

1. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1269&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

40 Millionen Zigaretten bei gemeinsamer Zollaktion „Sirocco“ beschlagnahmt

Rund 40 Millionen Zigaretten, 1.243 kg Feinschnitt-Tabak, 7.038 Liter Alkohol und 8 Millionen weitere Schmuggelartikel (Kleidung, Schuhe, Spiel- und Elektronikwaren) sind bei einer gemeinsamen Zollaktion beschlagnahmt worden, die vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) koordiniert wurde. Die Aktion „Sirocco“ führte zudem zur Festnahme von drei des Zigaretenschmuggels verdächtigten Personen. Sie war ein gemeinsames Projekt der EU und 11 Partnerländer der Union für den Mittelmeerraum. Die Ergebnisse dieser im Juni 2010 durchgeführten Maßnahme wurden heute bei einer Zusammenkunft in Amman (Jordanien) bekannt gegeben.

1. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1275&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

„Job Day“ in Brüssel 2010 – Begegnung Tausender Arbeitssuchender mit Arbeitgebern am Sitz der EU

Zwischen Mitte September und Mitte Oktober 2010 werden in über 200 europäischen Städten die „European Job Days“ organisiert; so auch am Samstag, 2. Oktober, in Brüssel. Wie bereits in den letzten drei Jahren findet die Veranstaltung im Berlaymont-Gebäude, dem Sitz der Europäischen Kommission, statt. In diesem Jahr geht es insbesondere um die Abstimmung der Kompetenzen auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts („Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“), vor allem bei jungen Menschen. Mehr als 80 Arbeitgeber und Personalvermittler sowie Tausende Europäer und Europäerinnen werden der Einladung der Kommission folgen und im Berlaymont-Gebäude zusammentreffen.

1. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1276&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Tierschutz: Europäische Kommission verleiht Preis an Kinder im Rahmen eines Malwettbewerbs

Zehn Kinder aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten werden morgen einen Preis für ihre Werke erhalten, die bei einem Malwettbewerb ausgewählt wurden. Der Wettbewerb wurde vor einigen Monaten von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um auf den Tierschutz aufmerksam zu machen und für die humane Behandlung von Tieren zu werben. Die Preisverleihung ist Teil der ersten Internationalen Konferenz über Aufklärung und Tierschutz, die heute und morgen in Brüssel tagt und von der Europäischen Kommission sowie der belgischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert wird. Junge Europäer bis zu dreizehn Jahren konnten an dem Wettbewerb teilnehmen, zu dem aus allen Teilen der Union mehr als 1 500 Bilder eingereicht wurden. Prinz Laurent von Belgien wird den zehn Gewinnern die Preise überreichen. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen die Tierschutz-Lernangebote.

1. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1277&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Pakistan: Kommissarin Georgieva kündigt Verdoppelung der Soforthilfe für Flutopfer an

Da immer noch Millionen Menschen dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, kündigt Kristalina Georgieva, EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion an, dass die Europäische Kommission die Soforthilfe für Pakistan mehr als verdoppeln und insgesamt 150 Mio. EUR bereitstellen wird. Insgesamt leistet die Europäische Union – Kommission und Mitgliedstaaten zusammengenommen – für die Flutopfer Soforthilfe in Höhe von 320 Mio. EUR. Auf der Tagung der Gruppe „Freunde eines demokratischen Pakistans“, die am 14. und 15. Oktober von der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin Ashton ausgerichtet wird, soll zudem ein noch umfassenderes Paket erörtert werden.

1. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1278&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-Globalisierungsfonds: 10,5 Mio. EUR für mehr als 3000 Arbeitskräfte des niederländischen Verlags- und Druckgewerbes

Die Europäische Kommission hat genehmigt sechs Anträge der Niederlande auf Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Diese Anträge werden nun dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union zur Entscheidung vorgelegt. Mit den beantragten 10,5 Mio. EUR sollen 3058 entlassene Arbeitskräfte aus 213 niederländischen Unternehmen im Verlags- und Druckgewerbe bei der Arbeitssuche unterstützt werden.

4. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1279&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Neue Leitlinien: Ausgleich zwischen Bergbau und der Politik der biologischen Vielfalt

Die Europäische Kommission hat heute neue Leitlinien veröffentlicht, mit denen die Regelungen für die Bergbauindustrie in Naturschutzgebieten präzisiert werden. Mit dem steigenden Bedarf an wertvollen Rohstoffen bekommt die Frage des Zugangs zum Land für die Gewinnung mineralischer Rohstoffe in der EU eine immer größere Bedeutung. Manche Mineralien kommen auf dem Gebiet des EU-Netzwerkes von Naturschutzgebieten Natura 2000 vor. Die in solchen Fällen anzuwendenden Verfahren werden in den neuen Leitlinien erläutert. Die wirtschaftlichen Folgen des Abbaus sind beträchtlich. Die Bergbauindustrie weist einen Umsatz von etwa 49 Mrd. EUR auf und stellt über ein Viertel Million Arbeitsplätze. Das Natura 2000-Netz ist ein wichtiges Instrument beim Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt, wobei menschliche Aktivitäten nicht ausgeschlossen werden. Ganz im Gegenteil handelt es sich hierbei um ein flexibles Programm, in dessen Rahmen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden zugelassen werden, unter der Bedingung, dass diese Aktivitäten in jeglicher Hinsicht den Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigen und die Integrität des Netzwerkes nicht gefährden.

4. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1283&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die EU genehmigt 500 Mio. EUR für Nahrungsmittel hilfeprogramme 2011

Der Verwaltungsausschuss für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte hat über die Nahrungsmittelhilfeprogramme abgestimmt, die die Mitgliedstaaten im Rahmen des Programms für bedürftige Bevölkerungsgruppen für 2011 vorgelegt hatten. Im nächsten Jahr machen 20 Mitgliedstaaten von dieser Regelung Gebrauch – darunter auch zum ersten Mal die Tschechische Republik. Ursprünglich mit dem Gedanken aufgelegt, überschüssige Bestände an Agrarerzeugnissen („Interventionsbestände“) an Bedürftige abzugeben, wurde das Programm Mitte der 1990er Jahre erweitert und die Möglichkeit geschaffen, die Interventionsbestände unter bestimmten Umständen durch Käufe am Markt zu ergänzen. In diesem Jahr allerdings kann der Bedarf weitgehend durch die verfügbaren Interventionsbestände (Getreide, Milchpulver, begrenzte Mengen Butter) gedeckt werden und sind Zukäufe nur begrenzt erforderlich. Für das Programm werden wie bereits 2009 und 2010 Haushaltsmittel in Höhe von 500 Mio. EUR bereitgestellt. Das Programm für 2011 ist unabhängig von dem unlängst geänderten Vorschlag zur künftigen Anpassung der Regelung [vgl. IP/10/1141]. Die Kommission wird das Programm für 2011 in Bälde genehmigen.

4. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1284&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-Kommissar Piebalgs schlägt 10%ige Aufstockung des EU-Beitrags zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria vor

EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs wird morgen an der dritten Geberkonferenz zur freiwilligen Wiederauffüllung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria teilnehmen. Zwei Wochen nach dem hochrangig besetzten Millenniumsgipfel zum Auftakt der UN-Generalversammlung sind die Geber aufgefordert, bei dieser Konferenz ihre Fondsbeiträge für den Zeitraum 2011–2013 bekannt zu geben. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Haushaltsbehörde soll der EU-Beitrag zum Globalen Fonds für 2011–2013 um mindestens 10 % auf 330 Mio. EUR angehoben werden.

4. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1285&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Bilanzanpassungen im Unternehmenssektor prägen Konjunkturaussichten des Euroraums

Laut Euroraum-Quartalsbericht für das dritte Quartal 2010 hat das Wirtschaftswachstum zwar in den meisten Euroraum-Staaten angezogen, doch werden die laufenden Bilanzanpassungen im Unternehmenssektor den bevorstehenden Aufschwung weiter beeinflussen. Die Analyse früherer Bilanzanpassungsphasen zeigt, dass diese üblicherweise mit erheblichen Negativfolgen für die Gesamtwirtschaft verbunden waren, unter anderem mit einem schwachen BIP-Wachstum aufgrund von niedrigeren Investitionsquoten und Lohnneinbußen. Daher ist es unerlässlich, dass diese Wachstumsbremsen möglichst bald durch wachstumsfördernde Reformen gelöst werden. Weitere Themen des Berichts sind frühere Anpassungen großer Leistungsbilanzdefizite und ungleiche Entwicklungen bei den Wohnimmobilienpreisen im Euroraum.

5. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1286&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Gewinner des Literaturpreises der Europäischen Union auf der Frankfurter Buchmesse bekannt gegeben

Die Europäische Kommission, der Europäische Buchhändlerverband (EBF), der Europäische Schriftstellerkongress (EWC) und der Europäische Verlegerverband (FEP) haben heute auf der Frankfurter Buchmesse die Gewinner der zweiten Runde des Europäischen Literaturpreises bekannt gegeben. Mit diesem Preis soll auf Nachwuchsschriftsteller aufmerksam gemacht und die Veröffentlichung ihrer Bücher in mehreren Ländern gefördert, gleichzeitig aber auch die kulturelle Vielfalt Europas gefeiert werden. Die in diesem Jahr ausgezeichneten 11 Autoren stammen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Luxemburg, Rumänien, Slowenien, Spanien, Zypern und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und wurden von nationalen Jurys ausgewählt. Sie werden den Literaturpreis von Androulla Vassiliou, der EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, im Rahmen eines Festakts entgegen nehmen, der am 18. November in Brüssel stattfindet.

6. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1289&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags: Europäische Union und Kamerun garantieren gemeinsam legalen Ursprung von Holzprodukten

Die Europäische Union hat heute ein freiwilliges Partnerschaftsabkommen mit Kamerun unterzeichnet, dem Land, aus dem der Löwenanteil ihrer Holzprodukteinfuhren aus Afrika stammt. Ab Juli 2012 müssen alle Holzlieferungen aus Kamerun in die EU mit einer Genehmigung versehen sein, die den legalen Ursprung des Holzes bescheinigt. Das Abkommen belegt das starke Engagement beider Seiten für die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und untermauert die derzeitigen Reformen Kameruns, die auf eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung der Waldressourcen und eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Die europäischen Verbraucher ihrerseits werden sich darauf verlassen können, dass aus Kamerun eingeführte Holzprodukte, wie Möbel, legalen Ursprungs sind.

6. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1291&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU und Südkorea unterzeichnen Freihandels abkommen

Der EU-Handelskommissar Karel De Gucht, der belgische Außenminister Steven Vanackere als Vertreter der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) und der koreanische Handelsminister Kim Jong-hoon unterzeichneten heute ein Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der EU und Südkorea. Dieses FHA ist das ehrgeizigste Handelsabkommen, das die EU je ausgehandelt hat, und das erste Abkommen dieser Art mit einem asiatischen Land. Die heutige Unterzeichnung ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Umsetzung des FHA und eines der wichtigsten Ereignisse des EU-Korea-Gipfels, der heute in Brüssel stattfindet.

6. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1292&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Keine zusätzlichen Fangmöglichkeiten für die Tiefseefischerei für die Jahre 2011-2012

Die Europäische Kommission schlägt vor, weitere Fangmöglichkeiten für Tiefseefische in EU-Gewässern und in den internationalen Gewässern des Nordost-Atlantik für 2011 und 2012 erst dann zu gewähren, wenn eindeutig feststeht, dass sich die Tiefseebestände positiv entwickeln. Der Vorschlag der Kommission beruht auf wissenschaftlichen Gutachten. Dennoch werden einige wichtige zulässige Gesamtfangmengen (TAC) unverändert beibehalten. Außerdem bleibt die Kommission dem Ziel verpflichtet, den Fang von Tiefseehaien und Granatbarschen schrittweise einzustellen, bis es genaue Anhaltspunkte für die Menge der unvermeidbaren Beifänge dieser wertvollen Arten gibt.

6. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1294&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Intelligente Regulierung: Bessere EU-Gesetze für Bürger und Unternehmen

Die Europäische Kommission hat heute ihre Pläne zur Verbesserung des europäischen Gesetzgebungsprozesses vorgestellt. Demnach sollen Folgenabschätzungen künftig während des gesamten Entscheidungsprozesses von der Ausarbeitung über die Umsetzung bis hin zur Überarbeitung von Rechtsvorschriften vorgenommen werden. Die Kommission wird bei der Umsetzung dieses Konzepts eng mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Damit Bürger und Interessenvertreter sich besser Gehör verschaffen können, sollen die Fristen für öffentliche Anhörungen vor der Abfassung von Gesetzgebungsvorschlägen ab 2012 verlängert werden.

8. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1296&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Galileo: Sichere Satellitennavigation für Notfall- und Sicherheitsdienste

Durch die Inbetriebnahme eines eigenen Galileo-Dienstes können heikle Transport- und Notfalleinsätze künftig besser koordiniert werden. Außerdem wird sich diese Anwendung positiv in den Bereichen Strafverfolgung (also Polizeiarbeit) und interne Sicherheit (Grenzkontrollen) auswirken und Friedensmissionen sicherer machen. Diese Ziele sind das Herzstück eines heute veröffentlichten Vorschlags der Kommission zur Regelung des Zugangs zum „öffentlich-regulierten Dienst“ (Public Regulated Service, PRS). Dank äußerst stabiler verschlüsselter Signale wird der PRS Infrastrukturen, die von der Satellitennavigation abhängen, schützen helfen. So können die Nutzer dieses Dienstes auch dann noch lebenswichtige und oft lebensrettende Informationen bekommen, wenn auf andere Infrastrukturen nicht mehr zurückgegriffen werden kann. PRS ist eine der wesentlichen Funktionen von Galileo, die einen Mehrwert gegenüber anderen Satellitennavigationssystemen darstellt. Der Zugang zu PRS wird auf autorisierte staatliche Stellen beschränkt sein.

8. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1301&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Recht auf faires Verfahren: Justizminister der EU schreiben Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren fest

Die Justizminister der EU-Staaten haben einen Richtlinienvorschlag angenommen, der das Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Strafverfahren gewährleistet. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament hatten der Regelung bereits im Juni zugestimmt (IP/10/746). Dies ist die erste EU-Maßnahme überhaupt, mit der gemeinsame Mindestnormen für Verteidigungsrechte in Strafverfahren festgelegt werden. Sie garantiert den Betroffenen das Recht auf Hinzuziehung eines Dolmetschers in Strafverfahren vor allen Gerichten der EU und auf Rechtsberatung in ihrer Sprache. Eine solche Maßnahme, die EU-weit faire Verfahren für jedermann sicherstellt, ist längst überfällig. Ihr werden weitere Maßnahmen zur Festlegung gemeinsamer EU-Normen für Strafverfahren folgen. Die EU-Mitgliedstaaten haben nun drei Jahre Zeit, um die EU-Regelung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

8. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1305&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



27. SEPTEMBER 2010

Energiesparen:

Kommission führt neue Energieetiketten für Fernsehgeräte, Kühlschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen ein

Die Europäische Kommission hat heute erstmals Energieetiketten für Fernsehgeräte vorgeschlagen. Für Kühlgeräte, Geschirrspüler und Waschmaschinen wird die bestehende Kennzeichnungsregelung modernisiert. Energieetiketten helfen den Verbrauchern, Produkte auszuwählen, die Energie und damit Geld sparen. Daneben schaffen sie Anreize für die Industrie, in die Entwicklung energieeffizienter Produkte zu investieren.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger erklärte zu diesem Anlass: „Energieetiketten bewirken eine Marktumstellung auf hochgradig energieeffiziente Produkte, und das ist ein wichtiger Beitrag zur Verwirklichung der Ziele, die sich Europa in Bezug auf Energieeffizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gesetzt hat. Gleichzeitig sparen sie den Verbrauchern Geld.“

Fernsehgeräte, auf die fast 10 % der Ausgaben eines Durchschnittshaushalts für Elektrizität entfallen, müssen erstmals von den Herstellern nach ihrer Energieeffizienz in eine Skala von „A“ bis „G“ eingestuft werden. Das Etikett muss deutlich sichtbar auf dem Gerät angebracht und bei der Werbung gezeigt werden, falls der Preis des Geräts genannt wird.

Die Energieeffizienzkennzeichnung von Kühl- und Gefriergeräten sowie Geschirrspül- und Waschmaschinen ist seit ihrer Einführung 1992 sehr erfolgreich: 90 % der in der EU verkauften Geräte sind in Klasse „A“ – die

beste bestehende Klasse – eingestuft. Allerdings könnte der Energieverbrauch von Produkten der Klasse „A“ mit neuen Technologien um die Hälfte gesenkt werden. Deshalb hat die EU beschlossen, die Skala für Produkte mit höherer Energieeffizienz als „A“ um drei neue Klassen – „A+“, „A++“ und „A+++“ – nach oben zu erweitern.

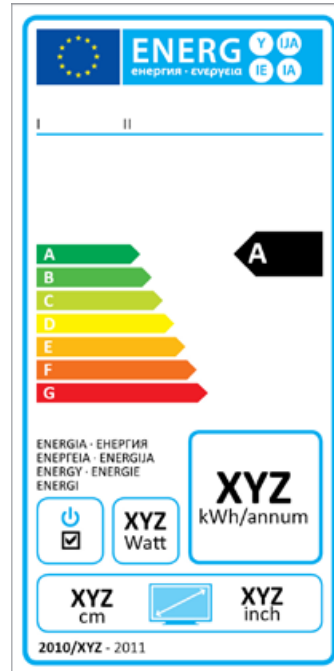
Auf die Geräte, die von den heute verabschiedeten Verordnungen erfasst werden, entfällt etwa ein Drittel der Stromrechnung eines Haushalts. Die neuen Etiketten werden sich daher positiv auf die Haushaltskasse der Verbraucher auswirken.

Die vier Verordnungen zur Einführung dieser Energieetiketten müssen nun vom Europäischen Parlament und vom Rat gebilligt werden. Die Verordnungen treten 12 Monate nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Hintergrundinformationen:

Energieetiketten werden von der Europäischen Kommission produktspezifisch im Rahmen der Richtlinie 2010/30/EU zur Energieverbrauchskennzeichnung angenommen. Sie enthalten folgende Angaben:

- eine Einstufung von Produkten nach ihrem Energieverbrauch in eine Skala von „A“ bis „G“, wobei die Klasse „A“ (grün) der höchsten und die Klasse „G“ (rot) der geringsten Energieeffizienz ent-



spricht. Sobald die Geräte einer bestimmten Kategorie überwiegend die Klasse „A“ erreichen, kann die Skala um bis zu drei neue Klassen (A+/A++/A+++) aufgestockt werden (in diesem Fall erhält Klasse „A“ die Farbe Gelb, da Grün stets der besten Klasse vorbehalten ist);

- jährlicher Energieverbrauch oder Energieverbrauch pro Funktionszyklus;

- sonstige Informationen zum Verbrauch an Energie oder anderen Ressourcen: Wasserverbrauch, Volumen des Geräts usw.

Alle in der EU in Verkehr gebrachten Geräte müssen mit dem Energieetikett gekennzeichnet werden, das an der Verkaufsstelle stets deutlich sichtbar am Gerät angebracht sein muss.

Weitere Informationen zur Energieeffizienzkennzeichnung finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/labelling/energy_labelling_en.htm

Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU: Kommission legt umfassendes Legislativpaket vor

Die Europäische Kommission hat heute ein Legislativpaket angenommen, das auf die umfassendste Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU und im Euroraum seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion abzielt. Angestrebt wird nicht nur eine breitere und verbesserte Überwachung der Haushaltspolitik, sondern auch der allgemeinen Wirtschafts- und Strukturreformpolitik, womit den Schwächen der derzeitigen Rechtsvorschriften Rechnung getragen werden soll. Für Mitgliedstaaten, die Vorgaben nicht einhalten, sind neue Durchsetzungsmechanismen vorgesehen. Das unlängst vereinbarte „Europäische Semester“ wird alle geänderten und neuen Überwachungsverfahren in einem umfassenden und wirksamen wirtschaftspolitischen Rahmen bündeln.

Mit den heute vorgelegten Vorschlägen werden die jüngsten Kommissionsmitteilungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung vom 12. Mai und 30. Juni (siehe IP/10/561 und IP/10/859) in konkrete Legislativvorschläge überführt. Nach intensiven Vorarbeiten und Konsultation eines breiten Spektrums an Beteiligten, wie der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“ unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy, unterstreichen diese Vorschläge den festen Willen der Kommission, die notwendigen Reformen zügig durchzuführen.

All diese Reformen sind mit dem bestehenden Vertrag von Lissabon vereinbar und dürften gewährleisten, dass die EU und der Euroraum von einer wirksameren Koordinierung der Wirtschaftspolitik profitieren. Der EU und dem Euroraum dürfte dies das notwendige Instrumentarium und die erforderliche Stärke für eine solide Wirtschaftspolitik verschaffen und dadurch in Einklang mit der Strategie Europa 2020 zu einem nachhaltigeren Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Das Legislativpaket besteht aus sechs Rechtsakten: vier der Vorschläge betreffen haushaltspolitische Aspekte und schließen eine weitreichende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) ein, während zwei neue Verordnungen dafür sorgen sollen, dass aufkommende makroökonomische Ungleichgewichte in der EU und im Euroraum erkannt und wirksam in Angriff genommen werden.

Für die Mitgliedstaaten des Euroraums werden die Änderungen mit schärferen Durchsetzungsmechanismen einhergehen und den Ermessensspielraum bei der Verhängung von Sanktionen einschränken. Das heißt, dass der SWP in stärkerem Maße regelbasiert sein wird, und Sanktionen für ein Land, das gegen seine Verpflichtungen verstößt, die normale Folge sein werden.



29. SEPTEMBER 2010

1) Eine Verordnung zur Änderung der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Verordnung 1466/97)

Die präventive Komponente des SWP soll gewährleisten, dass die EU-Mitgliedstaaten in guten Zeiten eine vorsichtige Finanzpolitik betreiben, um die für schlechte Zeiten notwendigen Polster zu bilden. Um der bisherigen Selbstzufriedenheit in Zeiten günstiger Konjunktur ein Ende zu setzen, wird sich die Überwachung der öffentlichen Finanzen auf das neue Konzept einer vorsichtigen Haushaltspolitik stützen, das eine Annäherung an das mittelfristige Ziel sicherstellen dürfte. Die Kommission soll eine Verwarnung aussprechen können, wenn ein Euroraum-Staat erheblich von einer vorsichtigen Haushaltspolitik abweicht.

2) Eine Verordnung zur Änderung der korrektiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Verordnung 1467/97)

Mit der korrektiven Komponente des SWP sollen schwerwiegende Fehler in der Haushaltspolitik vermieden werden. Die Verordnung wird dahingehend geändert, dass die Entwicklung des Schuldenstandes genauer verfolgt wird und bei den Beschlüssen im Rahmen des Defizitverfahrens den gleichen Stellenwert erhält wie die Entwicklung des Defizits. Mitgliedstaaten, deren Schuldenstand über 60 % des BIP hinausgeht, sollten Maßnahmen einleiten, um diesen rasch genug zurückzuführen, wobei „rasch genug“ als ein Zwanzigstel des Abstands zur 60 %-Schwelle im Laufe der vorangegangenen drei Jahre definiert ist.

3) Eine Verordnung über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euroraum

Die Änderungen an der präventiven und der korrektiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen durch einen neuen Satz abgestufter finanzieller Sanktionen für Mitgliedstaaten des Euroraums ergänzt werden. Bei der präventiven Komponente sollten erhebliche Abweichungen von einer vorsichtigen Haushaltspolitik eine verzinsliche Einlage nach sich ziehen. Bei der korrektiven Komponente wäre nach einem Beschluss zur Feststellung eines übermäßigen Defizits eine unverzinsliche Einlage in Höhe von 0,2 % des BIP zu leisten. Sollte der betreffende Mitgliedstaat der Empfehlung zur Korrektur des übermäßigen Defizits nicht folgen, würde diese Einlage in eine Geldbuße umgewandelt.

Um die Durchsetzung sicherzustellen, ist für die Verhängung dieser Sanktionen eine „umgekehrte Abstimmung“ geplant: dies bedeutet, dass eine von der Kommission vorgeschlagene Sanktion als beschlossen betrachtet wird, wenn der Rat sie nicht mit qualifizierter Mehrheit ablehnt. Die bei den Einlagen aufgelaufenen Zinsen sowie die Geldbußen sollen unter den Euroraum-Mitgliedstaaten, die weder ein übermäßiges Defizit noch übermäßige Ungleichgewichte aufweisen, aufgeteilt werden.

Die Änderungen sind so gestaltet, dass sie die eventuelle Umstellung auf ein an den EU-Haushalt gekoppeltes Durchsetzungssystem, wie es in der Kommissionsmitteilung vom 30. Juni vorgesehen ist, erleichtern dürften.

4) Eine neue Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten

Angesichts des dezentralen Charakters der Finanzpolitik ist es wichtig, dass die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten, d.h. all die Elemente, die für die finanzpolitische Steuerung auf nationaler Ebene die Grundlage bilden (Rechnungssysteme, Statistiken, Prognosemethoden, Haushaltsvorschriften, Haushaltsverfahren und Finanzbeziehungen zu anderen Stellen wie kommunalen oder regionalen Behörden) den Zielen des SWP Rechnung tragen. Die Richtlinie legt die Mindestanforderungen fest, die die Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht einzuhalten haben.

5) Eine neue Verordnung zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte

Das Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht (Excessive Imbalance Procedure, EIP) ist ein neuer Bestandteil des EU-Rahmens für die Überwachung der Wirtschaftspolitik. Er umfasst eine regelmäßige Bewertung des Risikos von Ungleichgewichten anhand eines Satzes ökonomischer Indikatoren. Ausgehend von dieser Bewertung kann die Kommission bei Mitgliedstaaten mit entsprechendem Risiko eine eingehende Überprüfung einleiten, bei der die ursächlichen Probleme ermittelt werden. Bestehen bei einem Mitgliedstaat schwerwiegende Ungleichgewichte oder Ungleichgewichte, die das ordnungsgemäße Funktionieren der WWU gefährden, kann der Rat eine Empfehlung abgeben und das „Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht (EIP)“ einleiten.

Im Rahmen dieses Verfahrens müsste der betreffende Mitgliedstaat einen Korrekturmaßnahmenplan vorlegen, den der Rat bewertet und für den er eine Umsetzungsfrist festlegt. Versäumt es ein Mitgliedstaat wiederholt, Korrekturmaßnahmen

zu ergreifen, werden Sanktionen gegen ihn eingeleitet (siehe Punkt 6).

6) Eine Verordnung über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum

Wie bei der haushaltspolitischen Überwachung wird ein Mitgliedstaat des Euroraums, der es wiederholt versäumt, auf Empfehlungen des Rates zur Beseitigung übermäßiger Ungleichgewichte zu reagieren, auch im Rahmen eines EIP eine jährliche Geldbuße in Höhe von 0,1 % seines BIP zahlen müssen. Gestoppt werden kann diese Geldbuße nur, wenn die Mitgliedstaaten des Euroraums dies mit qualifizierter Mehrheit beschließen („umgekehrte Abstimmung“, siehe oben).

Die nächsten Schritte

Die Vorschläge werden nun vom Rat, vom Europäischen Parlament und vom Wirtschafts- und Sozialausschuss geprüft. Die Kommission ruft alle Beteiligten auf, sich um eine zügige Annahme dieser Vorschläge zu bemühen.

Siehe:

MEMO/10/454 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/454&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr> und MEMO/10/455 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/455&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

sowie:

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/2010-09-eu_economic_governance_proposals_en.htm ■

Europas Biodiversität der Bodenorganismen –

Neuer Atlas unterstreicht Bedeutung und deckt Bedrohungen auf

Zum ersten Mal veröffentlichte heute die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission (JRC) eine auf Indikatoren basierende Karte, die potentielle Bedrohungen für die Boden-Biodiversität aufzeigt und so Entscheidungsträgern helfen soll, diese wesentliche Ressource zu schützen. Die Vielfalt der Böden spielt eine entscheidende Rolle in der Landwirtschaft und im Wasser- und Kohlenstoffkreislauf. Der Atlas zeigt, in welchen Regionen Europas die Boden-Biodiversität aktuell am meisten gefährdet ist – in Teilen des Vereinigten Königreichs, der Benelux-Länder und Nordfrankreichs, auch wenn es in mehreren anderen Mitgliedstaaten besonders gefährdete Gebiete gibt. Der Atlas ist eine umfassende Informationsquelle für Forscher, Entscheidungsträger und Lehrkräfte. Er soll anlässlich der Konferenz „Boden, Klimawandel und biologische Vielfalt - Wo stehen wir?“ vorgestellt werden (Brüssel, 23. und 24. September 2010).

Máire Geoghegan-Quinn, Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, und Janez Potočnik, Kommissar für Umwelt, erklärten dazu: „Der Boden ist von grundlegender Bedeutung für die biologische Vielfalt, durch die das Leben auf unserem Planeten möglich ist und unsere Wirtschaft nachhaltig bleibt. Durch die Verschlechterung der Bodenqualität ist unser Zugang zu Nahrungsmitteln, frischer Luft und Trinkwasser sowie vielen wichtigen Rohstoffen gefährdet. Dieser Atlas ist ein wesentlicher Beitrag

der EU zu dem von der UNO ausgerufenen Jahr der biologischen Vielfalt 2010. Damit soll die Öffentlichkeit sensibilisiert werden für die Notwendigkeit der Bodenrahmenrichtlinie, die die Kommission im Jahre 2006 erstmals vorgeschlagen hat, und dazu beigetragen werden, eine weitere Verschlechterung der Bodenqualität zu verhindern und den bereits verursachten Schaden zu beheben. Je länger wir damit warten, dieses Problem koordiniert anzugehen, desto größer werden die Kosten sein.“

Der Europäische Atlas der Boden-Biodiversität enthält die allererste Karte, in der die Bedrohungen für die Boden-Biodiversität in fast allen EU-Mitgliedstaaten¹ erfasst sind. Potentielle Bedrohungen für die Boden-Biodiversität wurden aufgelistet und in einem Gutachten der vom JRC eingesetzten Arbeitsgruppe für Boden-Biodiversität („Soil Biodiversity Working Group“) klassifiziert. Bei der Ausarbeitung der neuen, auf Indikatoren basierenden Karte potentieller Bedrohungen wurden verschiedenste Faktoren miteinbezogen wie die Veränderungen bei der Landnutzung, die Zerstörung von Lebensräumen, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch den Menschen, invasive Arten, Bodenverdichtung, Erosion und Umweltverschmutzung.

Die Karte stellt eine Bewertung des Risikos eines Rückgangs der Boden-Biodiversität gegenüber der derzeitigen Situation, nicht jedoch den tatsächlichen Stand der Boden-Biodiversität dar. Die Ergebnisse zeigen, dass



30. SEPTEMBER 2010

das Risiko eines Rückgangs der Boden-Biodiversität aufgrund menschlicher Aktivitäten tendenziell höher ist in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte und/oder intensiver landwirtschaftlicher Tätigkeit. Solche Gebiete lassen sich insbesondere im Vereinigten Königreich (in mehreren Landesteilen, außer den nördlichsten), den Benelux-Ländern und Nordfrankreich finden. Gleichzeitig werden aber auch bestimmte Gebiete mehrerer anderer Mitgliedstaaten, von denen viele die gleichen Merkmale aufweisen, als besonders gefährdet eingestuft – zum Beispiel die Po-Ebene in Italien, die als einzige Region des Landes unter die Kategorie „hohes Risiko“ fällt.

Der vom JRC veröffentlichte Atlas gewährt dem Leser auch Einblicke in das „Leben unter der Erdoberfläche“. Dem großen Publikum sollen das Leben im Boden und die entscheidende Rolle der Böden für das Gleichgewicht anderer Ökosysteme unseres Planeten verständlich gemacht werden. Ferner enthält er die neuesten Forschungsergebnisse über die aktuellen Bedrohungen für die Boden-Biodiversität.

Dieser 128-seitige Atlas ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen Dienststellen der Europäischen Kommission und Partnern von Hochschulen, aus der Wirtschaft sowie Organisationen wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt („Convention on Biological Diversity“, CBD). Jeder Teil ist von weltweit führenden Experten verfasst und für Laien verständlich dargestellt worden.

Im ersten Teil des Atlas werden der Lebensraum Boden, seine vielfältigen Funktionen und die „Ökosystemgüter und -leistungen“, die er liefert, untersucht wie auch die Rolle, die die Bodenbiota dabei spielen. Der zweite Teil ist eine Art Enzyklopädie der Boden-Biodiversität, in der dem Leser viele der wichtigsten Gruppen von Bodenorganismen mithilfe von hochauflösenden Bildern vorgestellt werden.

Nähere Informationen

zum Europäischen Atlas der Boden-Biodiversität:

http://eusoiils.jrc.ec.europa.eu/library/maps/biodiversity_atlas/index.html

zu der Konferenz „Boden, Klimawandel und biologische Vielfalt - Wo stehen wir?“:

http://ec.europa.eu/environment/soil/biodiversity_conf.htm

zu der Bodenpolitik der EU:

http://ec.europa.eu/environment/soil/index_en.htm

Anhang

Einige Fragen, über die der Atlas Aufschluss gibt

Welche Art von Leben gibt es im Boden?

Die außerordentliche Vielfalt des Bodenlebens reicht von den allseits bekannten Regenwürmern und Käfern zu mikroskopisch kleinen Bakterien, Pilzen und Einzellern wie Amöben. In nur einer Hand voll Erde können sich zehntausende Bakterienarten tummeln.

Wie lässt sich sein wirtschaftlicher und ökologischer Wert messen?

Der wirtschaftliche Wert der Boden-Biodiversität lässt sich von seinem ökologischen Wert ableiten. Die Bodenbiota spielen eine lebenswichtige Rolle für die Bodenfruchtbarkeit und haben erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Erträge. Außerdem tragen sie zu der Reinigung von Luft und Wasser bei. Müssten diese Funktionen synthetisch erfüllt werden, würde das jedes Jahr Billionen Euro kosten.

Was ist speziell an der Bodenbiologie?

Die Bodenbiologie entwickelt sich in der dunklen Welt unter der Erdoberfläche und ihre Forschungsobjekte sind in vielen Fällen so klein, dass sie mit bloßem Auge gar nicht sichtbar sind. Und doch können Prozesse, die von Organismen im Boden ausgeübt werden, Auswirkungen auf globaler Ebene haben und lebenswichtig sein für Organismen, die auf der Erdoberfläche leben – so auch für den Menschen.

Inwiefern beeinträchtigen die Tätigkeiten des Menschen die Ökosysteme des Bodens?

Viele der vom Menschen ausgeübten Tätigkeiten beeinträchtigen das Bodensystem.

Der Bau von Gebäuden und Städten kann wegen der Versiegelung des Bodens durch Beton zur Verdichtung und zum Verlust von Boden führen.

Auch wurden invasive Arten in neue Gebiete eingeschleppt, oftmals durch die Erde von Gartenpflanzen, welche um die ganze Welt geschickt werden. Dies schadet den einheimischen Arten. Vom Menschen verursachte Belastungen werden erstmalig auf einer Karte im Atlas aufgezeigt.

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Bodenbiota und Klimawandel?

Böden binden zweimal so viel Kohlenstoff wie sich aktuell in der Atmosphäre befindet. Das organische Leben in Böden bestimmt maßgeblich, ob der Boden als Kohlenstoffquelle (Emission von Kohlenstoff) oder Kohlenstoffspeicher (Aufnahme von Kohlenstoff) agiert. Über viele der Interaktionen zwischen Boden, Atmosphäre und Klima liegen nach wie vor nur spärliche Erkenntnisse vor – weitere Forschung in diesem Bereich ist nötig. ■

fußnote

1 : Zypern, Schweden und Finnland wurden aufgrund fehlender Daten nicht miteinbezogen.

Präsident Barroso und der chinesische Premier Wen Jiabao eröffnen das erste hochrangige Kulturforum EU-China (Brüssel, 6.-7. Oktober)



Zum ersten hochrangigen Kulturforum EU-China werden am 6. und 7. Oktober in Brüssel namhafte europäische und chinesische Intellektuelle und Künstler zusammenkommen. Eröffnet wird die Veranstaltung von José Manuel Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, und von Wen Jiabao, dem Premierminister der Volksrepublik China. Auch die für Bildung und Kultur zuständige EU-Kommissarin Androulla Vassiliou wird an der Eröffnungszeremonie teilnehmen, ebenso der chinesische Minister für Kultur Cai Wu und die Ministerin für Kultur der Französischen Gemeinschaft Belgiens, Fadila Laanan, als Vertreterin des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union.

Das Forum wird gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Ministerium für Kultur der Volksrepublik China im Rahmen des 13. EU-China-Gipfels organisiert. Den Vorsitz übernehmen der italienische Schriftsteller Umberto Eco und der chinesische

Wissenschaftler Qiu Xigui. Hauptziel der Veranstaltung ist ein verstärkter Austausch zwischen den Menschen und die Förderung des gegenseitigen Verstehens zwischen der EU und China.

Kommissionspräsident Barroso erklärte: „Es ist für mich eine Ehre und eine große Freude, Gastgeber des ersten hochrangigen Kulturforums EU-China zu sein. Dies ist eine Initiative, die ich mit Premierminister Wen während des EU-China-Gipfels im Jahr 2009 vereinbart habe. Engere Kontakte zwischen den Menschen der Europäischen Union und Chinas werden dazu beitragen, unseren bilateralen Beziehungen zusätzlichen Schwung zu verleihen. Intellektuelle und Künstler können einen entscheidenden Beitrag zu einem besseren Verständnis zwischen Kulturen und Menschen leisten. Niemand kann, wo auch immer auf der Welt, ohne schöpferische Ideen leben.“

Während des vorangegangenen EU-China-Gipfels, der im November 2009 in Nanjing stattfand, einigten sich die Vertreter der EU und Chinas darauf, dass das Kulturforum eine jährliche Veranstaltung sein soll, die abwechselnd in Europa und in China organisiert wird. Das nächste Forum wird in China im Rahmen des europäisch-chinesischen Jahres der Jugend 2011 stattfinden und sich auf den Kulturaustausch und die Zusammenarbeit zwischen kulturellen Einrichtungen, Kulturschaffenden und Kulturindustrie konzentrieren.

Als Unterzeichnerin des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ist es der Europäischen Union ein Anliegen, ihre Beziehungen mit Partnerländern und Partnerregionen durch eine kulturelle Dimension zu ergänzen.

Seit 2007 hat die Kommission über das EU-Programm „Kultur“ für zehn gemeinsam mit China realisierte Projekte 1,6 Mio. EUR investiert. Eines davon ist das Projekt „Chin-A-moves“, das junge chinesische und europäische Choreografen zusammenführte und eine Europatournee chinesischer Tanzensembles ermöglichte. Das Programm „Kultur“ unterstützte außerdem „Common Voices“, ein Kooperationsprojekt der Theaterakademie Shanghai und europäischer Opernhäuser.

Weitere Informationen:

Hochrangiges Forum EU-China:
www.euchina-hl-culturalforum.com

Die „Innovationsunion“ – Ideen in Arbeitsplätze, umweltfreundliches Wachstum und sozialen Fortschritt umsetzen



OKTOBER 2010

Die heute von der Europäischen Kommission vorgestellte „Innovationsunion“ ist eine Innovationsstrategie, die auf höchster politischer Ebene vorangetrieben wird. Sie soll die Bemühungen Europas – und die Zusammenarbeit mit Drittländern – auf Herausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bevölkerungsalterung konzentrieren. Dazu sollen Maßnahmen des öffentlichen Sektors eingesetzt werden, um die Privatwirtschaft zu stimulieren und Engpässe zu beseitigen, die verhindern, dass es die Ideen bis zur Marktreife schaffen. Solche Hindernisse sind z. B. Finanzierungsprobleme, fragmentierte Forschungssysteme und Märkte, eine unzureichende Innovationsförderung durch öffentliche Aufträge und eine langsame Normung. Die Innovationsunion ist eine der Leitinitiativen der Strategie „Europa 2020“.

Die für Forschung, Innovation und Wissenschaft verantwortliche EU-Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn und der für Industrie und Unternehmertum zuständige Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani erklärten hierzu: „In dem Maße, wie wir uns unter dem Druck eines heftigen globalen Wettbewerbs von der Krise erholen, befinden wir uns im Innovationsnotstand. Wenn wir Europa jetzt nicht zu einer Innovationsunion umbauen, werden unsere Volkswirtschaften verkümmern, während Ideen und Talente brachliegen. Innovation ist der Schlüssel für

nachhaltiges Wachstum und für gerechtere und umweltbewusstere Gesellschaften. Europa wird nur durch eine tiefgreifende Verbesserung seiner Innovationsleistung in der Lage sein, dauerhaft gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, die dem Druck der Globalisierung standhalten.“

Wie eine neue Studie¹ belegt, könnten bis 2025 durch die Verwirklichung des mit Europa 2020 angestrebten Ziels einer Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen um 3 % des BIP 3,7 Mio. Arbeitsplätze entstehen und das jährliche Bruttoinlandsprodukt um bis zu 795 Mrd. € ansteigen. Dafür werden eine Millionen Forscher zusätzlich benötigt.

Zehn Schlüsselemente der Innovationsunion

- **Europäische Innovationspartnerschaften** werden öffentliche und private Akteure auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene für konkrete Ziele in Bereichen mobilisieren, die sowohl der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen dienen, als auch das Potenzial haben, Europa an die Weltspitze zu bringen. Die Partnerschaften werden die Forschung und Entwicklung verstärken, Investitionen koordinieren, die Normung beschleunigen und die Nachfrage anregen. Die Kommission wird eine Startfinanzierung bereitstellen, um Investitionen aus anderen öffentlichen und

privatwirtschaftlichen Quellen anzuziehen. Im Frühjahr 2011 wird eine **Pilotpartnerschaft** zum Thema „Aktivität und Gesundheit im Alter“ mit dem Ziel ins Leben gerufen, bis 2020 den Anteil unseres Lebens zu verlängern, in dem wir uns einer guten Gesundheit erfreuen. Weitere Partnerschaften zu Themen wie Energie, intelligente Städte und intelligente Mobilität, effiziente Wasserverwendung, nicht-energetische Rohstoffe sowie nachhaltige und produktive Landwirtschaft werden folgen.

- Die Kommission hat 25 Indikatoren in einem **„Innovation Union Scoreboard“** zusammengefasst und eine Checkliste für die Merkmale eines erfolgreichen Innovationssystems aufgestellt. Es wird ein neuer Indikator für den Anteil schnell wachsender innovativer Wirtschaftsunternehmen ausgearbeitet. Außerdem wird die Kommission ein unabhängiges Rankingsystem für Universitäten und Hochschulen unterstützen.
- **Die Kommission wird einen leichteren Zugang zu Finanzmitteln fördern.** Sie wird eine Regelung für grenzübergreifendes Risikokapital vorschlagen, mit der Europäischen Investitionsbank zusammenarbeiten, um EU-Programme wie die Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis auszubauen und eine hochrangige Persönlichkeit damit beauftragen, die grenzübergreifende Zusammenführung von innovativen Unternehmen und Investoren zu verbessern.
- **Aufstockung bestehender Forschungsinitiativen.** Die Kommission wird bis 2014 Maßnahmen zur Vervollständigung des Europäischen Forschungsraums vorschlagen, wozu sie nach dem Vertrag von Lissabon verpflichtet ist. Ziel sind die bessere Abstimmung der europäischen und nationalen Forschungspolitik, der Bürokratieabbau und die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität der Forscher, wie z. B. die mangelnde Übertragbarkeit von Rentenansprüchen. Ferner bedeutet das einen möglichst offenen Zugang zu den Ergebnissen öffentlich finanzierter Forschungsarbeiten. Das 8. Rahmenprogramm wird Europa 2020 unterstützen. Der Europäische Forschungsrat und das Europäische Innovations- und Technologieinstitut werden weiter ausgebaut. Die Kommission wird mit Hilfe ihrer Gemeinsamen Forschungsstelle die wissenschaftlichen Grundlagen für das politische Handeln stärken.
- Die Kommission wird 2011 ein **„European Design Leadership Board“** und ein **„European Design Excellence Label“** schaffen.
- Die Kommission wird 2011 ein **großes Forschungsprogramm zur Innovation im öffentlichen Sektor und im Sozialbereich** auflegen und einen „Europäischen Innovationsanzeiger für den öffentlichen Sektor“ erproben. Zudem wird sie ein Pilotprojekt für die soziale Innovation in Europa durchführen, um Sachkenntnis für soziale Innovatoren bereitzustellen, und die soziale Innovation als Schwerpunkt für künftige Programme des Europäischen Sozialfonds vorschlagen. Zur Ausbreitung der Innovation in der gesamten Wirtschaft wird sie die Sozialpartner auf allen beruflichen Ebenen anhören.
- Die Kommission schlägt vor, dass die Regierungen besondere Haushaltsmittel für die **öffentliche Beschaffung innovativer Produkte und Dienste** vorsehen. Für Innovationen, die der Verbesserung öffentlicher Dienste dienen, könnte dadurch ein Beschaffungsmarkt in einer Größenordnung von mindestens 10 Mrd. € pro Jahr entstehen. Die Kommission wird Hilfestellung für eine gemeinsame Auftragsvergabe durch öffentliche Auftraggeber aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten geben.

- Im Frühjahr 2011 wird die Kommission einen **Legislativvorschlag zur Modernisierung und Beschleunigung der Normung** im Hinblick auf eine verbesserte Interoperabilität und Innovationsförderung unterbreiten.
- **Das Urheberrechtssystem in Europa muss modernisiert werden.** Durch die Schaffung des EU-Patents würden die Unternehmen jährlich 250 Mio. € sparen. Die Kommission wird 2011 Vorschläge in Bezug auf einen europäischen Wissensmarkt für Patente und Lizenzen vorlegen.
- **Überprüfung der Rahmenbedingungen für Strukturfonds und staatliche Beihilfen im Hinblick auf die Innovationsförderung.** Die Kommission wird die Mitgliedstaaten bei der besseren Verwendung der für Forschung und Innovation im Zeitraum 2007–2013 eingeplanten Strukturfondsmittel in Höhe von 86 Mrd. EUR unterstützen. Sie wird einen stärker innovationsorientierten Strukturfonds-Rahmen für die Zeit nach 2013 vorschlagen. Außerdem wird sie 2011 den Rahmen für staatliche Beihilfen überprüfen.

Mit der Innovationsunion werden sich der Rat (Wettbewerb) am 12. Oktober und der Europäische Rat im Dezember befassen. Die Beobachtung der erreichten Fortschritte wird im Rahmen der Strategie Europa 2020 erfolgen. Der Stand der Innovationsunion wird auf einem jährlichen Innovationskonvent erörtert werden.

Weitere Informationen:

MEMO/10/473

<http://ec.europa.eu/innovation-union>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/index_en.htm

<http://www.facebook.com/innovation.union>

<http://twitter.com/innovationunion>

<http://blogs.ec.europa.eu/innovationunlimited/>

Fußnote:

1 : P. Zagamé, (2010): The cost of a non-innovative Europe (Die Kosten eines nicht innovativen Europas), http://ec.europa.eu/research/social-sciences/policy-briefs-research-achievements_en.html.



Biodiversität: Bewertung bestätigt Verfehlen der EU-Ziele für 2010, zieht aber wichtige Schlussfolgerungen



8. OKTOBER 2010

Ein heute veröffentlichter Bericht bestätigt, dass die EU ihr Ziel verfehlt hat, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 aufzuhalten. Die Bewertung der Durchführung des Aktionsplans der Kommission zur Biodiversität zeigt, dass Europas biologische Vielfalt durch die übermäßigen Belastungen, denen wir unsere Umwelt aussetzen, nach wie vor stark bedroht ist, so z. B. durch veränderte Landnutzung, Umweltverschmutzung, invasive Arten und Klimawandel. Dennoch lässt die Bewertung auch erkennen, dass in den vergangenen zwei Jahren erhebliche Fortschritte gemacht wurden. Aus der Durchführung des Aktionsplans wurden aber auch wichtige Schlussfolgerungen gezogen, auf denen die Strategie der EU für die Zeit nach 2010 aufbauen wird.

Hierzu erklärte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik: „Wir haben einige sehr wichtige Lektionen gelernt und es geschafft, die biologische Vielfalt ganz oben auf die politische Tagesordnung zu setzen. Doch wir müssen alle an Bord holen, nicht nur Europa. Die Bedrohung ist weltweit sogar noch größer als in der EU. Darum ist es unerlässlich, dass aus Nagoya eine starke globale Strategie für den Schutz der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme hervorgeht.“

Ein wichtiger Lernprozess

Der Aktionsplan zur Biodiversität wurde 2006 mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Verlust der biologischen Vielfalt in der EU bis 2010

aufzuhalten. Die heute vorgelegte Bewertung von rund 150 unterschiedlichen Maßnahmen und der durch sie erzielten Erfolge kommt zu dem Schluss, dass trotz erheblicher Fortschritte in einigen Bereichen das Gesamtziel für die Biodiversität im Jahr 2010 nicht erreicht wurde.

Einige gezielte Maßnahmen zur Umkehrung der Dezimierung gefährdeter Arten und Lebensräume waren jedoch erfolgreich. So wurde das Natura-2000-Netz erheblich erweitert und umfasst nun über 26 000 Schutzgebiete. Das entspricht 18 % der Landfläche der EU. Ebenso wurde der Anwendungsbereich des LIFE+-Finanzierungsprogramms ausgeweitet, so dass er jetzt auch umfassendere Fragen der Biodiversität abdeckt und die Durchführung des EU-Plans zur Biodiversität unterstützt.

Die Bemühungen um den Schutz von Meeres- und Süßwasserökosystemen wurden durch die neue Meeresstrategie-Richtlinie vorangetrieben. In diesem Sommer hat die Kommission die Kriterien festgelegt, nach denen die Mitgliedstaaten den Umweltzustand ihrer Meere bewerten müssen.

Die Arbeit an der laufenden Studie zum ökonomischen Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt (TEEB) hat dazu geführt, dass das Kapital „Natur“ zunehmend anerkannt wird. Dank TEEB erkennen Entscheidungsträger nun die Bedeutung von Investitionen in das Naturerbe.

Der Aktionsplan zur Biodiversität hat dazu beigetragen, dass wir die Hauptursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt (wie den Klimawandel) besser erfassen und verstehen, wie die Biodiversität mit Vorgängen in anderen Bereichen zusammenhängt und welche große Rolle die Ökosysteme bei Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung daran spielen.

Die daraus gezogenen Lehren sind von unschätzbarem Wert, um zu gewährleisten, dass der weitere Kampf gegen den Biodiversitätsverlust erfolgreich ist. Im März hat sich die EU neue Ziele gesetzt: Sie will den Verlust der biologischen Vielfalt und die Schädigung der Ökosystemleistungen in der EU bis 2020 eindämmen und sie – wo möglich – wieder nutzbar machen sowie den Beitrag der EU zur Vermeidung globaler Biodiversitätsverluste verbessern.

Die Einbeziehung von Biodiversitäts- und Ökosystemfragen in andere Bereiche der EU-Politik wird ein Kernpunkt der Strategie für die Zeit nach 2020 sein. Die geplanten Reformen in einigen Politikbereichen, wie z. B. der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Gemeinsamen Fischereipolitik, sowie die Vorbereitungen auf den nächsten Programmplanungszeitraum der EU-Regionalpolitik werden sich erheblich auf die Biodiversität auswirken und eröffnen wichtige Möglichkeiten. Diese betreffen sowohl die Verringerung der negativen Folgen für die Biodiversität als auch mögliche Finanzierungsquellen für den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt.

Die neue Strategie wird von einer erheblich verbesserten Wissensgrundlage profitieren. Dazu gehört auch ein Referenzszenario für Biodiversität, das es ermöglicht, Trends über 2010 hinaus zu bestimmen und zu erfassen.

Der globale Ausblick

Außerhalb der EU ist die Situation noch besorgniserregender, da der Druck auf die biologische Vielfalt stetig wächst. Zwischen 12 % und 55 % der ausgewählten Gruppen von Wirbeltieren, wirbellosen Tieren und Pflanzen sind weltweit vom Aussterben bedroht (3. Bericht zur Lage der biologischen Vielfalt, 2010). Die internationale Gemeinschaft hat das globale Ziel verfehlt, den Verlust der Biodiversität bis 2010 weltweit nennenswert zu reduzieren. Über neue globale Zielvorgaben für die Biodiversität wird bei der 10. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt vom 18. bis zum 29. Oktober in Nagoya (Japan) diskutiert.

Die EU arbeitet daran, die Folgen ihres hohen Verbrauchs auf die restliche Welt ebenso wie die des internationalen Handels auf die biologische Vielfalt und Ökosysteme weltweit zu verringern. So wurde das erste freiwillige Partnerschaftsabkommen zur Bekämpfung des Raubbaus an Wäldern unterzeichnet. Eines der Schlüsselthemen auf der Tagesordnung in Nagoya wird sein, dafür zu sorgen, dass Gewinne aus der Entwicklung von Produkten wie Arzneimitteln und Kosmetika mit den Ländern geteilt werden, aus denen die Rohstoffe dafür stammen.

Der Bericht

Die Bewertung enthält eine Vielzahl von Fakten und Daten zu den Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust in allen 27 Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene. Außerdem umfasst sie einen Vergleich der Leistungen der einzelnen Mitgliedstaaten und aktuelle Biodiversitätsindikatoren (SEBI 2010). ■

Den vollständigen Bericht finden Sie im Internet unter:

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/comm2006/index_en.htm

EINLADUNG STAKEHOLDER-DIALOG "Vision 2050"

Wir wollen mit dem Einverständnis vom WBCSD (World Business Council for Sustainable Development), im Dokumentenspeicher vom vorliegenden Glocalist Review das Strategiepapier "Vision 2050" (dt. Version, Kurzfassung) publik machen. Die Glocalist Medien möchten Sie zum Dialog über dieses Visionpapier vom WBCSD herzlichst einladen.

HINTERGRUND

Auf dem diesjährigen CSR-Tag von "respect - austrian business council for sustainable development" wurde die "Vision 2050" des WBCSD vorgestellt:

„Die Vision 2050 ist ein ganzheitlicher und optimistischer Fahrplan, der den Weg in eine nachhaltige Zukunft aufzeigt. Unternehmen und Organisationen werden durch die Vision 2050 inspiriert, – im Dialog mit Politik und Gesellschaft – Strategien für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln und umzusetzen“, beschreibt Per Sandberg vom WBCSD das Dokument.

Die Meinungen über das Dokument sind geteilt und nicht alle sind der Ansicht, dass die Ziele so oder überhaupt erreicht werden können. Deshalb wollen die Glocalist Medien-Medien für Nachhaltigkeit zu einem konstruktiven Dialog und Meinungsaustausch einladen.

DIALOG EINLADUNG

Die Glocalist Medien laden alle Stakeholder und Expertinnen bzw. Experten zum Dialog über die "Vision 2050" des WBCSD ein und stellen folgende Fragen als Anregung:

- Wie realistisch sehen die Ziele des Dokuments?
- Sehen Sie die Maßnahmen als zielführend oder umsetzbar an?
- Was sind Ihre Visionen und Vorschläge?

Die Auswahl der Publikation obliegt den Glocalist Medien. Es wird mit der Zusendung des Beitrags das Einverständnis gegeben, den Beitrag im einzigen wöchentlichen E-Journal für Nachhaltigkeit in Europa, Glocalist Review, zu publizieren. Dieses Einverständnis erstreckt sich auf die Tages-Online-Zeitung für Nachhaltigkeit, Glocalist Daily News (> www.glocalist.com). Die Glocalist Medien planen weiters, diesen Stakeholder-Dialog als Buch zu publizieren, worauf sich ebenfalls dieses Einverständnis erstreckt. Es wird keine Autorenremuneration gewährt. Die Urheber- und Autorenrechte verbleiben bei den jeweiligen Autorinnen bzw. Autoren. Jede Autorin bzw. jeder Autor erhält bei Publikation ein Belegexemplar (PDF) per Mail zugestellt. Beiträge, wo das eigene Unternehmen, NGO, politische Organisation oder Behörde lobend oder werblich angeführt werden, werden nicht berücksichtigt.

FORMALE ANGABEN

Zeichenanzahl von 5.500 bis 7.500 Zeichen inkl. Leerzeichen

Kurze Autorinnen- bzw. Autorennotiz

Photo (falls gewünscht) als jpg

Bitte senden Sie Ihren Beitrag bis 21. Oktober 2010 an office@glocalist.com oder chefredaktion@glocalist.com als Word (.doc) Dokument.

Weitere Einsendungstermine:

28. Oktober 2010, 4. November 2010, 11. November 2010



Vision 2050

Die neue Agenda
für Unternehmen –
Kurzfassung



Über die *Vision 2050*

Diese Kurzversion von „Vision 2050: Die neue Agenda für Unternehmen“ fasst die Erkenntnisse aus dem Vision 2050-Prozess zusammen. Der Langbericht beschreibt im Detail was geschehen muss, damit unsere Vision für 2050 Wirklichkeit wird – und welche Chancen sich für Unternehmen daraus ergeben. Der Kurzbericht folgt derselben inhaltlichen Gliederung wie die Vollversion: Vorwort, Zusammenfassung, Prognose für das Szenario „Weiter wie bisher“, Vision, Entwicklungspfad, Chancen und Schlussfolgerungen.

Für das Projekt *Vision 2050* entwickelten 29 Mitgliedsunternehmen des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) eine gemeinsame Vision von einer Welt, die 2050 auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist, und eine Beschreibung dieses Wegs. Er erfordert tief greifende Veränderungen in den Lenkungsstrukturen, in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und im Verhalten von Menschen und Unternehmen. Es zeigte sich, dass solche Veränderungen notwendig und machbar sind und dass sie Chancen für jene Unternehmen bieten, die Nachhaltigkeit in ihre Strategie integrieren.

Das Projekt *Vision 2050* widmet sich drei Fragen: Wie sieht eine nachhaltige Welt aus? Wie kommen wir dorthin? Was kann die Wirtschaft beitragen, damit wir das Ziel schneller erreichen?

Vision 2050 ist ein Gemeinschaftsprojekt, das von vier Unternehmen gemeinsam geleitet wurde. Den Inhalt

erarbeiteten 29 Unternehmen gemeinsam mit hunderten VertreterInnen der Wirtschaft, von Regierungen und der Zivilgesellschaft mit regionalen Partnern und Experten. Das Projekt nutzte auch WBCSD-Berichte und Materialien Dritter. Neben dieser Kurzfassung wurden auch Poster, Präsentationsunterlagen und ein Materialienset erstellt. Auf der Grundlage der *Vision 2050* können weitere Unternehmen, die Zivilgesellschaft und Regierungen den Weg in eine nachhaltige Zukunft diskutieren. Wir hoffen, dass die *Vision 2050* ein Ansporn für Unternehmen ist, ihre Produkte, Dienstleistungen und Strategien zu hinterfragen, auf Nachhaltigkeit aufbauende neue Geschäftsmöglichkeiten zu entwickeln, den Dialog mit ihren Mitarbeitern und Aufsichtsgremien zu führen und sie zu Nachhaltigkeit zu motivieren sowie nach außen als Vorbild zu wirken. Wir fordern die Regierungen auf zu prüfen, welche Regelungen und Gesetze erforderlich sind, um die Gesellschaft nachhaltig zu lenken und zu gestalten und entsprechende Anreize für die Wirtschaft zu schaffen. Wir rufen die Menschen auf, im Alltag zu Veränderungen beizutragen.

Eine Gesprächsgrundlage – keine fertige Arbeitsanleitung

Die *Vision 2050* ist weder eine Arbeitsanleitung noch eine Vorschrift, sondern eine Grundlage für Diskussionen und weitere Fragen. Der größte Nutzen des Textes liegt vielleicht darin, dass er die Szenarien *Vision 2050* und „Weiter wie bisher“ gegenüberstellt und die Fragen und Dilemmata anspricht, die sich daraus ergeben.

Unternehmen und anderen Akteuren stellen sich derzeit vor allem folgende Fragen: „Wie erreichen wir dieses Ziel?“ und „Welche Art von Lenkung führt zu den nötigen Veränderungen – und zwar in der angebrachten Geschwindigkeit und Dimension?“

Die Wirtschaft ist bereit, sich diesen Fragen zu stellen, Unterstützung anzubieten und als Vorbild voranzugehen. Alle Interessengruppen – Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft – sind eingeladen, mit uns nach Antworten zu suchen.

Co-Vorsitzende des Projekts:

Samuel A. DiPiazza Jr.,
PricewaterhouseCoopers
Idar Kreutzer, Storebrand
Michael Mack, Syngenta International
Mohammad A. Zaidi, Alcoa

Mitwirkende Unternehmen:

Accenture, Alcoa, Allianz, Arcelor-Mittal, Boeing, Duke Energy, E.ON, Eskom, Evonik Industries, FALCK Group, Fortum, GDF SUEZ, Grupo Nueva, Holcim, Infosys Technologies, Osaka Gas, PricewaterhouseCoopers, Procter & Gamble, Rio Tinto, Royal Philips Electronics, Sony, Storebrand, Syngenta International, Tokyo Electric Power, Toyota, Umicore, Vattenfall, Volkswagen, Weyerhaeuser

Kernteam:

Per Sandberg, Projektleitung
(sandberg@wbcsd.org)
Nijma Khan, Projektmitarbeit
(von Accenture freigestellt)
Li Li Leong, Projektmitarbeit (von PricewaterhouseCoopers freigestellt)

Vorwort der Co-Vorsitzenden

Von den 29 WBCSD-Mitgliedsunternehmen, die an dieser Vision mitgewirkt haben, bestehen viele schon seit mehr als hundert Jahren. Sie haben wiederholt erlebt, wie aus der Zukunft erst Gegenwart und schließlich Vergangenheit wird. Als Führungskräfte sind wir daher gewohnt, Zukunftsszenarien zu entwickeln und für die Zukunft zu planen.

Noch nie jedoch hat uns die Zukunft mit so vielen Fragen konfrontiert, deren Beantwortung so folgenschwer war. Und noch nie wirkte sich das Verhalten von Unternehmen, Regierungen und Bürgern so unmittelbar darauf aus, wie diese Zukunft aussehen wird.

Vision 2050 ist ein Gemeinschaftsprojekt von 29 Unternehmen, die dabei vom WBCSD-Sekretariat unterstützt wurden und mit anderen Unternehmen und regionalen Netzwerkpartnern kooperierten. Gemeinsam haben wir die Entwicklung der Welt skizziert; und zwar nicht jene, die wir erwarten oder befürchten, sondern jene, die wir für möglich halten. Vor dem Hintergrund der Megatrends Klimawandel, Bevölkerungswachstum und

Urbanisierung und unter Annahme optimaler Anstrengungen von Wirtschaft, Regierungen und Gesellschaft zeigt die *Vision 2050* die bestmögliche Entwicklung auf, die die Menschheit und die Erde in den nächsten vier Jahrzehnten nehmen können.

Das bestmögliche Ergebnis wäre, kurz gesagt, eine Erde mit rund 9 Milliarden Menschen, die gut – mit ausreichend Nahrung, sauberem Wasser, Abwasserentsorgung, Wohnraum, Mobilität, Bildung und Gesundheitsversorgung – und in Einklang mit den Ressourcen leben, die dieser kleine, verwundbare Planet uns täglich neu zur Verfügung stellen kann.

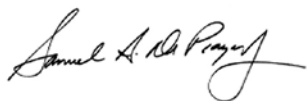
Für diese Vision haben wir anhand von neun Themen einen Entwicklungspfad und die zur Erreichung des Ziels notwendigen Meilensteine dargestellt.

Die erfreulichste Aussage des Projekts ist, dass der Entwicklungspfad enorme Chancen bietet: bessere Ergebnisse bei geringerem Einsatz, Wertschöpfung, Wohlstand und verbesserte Lebensbedingungen. Für uns sind das entscheidende Erkenntnisse, denn das Wachstum und der Erfolg von Unter-

nehmen sind von solchen Chancen abhängig. Viele der von uns beschriebenen Chancen werden in Schwellenländern zu realisieren sein.

Ebenso wichtig: Das Szenario „Weiter wie bisher“ führt weder zu Nachhaltigkeit noch zu gesichertem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg – dieser ist nur durch radikale, umgehend realisierte Veränderung zu erreichen. Die Wirtschaft muss dazu nur das tun, was sie am besten kann: erneuern, anpassen, zusammenarbeiten, umsetzen. Diese Prozesse werden sich dadurch verändern, dass wir neue Partnerschaften mit Unternehmen, Regierungen, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen eingehen, um die beste Lösung für alle zu suchen. Und wir müssen eine Lösung finden.

Wir bedanken uns bei unseren Kollegen in den beteiligten Unternehmen für ihre intensive und kompetente Mitarbeit an diesem Bericht. Dem WBCSD-Sekretariat und den vielen Beratern, Fachexperten und regionalen Mitarbeitern danken wir für ihre Unterstützung und Beratung.




Samuel A. DiPiazza
CEO, PricewaterhouseCoopers
(im Ruhestand)



Michael Mack
CEO, Syngenta



Idar Kreutzer
Group CEO, Storebrand



Dr. Mohammad A. Zaidi
Executive Vice President &
Chief Technology Officer, Alcoa

Zusammenfassung

Im Jahr 2050 leben rund 9 Milliarden Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde.

Bereits in 40 Jahren werden um 30% mehr Menschen auf der Erde leben. Wirtschaftlich betrachtet ist das positiv, weil dieses Wachstum auch Milliarden neuer Konsumenten bedeutet, die Wohnungen, Autos und Fernsehgeräte brauchen. Es hat aber auch Nachteile, weil es durch die knapper werdenden Ressourcen und die mögliche Erderwärmung schwieriger wird, dass alle 9 Milliarden Menschen jenen konsumorientierten Lebensstil erreichen oder halten, der dem heutigen Wohlstand in den reichen Ländern entspricht.

Für das WBCSD-Projekt *Vision 2050* haben 29 weltweit tätige Unternehmen aus 14 Branchen gemeinsam über Lösungen für dieses Dilemma nachgedacht. Sie haben auf Basis von Gesprächen mit Vertretern von mehreren hundert Unternehmen und Experten aus 20 Ländern gemeinsam eine Vision entwickelt, wie die Welt sich bis 2050 in Richtung Nachhaltigkeit bewegen kann. In dieser Vision leben nicht nur mehr Menschen auf der Erde, sondern sie leben gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde. Unter „gut leben“ verstehen wir einen Lebensstandard, bei dem Bildung, Gesundheit, Mobilität, grundlegende Güter wie Nahrung, Wasser, Energie und Wohnraum sowie Konsumgüter für alle zugänglich und leistbar sind. Mit „im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde“ beschreiben wir eine Lebensweise, bei der man einen solchen Lebensstandard mit den verfügbaren natürlichen Ressourcen und ohne Zerstörung von Artenvielfalt, Klima und anderen Ökosystemen aufrecht erhalten kann.

Diese Vision klingt zunächst vielleicht utopisch, denn sie scheint weit von der uns bekannten Lebensweise entfernt. Dieser Eindruck würde aber weder der Absicht dieses Berichts gerecht noch der Realität. Unser aller Leben wird mit oder ohne Umsetzung der *Vision 2050* im Jahr 2050 vollkommen anders aussehen als heute. Die *Vision 2050* basiert auf Wahrnehmungen, Berechnungen und Vorhersagen der beteiligten Unternehmen und Experten. Sie ist nach heutigem Wissen der beste Wegweiser in die Zukunft und soll Entscheidungsträgern in Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei helfen, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden – nämlich isolierte Entscheidungen zu treffen, die unbeabsichtigte Folgen für die Menschen, die Umwelt und die Erde haben. Die *Vision 2050* will eine gemeinsame Basis schaffen, damit die Verantwortlichen ihre Entscheidungen so treffen können, dass die Entwicklung der Menschheit in den kommenden vier Jahrzehnten optimal verlaufen kann. Sie versteht sich auch als Plattform für einen kontinuierlichen Dialog, in dem wir jederzeit die wichtigen Fragen stellen können, die sich auf dem Weg durch dieses noch unerforschte Gebiet stellen.

Der Entwicklungspfad zum Erreichen der Vision

Wir haben einen Entwicklungspfad mit neun Themen erarbeitet, der von der Gegenwart in diese nachhaltige Zukunft führt. Dabei versuchten wir darzustellen, wie sich das aufrichtige, weltweite Bemühen um nachhaltige Entwicklung – samt aller damit verbundenen radikalen Veränderungen in Politik und Lebensgestaltung – auf Wirtschaft und Märkte insgesamt und auf einzelne Sektoren im Speziellen auswirken könnte. Anhand der einzelnen Themen des Entwicklungspfades zeigt sich, dass Verhaltensänderungen und gesell-

schaftliche Erneuerung dabei ebenso wichtig sind wie bessere Lösungen und technische Innovation. Wir werden in den nächsten 40 Jahren Einfallsreichtum auf allen Gebieten brauchen. Obwohl wir die einzelnen Bereiche getrennt dargestellt haben, zeigt sich, dass Themen wie Wasser, Ernährung und Energie nicht isoliert betrachtet werden können, sondern ganzheitlich und gemeinsam behandelt werden müssen. Dabei sind freilich auch Kompromisse nötig.

Entscheidende Schritte auf dem Entwicklungspfad sind:

- die Auseinandersetzung mit den Entwicklungsbedürfnissen von Milliarden Menschen, Förderung von Bildung und wirtschaftlicher Emanzipation – vor allem von Frauen – und die Entwicklung von umweltschonenden Lösungen, Lebensweisen und Verhaltensweisen;
- die Berücksichtigung der Kosten externer Faktoren, beginnend mit CO₂, Ökosystemdienstleistungen und Wasser;
- die Verdoppelung des landwirtschaftlichen Ertrags bei gleich bleibender Fläche und Wassermenge;
- die Beendigung von Abholzung und die Ertragssteigerung bei künstlichen Wäldern;
- die Halbierung der globalen CO₂-Emissionen bis 2050 (gegenüber 2005), und sinkende Treibhausgasemissionen nach einem Höhepunkt 2020 durch Umstieg auf klimaschonende Energiesysteme und massiv erhöhte nachfrageseitige Energieeffizienz;
- die weltweite Verfügbarkeit klimaschonender Mobilität;
- eine vier bis zehn Mal effizientere Nutzung von Roh- und Werkstoffen.

Durch diese – und weitere – Veränderungen kann es uns gelingen, 2050 die Naturressourcen von nur etwas mehr

als einer Erde zu verbrauchen, während wir bei Fortführung unserer heutigen Lebensweise 2,3 Mal so viel verbrauchen würden.

Vielfältige Chancen

Die zukünftigen Umwälzungen bringen enorme Chancen für viele Wirtschaftssektoren mit sich. Die globalen Problemfelder Wachstum, Urbanisierung, Ressourcenknappheit und Veränderungen der Umwelt werden im nächsten Jahrzehnt die strategische Ausrichtung von Unternehmen bestimmen. Allein in den Bereichen natürliche Ressourcen und Gesundheit und Bildung könnten sich im Jahr 2020 Marktchancen in einer Größenordnung von USD 0,5 bis 1,5 Billionen ergeben, die (auf Basis heutiger Preise) im Jahr 2050 bereits auf USD 3 bis 10 Billionen steigen. Das entspricht 1,5 bis 4,5% des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2050.

Chancen ergeben sich etwa bei der Entwicklung und Verwaltung von klimaschonenden und abfallfreien Städten, Verkehrs- und Infrastruktursystemen oder bei Maßnahmen zur Verbesserung und zum Schutz von Biokapazität, Ökosystemen, Lebensweisen und Existenzgrundlagen.

Auch das Finanzwesen sowie die Informations- und Kommunikationstechnologien profitieren von der Umsetzung dieser Veränderungen. Neue Möglichkeiten tun sich auf, externe Prioritäten verändern sich, neue Allianzen entstehen, und zahlreiche Risiken sind zu beachten und zu bewältigen. Dabei setzen sich intelligentere Systeme, intelligentere Menschen, intelligentere Modelle und intelligentere Unternehmen durch.

Das Wirtschaftsumfeld ändert sich radikal

Die Entscheidungsträger in der Wirtschaft werden mit ganz neuen Anforderun-

gen konfrontiert sein. Für Politik und Unternehmen werden Klimawandel und Ressourcenknappheit vom Umwelt- zum Wirtschaftsthema, bei dem es darum geht, wer die Chancen verwirklicht und wer die Kosten trägt. Man wird nach einem Wachstums- und Fortschrittsmodell suchen, das auf eine vernünftige Nutzung erneuerbarer Ressourcen und die Rückgewinnung nicht erneuerbarer Rohstoffe setzt. Daraus wird sich ein „Öko-Wettlauf“ ergeben, bei dem Staaten und Unternehmen kooperieren, aber auch konkurrieren. Diese Veränderungen nützen jenen Unternehmen, deren Entscheidungsträger die lokalen und globalen Herausforderungen nicht nur als Problem und Kostenfaktor sehen, sondern als Gelegenheit für Investitionen, mit denen sie zu Lösungen und zur Verwirklichung der Chancen beitragen.

Dieser Wandel erfasst auch Gesetze und Verordnungen, Märkte, Konsumentenwünsche, die Preisbildung bei Rohstoffen und anderen eingesetzten Ressourcen sowie die Gewinn- und Verlustberechnung – also die gesamte Wirtschaft. Die Unternehmen dürfen auf diesen Wandel nicht nur reagieren, sondern müssen ihn aktiv mitgestalten und ihre Hauptkompetenz einbringen: kosteneffiziente Lösungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen entsprechen. Allerdings werden diese Lösungen in Zukunft global und lokal zu „realen Werten und Kosten“ vermarktet. „Real“ bedeutet dabei, dass die begrenzten Ressourcen der Erde berücksichtigt werden, damit die Menschen ohne Ausbeutung gut leben können. Unternehmen, Konsumenten und Gesetzgeber werden durch Experimentieren, Zusammenarbeit unterschiedlicher Interessengruppen, systemisches Denken und branchenübergreifende Innovation Lösungen dafür finden, wie man eine nachhaltige Zukunft realistisch und

attraktiv gestalten kann – ein Musterbeispiel für chancenorientierte Strategie.

Führungskräfte müssen ihre Unternehmen unter den heutigen Bedingungen erfolgreich leiten und zugleich die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen sie eng mit ihren Ansprechpartnern in Politik und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Neue Allianzen der Wirtschaft mit Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind dafür ebenso nötig wie mehr systemisches Denken und Handeln. Nur so werden sich die vielen Herausforderungen bewältigen und die Chancen nutzen lassen, die sich zum Beispiel daraus ergeben, dass 2050 doppelt so viele Menschen in Städten leben werden wie heute. Die Führungskräfte müssen ihre Unternehmen durch eine Phase des Wandels von bisher unbekanntem Ausmaß steuern. Parallel dazu müssen Regierungen die richtigen gesetzlichen Regelungen und Anreizsysteme bereit stellen.

Die Vision ist erreichbar

Der *Vision 2050* liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Welt schon heute über das Wissen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, Technologien, Fähigkeiten und finanziellen Mittel verfügt, die zur Umsetzung der Vision nötig sind. Wir müssen jedoch schon im kommenden Jahrzehnt schnell stabile Fundamente dafür legen. Die Landkarte weist noch einige weiße Flecken auf – wichtige Fragen zu Lenkungsprozessen, globalen Handelsbedingungen, Aufgabenverteilungen, Zuständigkeiten und Risiken warten noch auf Antworten. Aber wir werden diese Antworten rechtzeitig finden.

Prognose für 2050: Szenario „Weiter wie bisher“

Wir besitzen alles, um gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde zu leben: wissenschaftliche Erkenntnisse, bewährte und neue Technologien, Finanzmittel und Kommunikation in Echtzeit. Trotzdem sind unsere Gesellschaften auf einem Weg, der ihre Grundlagen bedroht. Bevölkerungswachstum und (in den meisten Ländern) Konsum verbinden sich auf gefährliche Weise mit jener Gleichgültigkeit, die entsteht, wenn das Wachstum durch Lenkungsprozesse und Vorschriften unzureichend gesteuert wird. Diese Entwicklung stellt eine Gefahr für Umwelt und Gesellschaft dar.

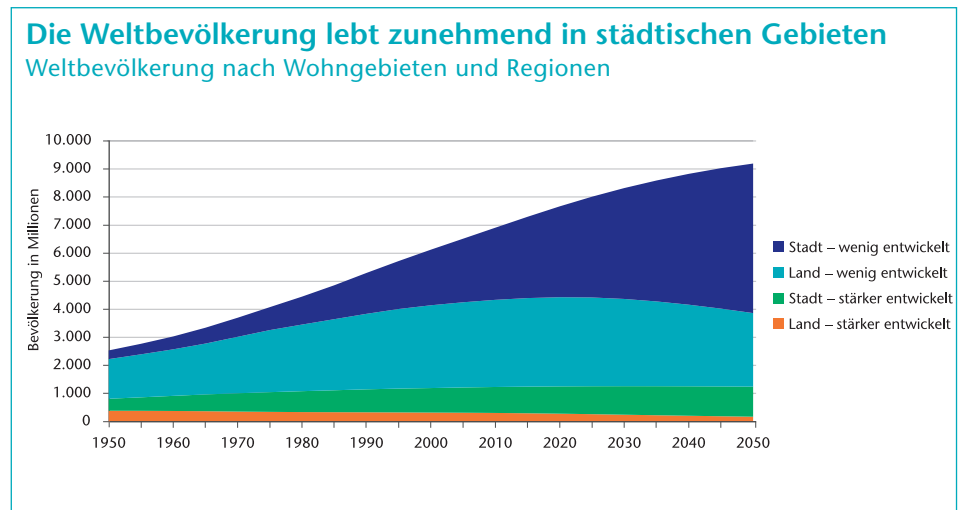
Wachstum: Bevölkerung, Urbanisierung und Verbrauch

Schätzungen gehen davon aus, dass die Weltbevölkerung von heute 6,9 Milliarden Menschen auf mehr als 9 Milliarden im Jahr 2050 anwachsen wird. 98% dieses Wachstums werden nach UN-Berechnungen in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden. Die Stadtbevölkerung wird sich verdoppeln. In vielen entwickelten Ländern wird in diesem Zeitraum die Bevölkerung altern und ihr Wachstum stagnieren. Die demografische Entwicklung wird von Land zu Land sehr unterschiedlich sein.

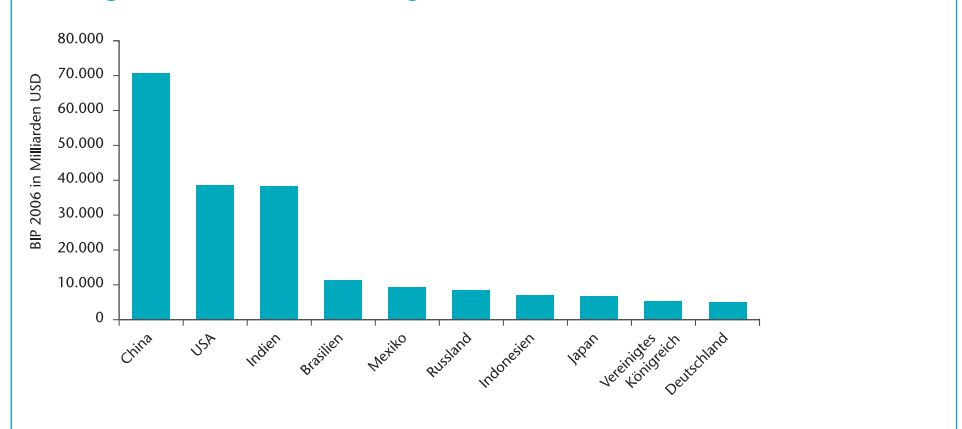
In vielen Teilen der Welt haben sich die Lebensbedingungen in den letzten Jahrzehnten durch das Wirtschaftswachstum verbessert, so etwa bei der Kinder- und Müttersterblichkeit, der Ernährung sowie dem Zugang zu Trinkwasser und Bildung. Trotzdem gibt es nach wie vor extreme Armut.

Das Wirtschaftswachstum wird in Zukunft vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden. Viele Menschen dort werden wirtschaftlich aufsteigen und den Lebensstandard

Abbildung 1: Prognose für 2050 – Wachstum



Die Wirtschaftskraft verlagert sich
Die 10 größten Volkswirtschaften gemessen am BIP im Jahr 2050



Weltweit wächst die Mittelklasse rasch an
Bevölkerung mit einem Pro-Kopf-Verdienst (Kaufkraftparität) von USD 4.000–17.000 in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen

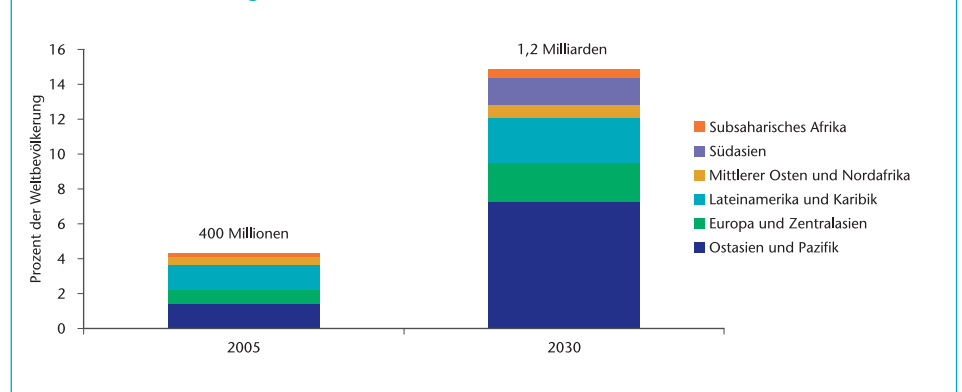
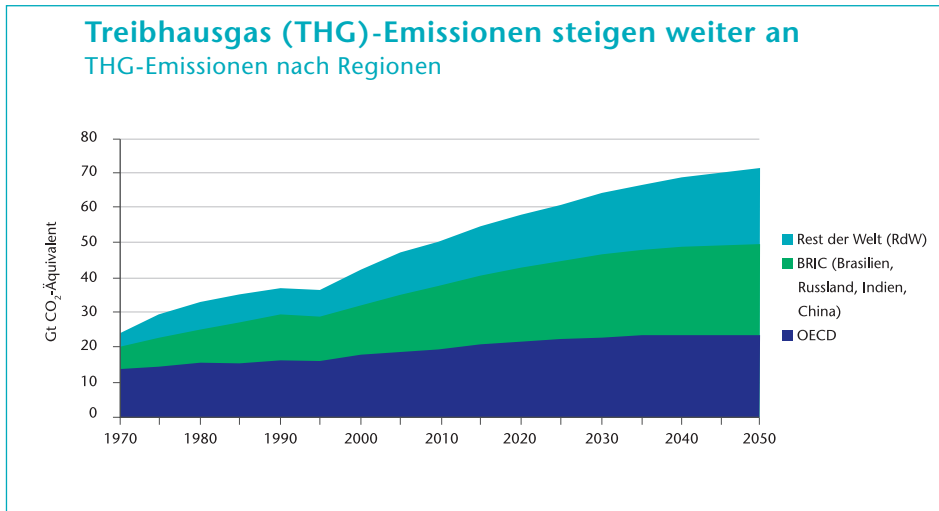
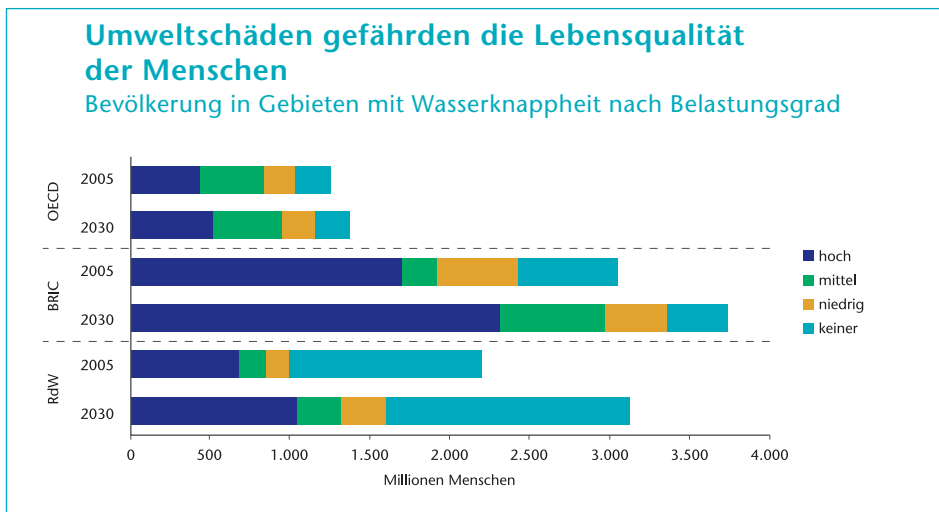


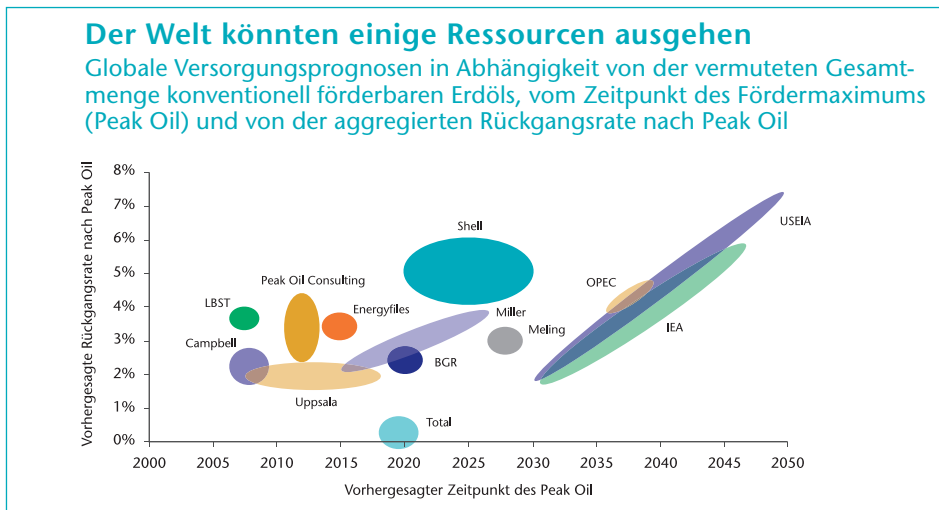
Abbildung 2: Prognose für 2050 – Verschlechterung



Quelle: OECD, „Umweltausblick bis 2030“, 2008



Quelle: OECD, „Umweltausblick bis 2030“, 2008



Quelle: UKERC, „The Global Oil Depletion Report“, 2009

der Mittelklasse erreichen. Damit steigt auch der Ressourcenverbrauch pro Kopf. Diese Entwicklung wird in allen Ländern tief greifende Veränderungen erfordern, damit im Jahr 2050 alle 9 Milliarden Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde leben können.

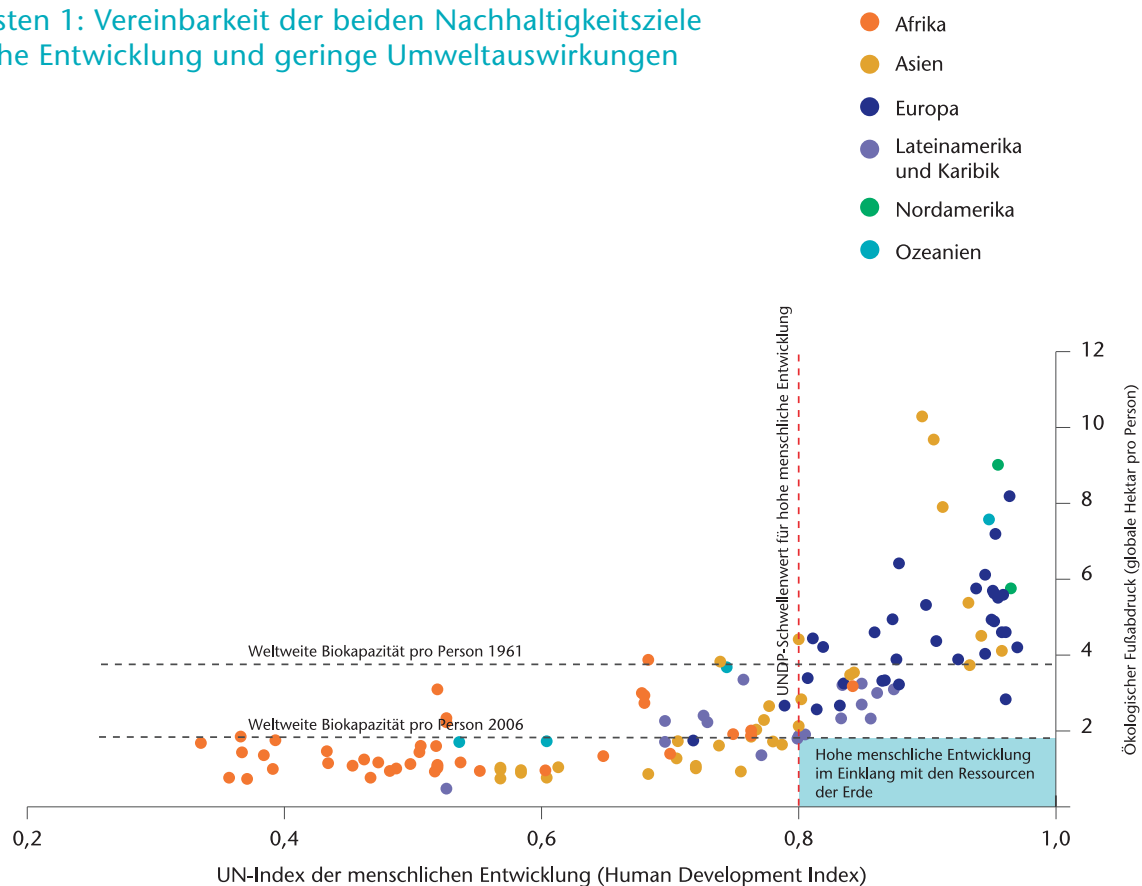
Gleichgültigkeit durch unzureichende Lenkung

Die Lenkungsprozesse und Regelungen zur Steuerung des Wachstums sind oft von Silodenken und tagespolitisch oder lokal motivierter Einflussnahme geprägt. Dadurch können sie nicht jene Verbindlichkeit erzielen, die für echten Fortschritt nötig ist. Auch Entscheidungen von Staaten, Unternehmen, Kommunen und Einzelpersonen sind aufgrund von kurzfristigen Zielen und Eigeninteressen oft von Gleichgültigkeit geprägt. Beispiele für solche Entscheidungen, die den Status quo festschreiben, sind Folgeinvestitionen in umweltbelastende oder energie-ineffiziente Infrastruktur oder ein Konsumverhalten mit großem ökologischen Fußabdruck.

Klimawandel und Umweltverschmutzung

Die UN-Studie „Millennium Ecosystem Assessment“ zeigte, dass sich von 24 untersuchten Ökosystemdienstleistungen in den letzten 50 Jahren 15 verschlechtert haben. Die rasch und kontinuierlich steigende Nutzung fossiler Energieträger und der immer stärkere Verbrauch natürlicher Ressourcen wirken sich auch heute auf zentrale Ökosystemdienstleistungen aus und gefährden damit die Versorgung mit Nahrung, Trinkwasser, Holz und Fischen. Auf der ganzen Welt leiden Menschen immer öfter und immer stärker unter Unwettern, Dürrekatastrophen und Hungersnöten.

Kasten 1: Vereinbarkeit der beiden Nachhaltigkeitsziele hohe Entwicklung und geringe Umweltauswirkungen



© Global Footprint Network (2009). Zahlen der „Global Footprint Network National Footprint Accounts“, Ausgabe 2009; UNDP Human Development Report, 2009.

Diese Grafik bringt die Schwierigkeit nachhaltiger Entwicklung auf den Punkt: den Ansprüchen der Menschen gerecht zu werden, ohne die ökologischen Ressourcen der Erde auszubeuten. Sie zeigt in einer Momentaufnahme, wo einzelne Staaten nach dem Entwicklungsindex (Human Development Index; HDI) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme; UNDP) stehen und wie groß ihr ökologischer Fußabdruck nach Berechnungen des Global Footprint Network ist. Die vertikale Linie markiert einen Entwicklungsindex von 0,8 – laut UNDP der Schwellenwert für hohe Entwicklung. Die Staaten links davon haben diesen Wert noch nicht erreicht. Staaten oberhalb der horizontalen gepunkteten und rechts von der vertikalen Linie haben zwar einen hohen Entwicklungsindex, ihr Verbrauch an Naturressourcen ist jedoch so hoch, dass er nicht nachhaltig gedeckt werden könnte, würden alle Menschen so leben.

Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft muss sich die Welt mit allen Dimensionen dieser Grafik auseinandersetzen: mit der Definition von Erfolg und Fortschritt, mit der pro Person verfügbaren Biokapazität und mit der Unterstützung einzelner Staaten bei der Erhöhung ihrer Entwicklungsstufe oder der Verringerung ihres Umweltverbrauchs. (Manche Länder müssen beides zugleich lösen.) In der *Vision 2050* haben wir fünf grundlegende Aspekte der notwendigen Veränderungen definiert:

1. Unterstützung der Vision: Akzeptanz der Beschränkungen, aber auch der Möglichkeiten einer Welt, in der 9 Milliarden Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde leben
2. Neudefinition von Erfolg und Fortschritt durch Staaten, Unternehmen und Einzelpersonen
3. Erhöhte Bioproduktivität für mehr Ertrag aus der Nutzung der Erde
4. Lösungen für geringeren Umweltverbrauch bei gleich bleibender Lebensqualität in Ländern mit hoher Entwicklung, die heute die Umweltkapazität überstrapazieren
5. Erhöhung des Entwicklungsniveaus von Ländern, deren Entwicklungsstand noch unter dem Schwellenwert liegt, ohne inakzeptable Ausweitung des Umweltverbrauchs.



Die Vision

Im Jahr 2050 leben rund 9 Milliarden Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde. Die Weltbevölkerung beginnt zu stagnieren. Die Hauptgründe dafür sind Bildung, wirtschaftliche Emanzipation von Frauen und zunehmende Urbanisierung. Mehr als 6 Milliarden Menschen, also zwei Drittel der Weltbevölkerung, leben in Städten. Die Menschen können ihre Grundbedürfnisse decken, wozu auch gehört, in Würde zu leben und einen passenden Platz im Gemeinwesen einzunehmen.

Vielfalt und gegenseitige Abhängigkeiten

Obwohl Länder und Kulturen unterschiedlich und vielfältig bleiben, sind die Menschen durch höhere Schulbildung und weltweite Kommunikationsmöglichkeiten besser über die Situation der Erde und der Weltbevölkerung informiert. Das Ideal „Eine Welt: eine Menschheit, eine Erde“ wird weltweit akzeptiert und umgesetzt. Es bringt zum Ausdruck, dass die Menschen voneinander und von der Erde abhängig sind. Es gibt weiterhin Konflikte, Katastrophen, Krisen, Verbrechen und Terror, aber die Gesellschaften sind belastbar und erholen sich rasch von negativen Ereignissen.

Menschen, Unternehmen und Regierungen sind zukunfts- und lösungsorientiert, belastbar und experimentierfreudig. Sie verstehen, dass Zusammenarbeit die Grundlage für Sicherheit und Anpassung in einer sich rasch verändernden Welt bildet.

Eine neue wirtschaftliche Realität

Wirtschaftswachstum hat nicht länger die Zerstörung der Ökosysteme und einen hohen Materialverbrauch zur Folge, sondern langfristige wirtschaftliche Entwicklung und das Wohlergehen

der Menschen. Die Gesellschaft hat ihre Vorstellung von Wohlstand und von erfolgreichem Leben neu definiert, ebenso die Grundlagen von Gewinn und Verlust, Fortschritt und Wertschöpfung. Langfristige Aspekte wie Umweltverbrauch, persönliches und gesellschaftliches Wohlergehen werden dabei berücksichtigt.

Auch wirtschaftlich sieht die Welt anders aus als zur Jahrhundertwende. Der Begriff „Entwicklungsland“ wird selten verwendet, da die meisten Volkswirtschaften bereits hoch entwickelte Länder oder Schwellenländer sind. Asiatische und amerikanische Staaten spielen im internationalen Handel, im Finanzsystem, bei Innovation und Regulierung eine wichtigere Rolle und legen Normen für diese Bereiche gemeinsam mit Staaten fest, die schon im vorigen Jahrhundert erfolgreich waren. Man verbindet unterschiedlichste Sichtweisen. Kapital, Ideen, Know-how und Lösungen verbreiten sich in alle Teile der Welt.

Zusammenarbeit bei Lenkungsprozessen

Die Staaten und die Aufgaben von Regierungen entwickeln sich weiter. Lenkungssysteme ermöglichen kompetente Entscheidungen auf der jeweils angemessenen Ebene. Nationen geben wenn nötig Souveränität ab, um internationale Systeme zu steuern und auf Herausforderungen wie Krankheiten, Klimafragen, Wasserversorgung, Fischfang, internationale Konflikte und die Verwaltung von Gemeingütern zu reagieren. Sie fördern lokale Lenkungsprozesse und verbinden einzelne Gemeinwesen zu einem partnerschaftlichen Mosaik aus Basisorganisationen und internationalen Organisationen, damit lokal engagierte Gruppierungen bei Themen wie Klimawandel, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

mitwirken können. Lenkung findet zu einem großen Teil auf Gemeinde-, Stadt- und Regionalebene statt. Die Welt ist komplex, aber auf effiziente Weise vernetzt.

Innovation und Einsatz neuer Lösungen prägen Märkte

Lenkungsprozesse dienen als Anreiz und Orientierung für die Märkte, indem sie Grenzen festlegen und Rahmenbedingungen schaffen für mehr Transparenz, Integration, die Internalisierung externer Kosten und weitere Faktoren der Nachhaltigkeit. Die Lenkungssysteme setzen Ziele, schaffen fairen Wettbewerb und beseitigen Hemmnisse, damit Unternehmen innovative Lösungen entwickeln und umsetzen können. Fairer Wettbewerb bedeutet, dass alle Marktteilnehmer die realen Kosten zu berücksichtigen haben, also auch externe Faktoren wie Umweltverbrauch und die Nutzung von Ökosystemdienstleistungen. Durch Anreizsysteme wird nachhaltiges Verhalten belohnt und die Entwicklung von Lösungen gefördert, die nachhaltig und zugleich konkurrenzfähig sind. Konsumenten wählen nachhaltige Produkte nicht nur wegen ihrer Nachhaltigkeit, sondern wegen ihrer besseren Eigenschaften.

Maßnahmen gegen den Klimawandel

Die Gesellschaft bereitet sich auf den Klimawandel vor. Gemeinsame Anstrengungen von Staaten und Gemeinwesen ermöglichen die Anpassung an die veränderten Bedingungen. In Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung, Nahverkehr, Energiewesen und Kommunikation wird ein integrierter und systemischer Ansatz zur Verfolgung.

Die Menschen versuchen weiterhin, den Klimawandel zu begrenzen. Die Schadstoffemissionen wurden bereits wesentlich gesenkt, und der CO₂-Ausstoß der Gesellschaft ist durch effiziente Verwendung von sauberen Energieträgern und Rohstoffen gesunken. Geschlossene Wiederverwertungskreisläufe und die Vernetzung von Unternehmen und Standorten tragen dazu bei, dass die Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde leben können und dass Industrieunternehmen erfolgreich sind. Außerdem verringert sich dadurch der Bedarf an Primärrohstoffen. Wiederverwertung macht aus sämtlichen Abfällen neue Roh- und Werkstoffe. Dadurch reichern sich an Land, in der Luft und im Wasser keine Abfallprodukte mehr an. Gebrauchte Gegenstände und Werkstoffe können so bearbeitet werden, dass sie unterschiedliche neue Funktionen erfüllen oder als Rohstoffe für die Herstellung neuer Produkte eingesetzt werden können.

Zusammenarbeit und Wissensmanagement machen den Umgang mit Werkstoffen – ebenso wie mit Abfällen und Verschmutzung – um ein Vielfaches effizienter als zur Jahrhundertwende. Fortschritte bei effizienter Wassernutzung und Wiederverwertung sowie bei Energie, Abwasserbehandlung, Land- und Forstwirtschaft ermöglichen der Menschheit, sich zu entwickeln ohne die ökologische Belastbarkeit des Planeten zu missachten. Umweltschäden sind rückgängig gemacht worden; Ökosystemdienstleistungen werden anerkannt, erhalten und verbessert; die Biodiversität wird besser geschützt, sie entwickelt sich positiv und bildet weiterhin die Grundlage für das Wohlergehen der Menschheit.

Arbeitsplätze und Arbeitgeber entwickeln sich weiter

Diejenigen Unternehmen liegen nun vorne, deren Kerngeschäft zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen beiträgt. Die Werte der Firmen haben sich in den vier Jahrzehnten bis 2050 tiefgreifend gewandelt und ihr Handeln hat sich an die veränderten Marktbedingungen angepasst. Viele Unternehmen haben diesen Wandel nicht überlebt, zugleich sind aber auch viele neue Unternehmen entstanden.

Die überlebenden Unternehmen sind flexibler, können besser mit unterschiedlichen Partnern und Kunden zusammenarbeiten und mit schnellen Veränderungen jeder Art gut umgehen. Sie haben gezielt Maßnahmen ergriffen, um Energie- und Materialverschwendung zu beenden und festgestellt, dass geschlossene Wiederverwertungskreisläufe nicht nur die Umweltverschmutzung verringern, sondern auch die Zusammenarbeit und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Als Arbeitgeber tragen diese Unternehmen durch Weiterbildung zu mehr Kreativität bei und stärken damit die Fähigkeit der Gesellschaft, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Weiterbildung befähigt genügend Menschen dazu, die nötigen Veränderungen umzusetzen. Auch die Arbeitskräfte sind flexibler geworden und ziehen bereitwillig dorthin, wo Arbeitsplätze verfügbar sind.

Der Entwicklungspfad bis 2050

Dieser Entwicklungspfad beschreibt die zur Umsetzung des Szenarios *Vision 2050* nötigen Veränderungen. In diesem Kapitel skizzieren wir die Entwicklung einer nachhaltigeren Welt anhand von neun Themen, bei denen wir in den nächsten vier Jahrzehnten handeln müssen. Diese Themen sind: Werte und Verhaltensweisen; Entwicklung der Menschheit; Wirtschaft; Landwirtschaft; Forstwirtschaft; Energie und Elektrizität; Bauwesen; Mobilität sowie Roh- und Werkstoffe. Wir verstehen den Entwicklungspfad mit seinen Themen weder als Vorschrift noch als Vorhersage, sondern als nachvollziehbare Beschreibung, die von den beteiligten Unternehmen durch Rückwärtsprojektion entwickelt wurde: Ausgehend von der *Vision 2050* haben wir untersucht, welche Veränderungen nötig sind, um das Ziel zu erreichen.

Wir haben die Entwicklung in zwei Phasen eingeteilt: das „Turbulente Jahrzehnt“ von 2010 bis 2020 und die „Übergangszeit“ von 2020 bis 2050. Das Turbulente Jahrzehnt ist weltweit eine Zeit voller Energie und Dynamik für die Nachhaltigkeit. In diesem Jahrzehnt entstehen die Ideen und Beziehungen, die in den folgenden 30 Jahren umgesetzt werden. Von 2020 bis 2050 festigen sich dann die Konturen, die sich im ersten Jahrzehnt entwickelt haben, zu konkretem Wissen, Verhaltensweisen und Lösungen. Diese Phase zeichnet sich durch wachsenden Konsens aus, aber auch durch schmerzhaft Veränderungen in vielen Bereichen der Gesellschaft wie Klima, Wirtschaftsmacht, Demografie. Auf den Märkten finden tiefgreifende Veränderungen statt, und Werte, Gewinn und Erfolg werden neu definiert.

Das Turbulente Jahrzehnt (2010–2020): Krise, Klarheit, Handeln

Die globale Finanzkrise am Ende des vergangenen Jahrzehnts hat das Vertrauen der Menschen in Wirtschaft und Regierungen erschüttert. Sie streben nach der

Wiederherstellung von Vertrauen und Zusammenarbeit. Unterschiedlichste neue Allianzen sind entstanden, um wieder Vertrauen aufzubauen und Antworten auf die vielen schwierigen Fragen zu finden (siehe Kasten 2). Regierungen, Wissenschaft, Unternehmen und unterschiedlichste Interessengruppen, auch aus der Zivilgesellschaft, arbeiten eng zusammen. Sie wollen Handel und Wirtschaft ankurbeln, neue Methoden und Indikatoren zur Messung des Fortschritts finden, Lösungen für den Klimawandel suchen, neue Technologien einführen, die Erträge in Land- und Forstwirtschaft steigern, die Stadterneuerung fördern, das Gesundheits- und Bildungswesen verbessern und Wertvorstellungen und Handlungsmuster in Richtung Nachhaltigkeit verändern.

Neue Regeln für die Wirtschaft

In dieser Phase setzt sich die Erkenntnis durch, dass in vielen Bereichen rasches, entschlossenes und koordiniertes Handeln und die Einbindung vieler Partner unumgänglich sind. Das macht es einfacher, die nötigen Voraussetzungen für ein nachhaltiges globales Wachstum zu schaffen. Besonders wichtig sind dabei die Festsetzung von CO₂-Preisen, vernetzte Emissionshandelssysteme sowie gesetzliche Regelungen, die die Abholung einschränken und Forschung im Agrarbereich fördern. Diese Entwicklungen tragen auch zur Finanzierung des Übergangs zu einer klimaschonenden Wirtschaft in den Entwicklungsländern bei. Ökoeffizienz und Bioproduktivität verbessern sich durch besseres Management der Ökosystemdienstleistungen und durch den Einsatz neuer Technologien. Die Emission von Treibhausgasen erreicht ihren Höhepunkt und geht danach zurück – während die Artenvielfalt wieder wächst.

In dieser Phase gibt es erste Versuche, durch geeignete Rahmenbedingungen das Wirtschaftswachstum vom Res-

ourcenverbrauch und der Zerstörung der Ökosysteme abzukoppeln. Die Vorstellungen von Erfolg und Fortschritt werden grundlegend überdacht. Die Märkte bewegen sich in Richtung wertorientierte Preisbildung und langfristige Wertschöpfung. Die Steuerpolitik fördert die Schaffung neuer Arbeitsplätze und gesunde Produkte und belastet negative externe Effekte wie Umweltverschmutzung und –zerstörung. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Kompetenzaufbau, vor allem in ärmeren Ländern, werden als Ziele langfristiger Investitionen attraktiver und als Geschäftsmöglichkeiten glaubwürdiger. Die Aktivitäten in diesen Bereichen sind eine Folge der Umwelt- und Wirtschaftskrise. Sie werden von Bildungseinrichtungen und Medien breit bekannt gemacht und fördern die Einstellung „Eine Welt: eine Menschheit, eine Erde“ bei Einzelnen und in der Gesellschaft.

Unternehmen erleichtern die Entscheidung für Nachhaltigkeit

Die Wirtschaft übt erheblichen Einfluss auf die Entwicklung von Rahmenbedingungen, Vorschriften und Innovationen aus. Unternehmen, Gesetzgeber und Kunden erproben, wie sich eine nachhaltige Lebensweise einfacher gestalten und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen verbessern lässt. Unternehmen und Kunden gestalten immer öfter gemeinsam Produkte und Dienstleistungen, die ihre Ziele und Werte in einen nachhaltigen Lebensstil und in nachhaltige Verhaltensweisen übersetzen.

Übergangszeit (2020–2050): Erfolg fördert Vertrauen und Dynamik

Viele Aktivitäten, die im vorigen Jahrzehnt begonnen wurden, erhalten nun neuen Antrieb. Jetzt ist die Zeit gekommen für effizientere Häuser und Landwirtschaftsbetriebe, Gebäude und Fahrzeuge, für klimaschonende und erneuerbare

Energiesysteme, für intelligentere Strom- und Wasserwirtschaft. Die „Software“ der Gesellschaft – also Steuerungssysteme, Märkte und Geschäftsmodelle – verändert sich weiter. Regierungen, Städte, Zivilgesellschaft und Unternehmen bilden neue Allianzen, um die anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Innovation, Erneuerung und Systemwandel

Die neue Wertorientierung der Wirtschaft wirkt als Katalysator für eine Zeit der Innovation und des sozialen Wandels. Saubere, dezentrale Energiesysteme werden als Ergänzung zu zentralisierten Systemen wettbewerbsfähig und weiterentwickelt. Um den wachsenden Lebensmittelbedarf – auch bei Fleisch und Fisch – zu decken, muss sich die Gesellschaft mit der Effizienz, der Sicherheit und dem Fußabdruck von Nahrungsmitteln auseinandersetzen. In der Landwirtschaft und im Energiesektor wird mehr wiederaufbereitetes Wasser eingesetzt, und virtuelles Wasser wird stärker beachtet. Land- und Forstwirtschaft sind besser organisiert und nutzen ihre Flächen effizienter. Auch

andere natürliche Systeme wie Riffe, Feuchtgebiete, Oberflächengewässer und offene Meere werden besser gemangelt. Neue Geschäftsmodelle profitieren von Netzwerkbildung, institutioneller Erneuerung und einem Systemwandel. Wiederverwertungskreisläufe bieten Chancen für die Wirtschaft. Neben den herkömmlichen Modellen geistigen Eigentums wie Lizenzen und Patenten gibt es neue Formen wie Mitbegründung (Co-Creation) und Open Source.

Die Menschen sind gesünder und wohlhabender

Die Grundbedürfnisse werden immer besser gedeckt. Neue Handelssysteme, von denen alle profitieren, lassen die ehemals am wenigsten entwickelten Länder aufblühen. Bildung, gesunde Lebensweisen und Integration entwickeln sich rasch. Es gibt genügend Arbeitsplätze, und die Produktivität der Arbeitskräfte ist dank technischer Verbesserungen und der Ausbildung von Fachkräften gestiegen. Lebensgewohnheiten, die „im Einklang mit den begrenzten Ressourcen unserer Erde“ stehen, verbreiten sich immer stärker.

Der Weg zu dynamischer Wirtschaftsentwicklung

Erfolgreich sind jetzt jene Unternehmen, die sich an wechselnde Marktverhältnisse und regulatorische Bedingungen anpassen. Sie haben gelernt, wann es für sie richtig ist, an der Spitze einer Entwicklung zu stehen, und wann sie nur folgen. Sie nutzen neue natürliche und personelle Ressourcen, um sich selbst und ihre Produkte in den Dienst dieser neuen Welt zu stellen.

Experimentierfreudigkeit und Kreativität sind jene Ressourcen im Veränderungsprozess, die sich am leichtesten erneuern lassen und somit am nachhaltigsten sind. Wie bisher wird Kreativität vor allem in der Produktentwicklung gebraucht und genutzt. Auch Konsumenten, Regierungen, Lieferanten, Anrainer, Kritiker und sonstige Interessengruppen setzen auf Kreativität. Überall dort, wo es Unternehmen gelingt, neue Quellen der Kreativität anzuzapfen, führt sie das zum Erfolg – weil sie damit ihre Unternehmenskultur für neue Ideen öffnen.

Kasten 2: Schwierige Fragen und Dilemmata

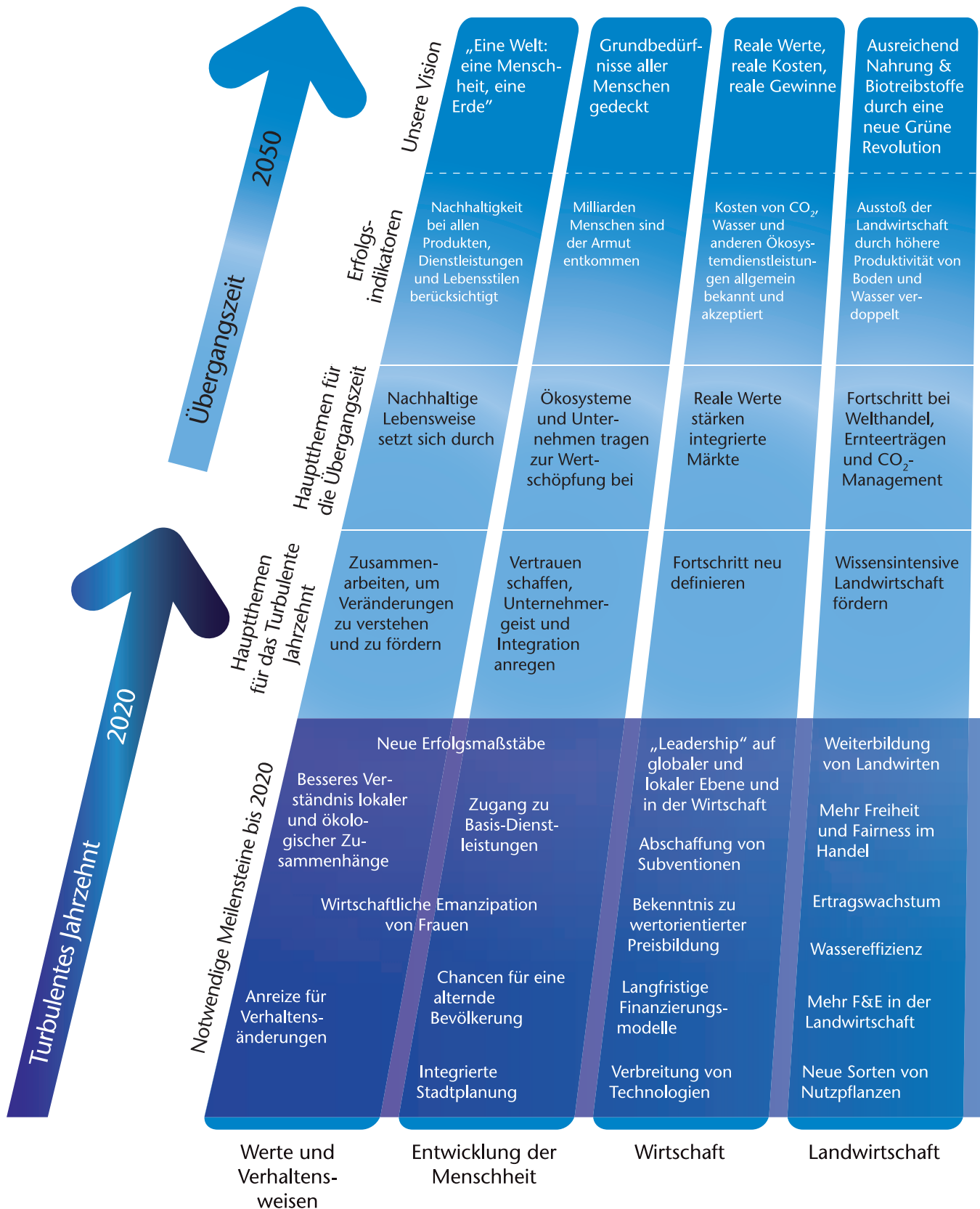
In den nächsten vier Jahrzehnten müssen die Menschen Kompromisse akzeptieren und sich mit schwierigen Fragestellungen auseinandersetzen. Antworten lassen sich nur durch gemeinsame Überlegungen finden. Zu diesen Fragen zählen:

- Wer beginnt mit Veränderungen (oder soll beginnen): Privatpersonen, Regierungen oder die Wirtschaft? Oder müssen alle gemeinsam handeln, wie in diesem Bericht empfohlen? Bei welchen Themen steht die Wirtschaft bereit, mit anderen Interessengruppen Veränderungen zu initiieren?
- Wie können Unternehmen, Regierungen und Gesellschaft gemeinsam die angestrebte Veränderung von Werten und Verhalten fördern?
- Wer bestimmt, wie die Anreize und Fördermechanismen dazu aussehen?
- Wer finanziert diese Veränderungen?

Vertrauen und langfristiges Denken sind notwendige Voraussetzungen, damit man diese Themen in Angriff nehmen und inklusive Entscheidungsprozesse einführen kann. Auch hier stellen sich wichtige Fragen:

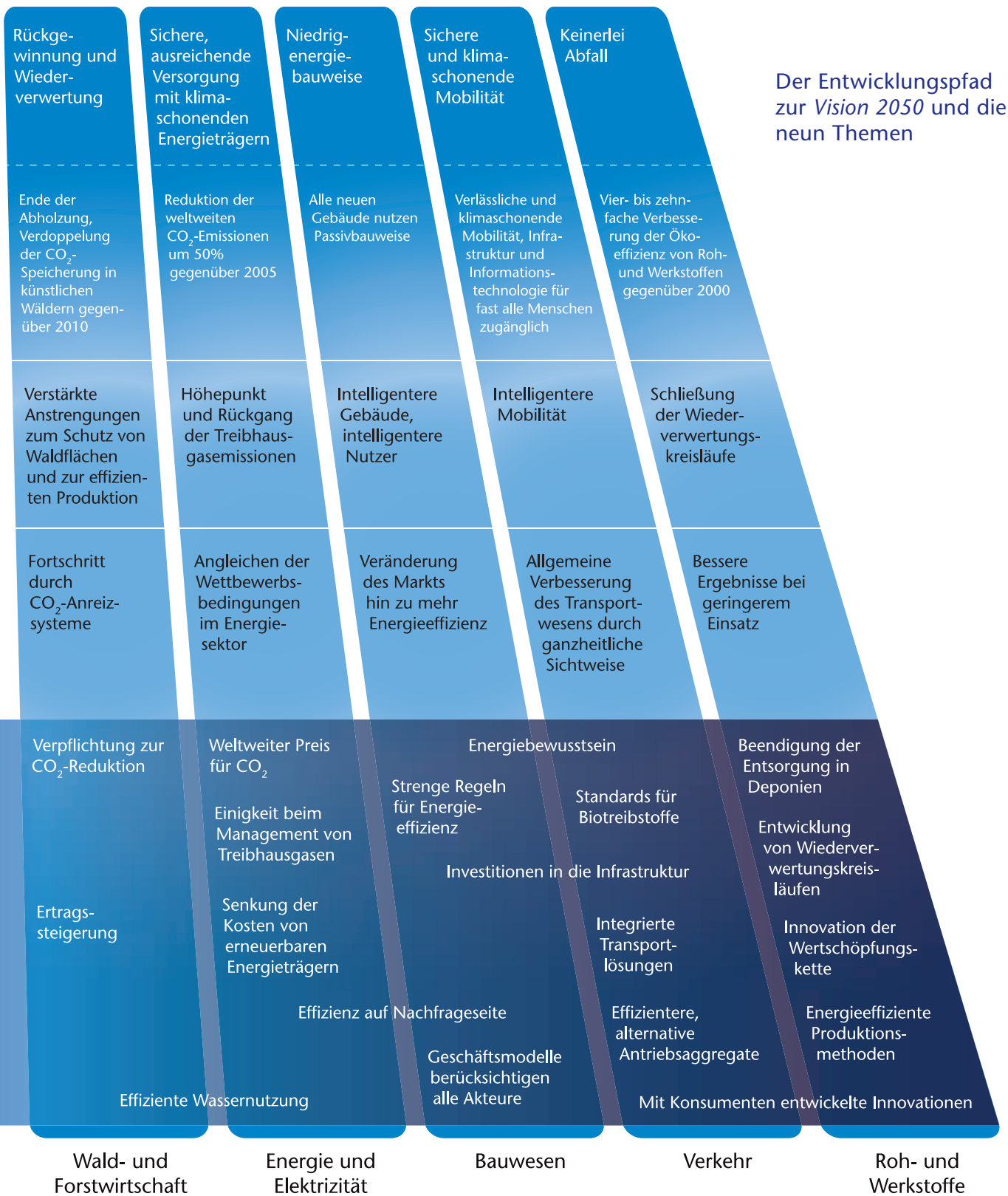
- Wie lässt sich genug Vertrauen aufbauen?
- Wie lassen sich die richtigen Anreize anbieten bzw. schaffen, damit die Entscheidungsträger in Unternehmen und Regierungen langfristige Stabilität und Fortschritt höher werten als kurzfristige Erfolge?
- Wie können Gesetzgeber und Unternehmen die Wirtschaft zügig umgestalten, ohne dass Arbeitsplätze verloren gehen und wirtschaftliche Unsicherheit entsteht?

Entwicklung einer



ausgehend von

nachhaltigen Welt bis 2050



Der Entwicklungspfad bis 2050

der heutigen Praxis

WIRTSCHAFTLICHE ANNAHMEN

Das Ausmaß der Chancen, die sich für die Wirtschaft aus der Verwirklichung einer nachhaltigen Zukunft ergeben können, ist beachtlich. Dieses Kapitel versucht einzuschätzen, welche Größenordnung die Geschäftsmöglichkeiten für die Hauptwirtschaftssektoren aus der weltweiten Umsetzung von Nachhaltigkeit bis 2050 erreichen könnten.

Eine von PricewaterhouseCoopers (PwC) für das Projekt *Vision 2050* erstellte Analyse zeigt auf, welches Ausmaß solche Geschäftsmöglichkeiten erreichen können, wenn die Vision einer nachhaltigen Zukunft im Jahr 2050 umgesetzt wird. Dazu wählten sie einen makroökonomischen Top-down Ansatz und verwendeten Daten aus der Bottom-up Analyse der Internationalen Energieagentur (IEA) zur Erderwärmung. Die Analyse konzentriert sich auf Zusatzinvestitionen oder -aufwendungen in zwei Bereichen der *Vision 2050*: natürliche Ressourcen und Gesundheit & Bildung. Andere Bereiche wurden nicht berücksichtigt, weil es dafür keine

ausreichende Datengrundlage zur zahlenmäßigen Berechnung gibt. Wir gehen aber davon aus, dass sich damit die Größenordnung der Geschäftsmöglichkeiten noch erhöhen würde.

Die Schätzungen (Tabelle 1) verdeutlichen, dass sich aus der Umsetzung von Nachhaltigkeit in den Bereichen Naturressourcen (inkl. Energie, Land- und Forstwirtschaft, Nahrungsmittel, Wasser und Metalle) und Gesundheit & Bildung (d.h. gesellschaftliche Nachhaltigkeit) kontinuierlich wachsende Geschäftsmöglichkeiten ergeben. 2050 erreichen diese einen Wert von USD 3–10 Billionen (auf Basis des Preisniveaus von 2008) bzw. 1,5–4,5% des weltweiten BIP 2050. Schon 2020 könnte der Wert (auf Basis des Preisniveaus von 2008) bei USD 0,5–1,5 Billionen jährlich liegen, wenn man davon ausgeht, dass die Möglichkeiten linear und parallel zum BIP wachsen.

Herangehensweise

Natürliche Ressourcen: Die zur Senkung der CO₂-Emissionen nötigen Zusatzinvestitionen im Energiesektor wurden anhand der Annahmen des IEA-Berichts

„Energy Technology Perspectives“ (ETP) von 2008 berechnet. Die Prognosen für andere natürliche Ressourcen orientieren sich ebenfalls an diesen Energiedaten. Dabei wurde die Größe der einzelnen Branchen berücksichtigt, und die in den einzelnen Branchen nötigen Anpassungen zur Erzielung der Vision 2050-Ziele wurden grob geschätzt.

Gesundheit & Bildung: Die Schätzungen beruhen auf der Annahme, dass in den Schwellenländern die Ausgaben für Gesundheit & Bildung gemessen am BIP 2050 die Größenordnung der G7 (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) von 2005 erreichen – wobei natürlich bis dahin die G7-Ausgaben für Gesundheit & Bildung gemessen am BIP vermutlich weiter gestiegen sein werden. Wie stark sich die Erhöhung der Gesundheits- und Bildungsausgaben in den Schwellenländern auf Mehrausgaben bei privatwirtschaftlichen Produkten und Dienstleistungen auswirken wird, wurde ebenfalls grob abgeschätzt.

Tabelle 1: Geschätzte Größenordnung der potenziellen Zusatzgeschäfte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten in ausgewählten Branchen im Jahr 2050

Branchen	Wert 2050 (in Billionen USD; auf Basis des Preisniveaus von 2008; Mittelwerte; Bandbreite in Klammern)	% des für 2050 erwarteten weltweiten BIP
Energiesektor	2,0 (1,0–3,0)	1,0 (0,5–1,5)
Forstwirtschaft	0,2 (0,1–0,3)	0,1 (0,05–0,15)
Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion	1,2 (0,6–1,8)	0,6 (0,3–0,9)
Wasser	0,2 (0,1–0,3)	0,1 (0,05–0,15)
Metall	0,5 (0,2–0,7)	0,2 (0,1–0,3)
Summe natürliche Ressourcen	4,1 (2,0–6,1)	2,0 (1,0–3,0)
Gesundheit & Bildung	2,1 (0,8–3,5)	1,0 (0,5–1,5)
Summe	6,2 (2,8–9,6)	3,0 (1,5–4,5)

Quelle: Schätzungen von PwC auf Basis von Daten von IEA, OECD und Weltbank

ÖKOLOGISCHE ANNAHMEN

Wir haben in Kooperation mit dem Global Footprint Network den ökologischen Fußabdruck für die *Vision 2050* berechnet und mit jenem des Szenarios „Weiter wie bisher“ verglichen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Menschheit im Jahr 2050 trotz Bevölkerungswachstum die Kapazität von nur etwa einer Erde braucht, wenn die in der *Vision 2050* geschilderten Veränderungen umgesetzt werden. Wenn wir jedoch „weiter wie bisher“ leben, verbrauchen wir bis dann die Kapazität von 2,3 Planeten (siehe Abbildung 3). Die Welt befindet sich in einer deutlich besseren Lage, wenn wir uns an den Entwicklungspfad halten, der es ermöglicht, dass wir Ende der 2050er Jahre oder zu Beginn der 2060er Jahre die Ressourcen von nur noch eines Planeten verbrauchen.

Der *Vision 2050* liegt die Abkehr von steigendem Verbrauch und Umweltzerstörung zugrunde. Das würde zu

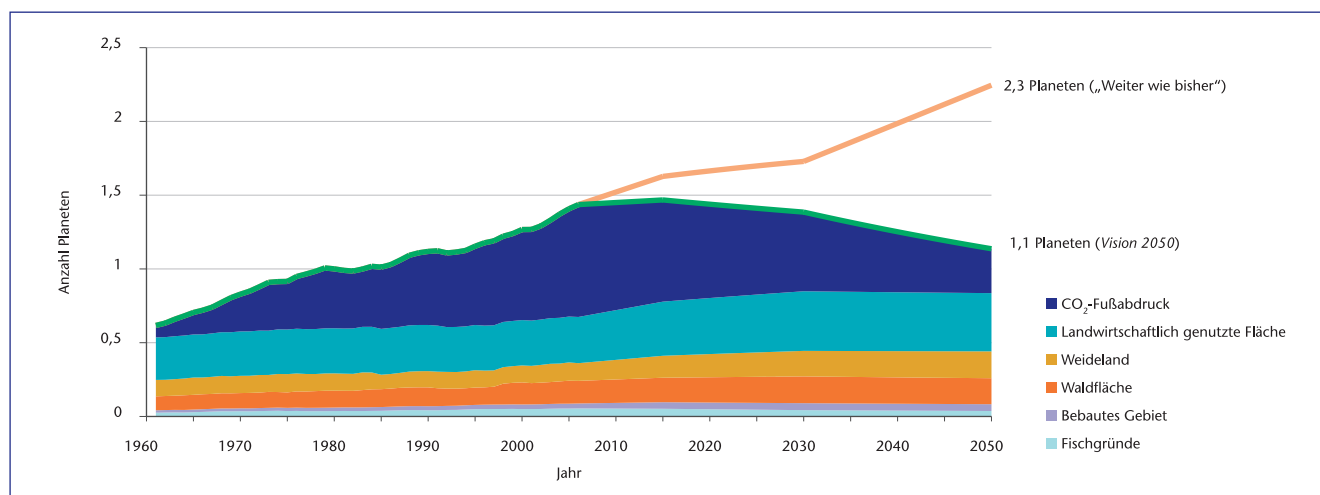
einem deutlich kleineren ökologischen Fußabdruck im Jahr 2050 und einer kontinuierlichen Erhöhung der Biokapazität schon ab etwa 2015 führen.

Herangehensweise

Die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks der *Vision 2050* korreliert mit den Schritten auf dem Entwicklungspfad und geht von folgenden Annahmen aus: Bevölkerungswachstum auf einen Medianwert von 9,2 Milliarden Menschen im Jahr 2050 (Vereinte Nationen; UN), Halbierung der CO₂-Emissionen von 2005 bis 2050 (IEA, ETP 2008, „Blue Map Scenario“), Erhöhung der Produktivität in der Forstwirtschaft durch künstliche Wälder und Ausweitung der forstwirtschaftlich genutzten Flächen ab 2030 (Annahmen des Projekts *Vision 2050*), weltweite Zunahme der Ernteerträge um 2% pro Jahr oder mehr gegenüber dem aktuellen Niveau durch Verbreitung von Best Practice und hohem Innovationsgrad (Annahmen des Projekts *Vision 2050*). Der durchschnittliche weltweite Nahrungsverbrauch wird etwa dem heutigen

Verbrauch von Costa Ricas entsprechen (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen; FAO). Das Szenario „Weiter wie bisher“ geht bei Bevölkerungswachstum und Nahrungsverbrauch von den gleichen Zahlen aus. Bei den CO₂-Emissionen und den Erträgen in Land- und Forstwirtschaft wurden jedoch andere Annahmen zugrunde gelegt. So steigen in diesem Szenario die CO₂-Emissionen parallel zum Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum (IEA, ETP, „Business-as-Usual Baseline Scenario“), die Forstgebiete entwickeln sich wie von 1950–2005, und die Erträge von Forstbetrieben und landwirtschaftlichen Nutzflächen bleiben konstant. Bei der Berechnung des ökologischen Fußabdrucks sind CO₂-Emissionen im Rahmen des CO₂-Fußabdrucks berücksichtigt. Dieser gibt an, welche Land- und Meeresfläche zur Aufnahme dieser Emissionen nötig wäre. Der Zeitpunkt, zu dem wir den Kapazitätsverbrauch eines Planeten erreichen, wurde durch lineares Fortschreiben der Trends zwischen 2040 und 2050 berechnet.

Abbildung 3: Ökologischer Fußabdruck der Szenarien *Vision 2050* bzw. „Weiter wie bisher“ – Wie viele Planeten brauchen wir?



Quelle: Global Footprint Network und *Vision 2050* des WBCSD (2010)

Die Chancen

Aus den Aktivitäten für mehr Nachhaltigkeit können sich im nächsten Jahrzehnt viele substanzielle Marktchancen vor allem auf drei Gebieten ergeben: Aufbau und Veränderung von Städten und Lebensweisen; Ausbau und Management von Biokapazität und Ökosystemen; Entwicklung neuer Finanzierungs- und Kooperationsstrukturen, um die Veränderungen auf den beiden erstgenannten Gebieten zu ermöglichen.

Aufbau und Veränderung von Städten

Der Trend, dass mehr Menschen in der Stadt leben als auf dem Land, setzt sich fort. Die Entwicklungsländer wandeln sich von Agrargesellschaften zu Güter- und Dienstleistungsgesellschaften. In den wachsenden Städten und ihrem Umfeld wird die Knappheit von Energie, Land und Rohstoffen besonders spürbar. Manche Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2030 weltweit Investitionen in die städtische Infrastruktur von USD 40 Billionen nötig sein werden. Die Städte müssen so

angelegt und umgestaltet werden, dass Müllaufkommen jeglicher Art minimiert werden, Biodiversität und Ökosysteme gedeihen und die Grundbedürfnisse der Bewohner ressourcen- und energieschonend gedeckt werden. Jede Stadt ist jedoch anders und muss ihren eigenen Weg dabei finden. Die urbane Entwicklung ist geprägt von neuen Denkweisen bei der Gestaltung und Verwaltung von Gebäuden, Räumen und Infrastruktur.

Die verschiedenen Stadttypen mit ihren unterschiedlichen Charakteristika und Möglichkeiten bedingen auch verschiedene Herausforderungen und Chancen (siehe Tabelle 2). Im nächsten Jahrzehnt werden nachhaltige **Stadtplanung und -entwicklung** durch den Bau von neuen „Ökostädten“ einen Aufschwung erleben. Masdar in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Dongtang in China sind Beispiele für Städte, die auf der grünen Wiese als abfallfreie Kommunen gebaut werden. „Braune“ Städte (London, UK und Seoul, Südkorea) und „blaue“ Städte

(Dhaka, Bangladesch und New Orleans, USA) werden bei der Planung wieder stärker die Natur berücksichtigen und bestehende Gebäude mit verbesserten, wiederverwertbaren Materialien und Informationssystemen aufrüsten. In „roten“ Städten wie Mumbai, Indien und Soweto, Südafrika, die über eine rasch wachsende Bevölkerung, aber unzureichende Ressourcen verfügen, ergeben sich wirtschaftliche Möglichkeiten bei der Entwicklung von leistbaren, skalierbaren und ökoeffizienten Lösungen zur Erhöhung der Lebensqualität.

Die Effizienzstandards für Heizungen, Klimaanlage und Elektrogeräte steigen kontinuierlich. Intelligente Messgeräte tragen zum Energiesparen bei, indem sie den Energieverbrauch überwachen und Tarifinformationen für verschiedene Tageszeiten zur Verfügung stellen. Die **Bau- und Raumordnung** muss weiterhin die Lebensweise und Verkehrsnutzung der Menschen berücksichtigen, um eine Reduktion der CO₂-Emissionen zu erreichen.

Tabelle 2: Eigenschaften und Chancen der verschiedenen Stadttypen

		Braun	Rot	Grün	Blau
Beispiel		London, Seoul	Mumbai, Soweto	Masdar, Dongtang	Dhaka, New Orleans
Entwicklung		Schrittweise: alternde Infrastruktur, langsame Veränderungen	Ad-hoc: dicht bevölkert, weiteres Wachstum, unzulängliche Infrastruktur	Gezielt: Stadtplanung zielt auf optimale Nachhaltigkeit ab	Risikogebiete: gefährdete Lage bei steigendem Meeresspiegel
Chancen	Bauwesen	Aufbau und Veränderung	Leistbarer Wohnbau mit geringem Umweltverbrauch	Ganzheitliche Ausrichtung	Anpassung
	Abfallwirtschaft	Waste Mining, Wiederverwertung und Sammeln von Abfällen			
	Wasser und Abwasser	Aufbau und Veränderung	Quantensprung	Geschlossene Kreisläufe	Erhalt der bestehenden Versorgung
	Energie	Saubere Energieträger	Verlässliche Energieversorgung	Intelligentere Systeme	Erhalt der bestehenden Versorgung
	Mobilität	Aufbau und Veränderung	Zugang zu kostengünstiger und klimaschonender Mobilität und Verkehrsinfrastruktur	Intelligentere Mobilität	Erhalt der Infrastruktur für private und öffentliche Verkehrsmittel

Die Stadtplanung bringt die Anforderungen der Mobilität in Einklang mit der sozioökonomischen Entwicklung. Sie schafft neue Transportmöglichkeiten und senkt den Bedarf an Fahrten. Daraus ergeben sich Geschäftsmöglichkeiten im Bereich der **urbanen Mobilität**. Auf den wachsenden Märkten steigt die Nachfrage nach effizienteren Fahrzeugen. Entsprechende Investitionen in die **Transport-Infrastruktur** führen zu einem breiten Verkehrsangebot und einem effizienten Verkehrsfluss. Durch intelligente Verkehrssysteme lassen sich unterschiedliche Verkehrsmittel kombinieren und Wartezeiten verkürzen. Zu den möglichen Verkehrsmitteln zählen Leichtfahrzeuge, Luft-, Wasser- und Schienenverkehr, Busse, Motorräder, Fahrräder, andere zwei- und dreirädrige Fahrzeuge und Fußverkehr. Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützt die Vernetzung der Verkehrsmittel. Die Konsumenten benötigen exakte Informationen für die Wahl der Transportmittel. Der städtische Güterverkehr wird weiterhin spezielle Anforderungen an Flexibilität und Ladekapazität stellen.

Aufbau und Veränderung der Energie-Infrastruktur

Laut Schätzungen von OECD und Global Insight sind bis 2015 Investitionen in die Infrastruktur von USD 10,3 Billionen nötig. Nur knapp ein Drittel davon (USD 3,2 Billionen) entfällt auf den Bau neuer Kapazitäten, der Rest (USD 7,1 Billionen) auf Ersatzinvestitionen.

Die **Energie-Infrastruktur** wird auf niedrigen CO₂-Ausstoß ausgelegt sein. Der steigende Energiebedarf wird Innovationen und Investitionen in die Energieversorgung, -übertragung und -verteilung auslösen. Der Markt für erneuerbare Energieträger soll sich laut Schätzungen von Clean Edge Research innerhalb eines Jahrzehnts von USD

115 Milliarden im Jahr 2008 auf USD 325 Milliarden mehr als verdoppeln. Bis 2030 sind Investitionen von rund USD 13 Billionen für den Ausbau von Übertragungs- und Verteilernetzen erforderlich.

Die Nachfrage nach Lösungen zur Lenkung des Energieverbrauchs – z.B. durch Mehrweg-Informationsmedien und Telekommunikation – steigt. Die Übermittlung von Preisinformationen und ein dynamisches Preismodell motivieren zu zeitversetztem Energieverbrauch und sorgen für eine gleichmäßigere Verteilung der Stromlast über den Tag.

Wasser erfordert weiterhin Ausgaben von mehreren Milliarden Dollar durch Staaten und von mehreren Millionen Dollar durch Städte. Immer neue Lösungen für Wasseraufbereitung, Wasserschutz und verbesserten Zugang zu Wasser erfordern bis 2030 jährlich Investitionen von rund USD 200 Milliarden. Um die UN-Millenniumsziele für Trinkwasser und Abwasserentsorgung zu erreichen, sind jährlich USD 11,3 Milliarden nötig.

Abwasser entwickelt sich zu einer Ressource. In **Wasserkreisläufen** wird das Wasser innerhalb einer Stadt wiederverwertet, anstatt in Flüsse oder ins Meer entsorgt zu werden. Das eröffnet Geschäftsmöglichkeiten bei der Gestaltung und Bewirtschaftung der neuen geschlossenen Wasserwirtschaftssysteme.

Auf Nachfrageseite ergeben sich zahlreiche Chancen, damit die Ressource Wasser effizient und schonend genutzt und der **absolute Wasserverbrauch gesenkt** werden kann. Derzeit verbraucht die Landwirtschaft weltweit 70% des Trinkwassers. Die Produktivität des in der Landwirtschaft eingesetzten Wassers kann jedoch bei allen Nutzpflanzen wesentlich gesteigert werden.

Verbesserte Abwassersysteme in den neuen Ökostädten erlauben die Rückgewinnung von Nährstoffen, sichern die Sammlung von Regenwasser und garantieren die Wasserversorgung. Feuchtgebiete in urbanen Gebieten können zur Kühlung der Städte beitragen, Überschwemmungen verhindern und die Biodiversität erhöhen.

„**Waste Mining**“ (Rückgewinnung von Werkstoffen aus Müll) senkt durch Wiederverwertung den Bedarf an Primärrohstoffen. Obwohl die Wiederverwertungsquote von Aluminium heute schon hoch ist, werden erst 10% der Aluminiumfolie gesammelt und wiederverwertet. Bei einem weltweiten Jahresverbrauch an Aluminiumfolie von rund 2,8 Millionen Tonnen und einem Preis von USD 2.000 pro Tonne ließe sich zusätzlich Folie im Wert von USD 5,6 Milliarden rückgewinnen. Die zunehmende Verknappung von Rohstoffen und steigende ökologische Kosten machen die Rückgewinnung von Stoffen aus Deponien und die Nutzung von Nebenprodukten wie Methangas wirtschaftlich attraktiver. Sobald eine auf Abfallvermeidung ausgerichtete Denkweise die Wegwerfmentalität verdrängt, werden sich im Recycling zahlreiche Chancen eröffnen, etwa durch die gezielte Rückgewinnung von noch verwertbaren Komponenten aus Abfällen und durch bedarfsorientierte Trennung.

Aufbau und Veränderung von Lebensgrundlagen und Lebensgewohnheiten

Aus der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils ergeben sich geschäftliche Chancen. Besserer Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und Bildung und eine stärkere Ergebnisorientierung dieser Leistungen verbessern die Lebensbedingungen in armen wie in reichen Ländern.

Die klimaschonende und dienstleistungsorientierte Wirtschaft der Zukunft braucht erweiterte **Bildungsangebote**, um Arbeitskräfte weiterzubilden, neuen Gruppen – z.B. Frauen und Älteren – Zugang zu Arbeit und Unternehmertum zu ermöglichen und fundierte Konsumententscheidungen zu fördern. Regierungen und Unternehmen werden in schulische Infrastruktur investieren und die Lehrinhalte ausweiten, um das Wissen der Menschen über natürliche Systeme zu erhöhen („natürliche Bildung“) und so ihr Konsumverhalten positiv zu beeinflussen. Dieser Ausbau des Bildungswesens bietet Chancen durch die Entwicklung und Bereitstellung von Gebäuden, Inhalten, Technologien und sonstigen Gütern und Dienstleistungen.

Im **Gesundheitswesen** werden Modelle, die auf Betreuung und Vorsorge aufbauen, wichtiger als jene, die sich auf die Behandlung von Krankheiten beschränken. Investitionen zur Bekämpfung von Krankheiten zielen vor allem auf leistbare Diagnosen, Medikamente und Impfungen ab und fließen in zusätzliche Gesundheitseinrichtungen, besonders in Entwicklungsgebieten. Auch hier muss ein Schwerpunkt auf der Vorsorge liegen, wozu wiederum neue Produkte und Dienstleistungen nötig sind, die helfen Krankheiten zu vermeiden und so zur Eindämmung der Gesundheitskosten beitragen. Die Vorsorgemedizin wird in den meisten Ländern nicht mehr Krankenhäuser, sondern die Patienten in den Mittelpunkt stellen.

Um **Lücken in der Gesundheitsversorgung** zu schließen, werden mehr primäre, sekundäre und tertiäre Gesundheitseinrichtungen nötig sein – von einfachen medizinischen Einrichtungen am Land bis hin zu Kliniken mit umfassendem Angebot in den Städten. Die Zahl an Privatkliniken wird – auch dank verbesserter Versicherungssysteme

– kräftig steigen. In Schwellenländern werden sauberes Wasser, Abwasserentsorgung, saubere Luft und gesundes Wohnen Priorität haben.

Schon 2020 werden rund 20% der Weltbevölkerung **65 Jahre und älter** sein. Jeden Monat wird diese Bevölkerungsgruppe um über 1,9 Millionen Menschen wachsen. Diese Menschen werden Produkte und Dienstleistungen nachfragen, mit denen sie weiterhin unabhängig und integriert leben können.

Die Nachfrage nach sicheren Finanzprodukten, die über 65-Jährigen verlässlichere Einkommen bieten, und nach Kommunikationswerkzeugen, mit denen sie mit der Gesellschaft, ihren Freunden und ihren Familien in Kontakt bleiben können, wird hoch sein. **Soziale Netzwerke im Internet** werden sich zunehmender Beliebtheit erfreuen, weil sie verschiedene Communities erschließen und Kontakt und Austausch mit anderen Kulturen und jüngeren Menschen ermöglichen. Da ältere Menschen auch nach der Pensionierung lernen und neue Kompetenzen erwerben wollen, entsteht ein Bedarf nach Online-Inhalten sowie Bildungsinstitutionen und Universitäten, die Weiterbildung für diese Zielgruppe anbieten.

Die Mittelklasse wird von heute weltweit rund 1,7 Milliarden Menschen bis 2030 auf 3,6 Milliarden wachsen. Das Wachstum wird vor allem in Schwellenländern stattfinden. Es wird schwierig sein, bis 2050 Nachhaltigkeit zu erreichen, wenn die Konsumenten sich nicht für die **richtigen Produkte entscheiden** oder sie nicht richtig verwenden. Konsumenten brauchen bessere **Produktinformationen**, um Produkte und Dienstleistungen auszuwählen, mit denen sie ihren CO₂-Fußabdruck einfach, bequem und übergangslos verkleinern können. Sie

werden weniger Wert auf Eigentum legen und damit einen Boom bei Geschäftsmodellen auslösen, die ihnen durch gemeinsame Nutzung oder Mieten attraktive Alternativen dazu bieten. Mehrzweckgeräte und -technologien machen es den Verbrauchern leichter, vernünftige Entscheidungen zu treffen.

Erhöhung der Biokapazität und Management der Ökosysteme

Die Produktivität der Landwirtschaft muss jährlich um 2% wachsen, um bis 2050 genug Nahrung, Kleidung und Energie für die Weltbevölkerung zu liefern. Mehr als USD 83 Milliarden müssen dafür jährlich investiert werden, das sind rund 50% mehr als derzeit. Die Entwicklung von besserem Saatgut hilft, die **Erträge** pro eingesetzter Wasser- und Nährstoffmenge zu **steigern** und Schädlinge und Krankheiten abzuhalten. Die Land- und Forstwirtschaft wird neue Technologien einsetzen, um unerwünschte Pflanzen hintanzuhalten und Nährstoffe auszubringen. Best Practice-Lösungen werden über neue Wissensplattformen verbreitet. Einzelne Unternehmen und Gesellschaftsbereiche werden gemeinsame Netzwerke zur Überbrückung von Distributionslücken nutzen, um auch abgelegenen Landwirten die beste Technologie und das beste Know-how zukommen zu lassen.

Die Zerstörung von Ökosystemen durch Abholzung entspricht einem weltweiten jährlichen Verlust an Naturkapital von USD 1,9 bis 4,5 Billionen. Die **Bioproduktivität** von landwirtschaftlichen Flächen wird so weit steigen, dass einzelne Gebiete renaturiert werden können und die Produktivität natürlicher Systeme ergänzen. Aufforstung, höhere Produktivität in der Forstwirtschaft, die Sanierung geschädigter Flächen und die Vermeidung

von Abholzung tragen zur Bekämpfung der Erderwärmung bei. Zahlungen für Naturschutz und Ökosystemdienstleistungen geben der Wirtschaft zusätzliche Entwicklungsimpulse.

Manche Schätzungen gehen davon aus, dass auf den **Ökosystemmärkten** die Zahlungen für Produkte aus zertifizierten Forstbetrieben von geschätzten USD 15 Milliarden im Jahr 2010 auf rund USD 50 Milliarden im Jahr 2050 steigen könnten. Bei landwirtschaftlichen Produkten aus zertifizierten Betrieben wird ein Wachstum der Zahlungen von USD 42 Millionen im Jahr 2005 auf USD 97 Milliarden bis 2012 erwartet (unter Zugrundelegung einer jährlichen Wachstumsrate von 15%) sowie eine mögliche weitere Steigerung bis 2050 um den Faktor 10 auf USD 900 Milliarden.

Unterstützung bei der Veränderung

Aus der Förderung nachhaltiger Entwicklung ergeben sich Marktchancen für Firmen, die sich mit Finanzen, Informationen, Transparenz und Risikomanagement beschäftigen oder umfassende Netzwerke verschiedener Akteure bilden. Obwohl Lenkungsprozesse durch Vorschriften und Gesetze eine entscheidende Rolle spielen, kann auch die Wirtschaft unmittelbar aktiv werden.

Herkömmliche **Finanzierungsmodelle** werden nicht ausreichen. Es braucht zusätzliche Innovationen, um Finanzinstrumente zu schaffen, die so robust sind, dass sie sich an den Bedarf anpassen: skalierbar, praktisch, leistungsfähig, einfach umzusetzen und verallgemeinerungsfähig. Bei großen Infrastrukturprojekten können durch **Zusammenarbeit** neue Finanzierungsquellen erschlossen werden. Lebensversicherungen und Pensionsfonds schätzen, dass 2 bis 5% der von europäischen Lebens-

versicherern verwalteten Vermögen – in Summe mehrere Milliarden Dollar – für Infrastrukturprojekte zur Verfügung gestellt werden können, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Risikoeinschätzung stimmen. Am anderen Ende des Spektrums steht der **Mikrofinanz**-Sektor (typischerweise Kredite unter USD 250), der sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern wachsen wird. Hier werden Frauen als Zielgruppe stärker angesprochen, weil ihre Gewinne direkt den Familien und der Gesellschaft zugute kommen. **Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen** benötigen zunehmend verlässliche und leistbare Kapitalquellen, damit sie systematisch und rasch Arbeitsplätze schaffen und so einen wesentlichen Beitrag zur *Vision 2050* leisten können.

Wenn mehr Kapital zwischen einer immer größeren Anzahl von Akteuren fließt und die geltenden Vorschriften und Compliance-Anforderungen strenger werden, muss auch die **Transparenz** steigen. Dafür sorgen Beratungsdienstleister für Unternehmensberichterstattung und Wirtschaftsprüfung, die mittels Informationstechnologie weltweit in Echtzeit Daten erheben und auswerten. In den Schwellen- und Entwicklungsländern beschleunigen neue – vor allem mobile – **Informations- und Kommunikationstechnologien** und schnellerer, verlässlicherer und bequemer Internetzugang die Innovation von Geschäftsmodellen und das Wirtschaftswachstum. Schon heute steigt etwa nach Angaben der Weltbank das BIP-Wachstum in einem typischen Entwicklungsland durch 10 zusätzliche Mobiltelefone pro 100 Menschen um 0,8%.

Bei Risikoverteilung und -übertragung werden sich über herkömmliche Versicherungsmodelle hinaus neue Formen

entwickeln. Das Marktpotenzial für **Mikroversicherungen** und andere Produkte an der Basis der Pyramide in Entwicklungsländern wird auf 1,5 bis 3 Milliarden Verträge geschätzt. Das jährliche Wachstum liegt bereits jetzt bei mehr als 10%. Das Microinsurance Centre schätzt, dass sich im nächsten Jahrzehnt der Markt für Mikroversicherungen auf eine Milliarde Policeninhaber versiebenfachen könnte. Um zu klären, wie sich so große Investitionsrisiken am besten absichern lassen, sind neue Formen der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichsten Akteuren aus verschiedenen Regionen, Branchen, Gesellschaftsbereichen und Fachgebieten nötig.

Unternehmen, die **komplexe Netzwerke** aufbauen und pflegen können, werden immer gefragter. Die Versorgungsstrukturen in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Energie, Wasser und Abfall funktionieren nicht ohne Vernetzung. Die wechselseitige Abhängigkeit dieser Bereiche tritt immer klarer zutage, und passende Lösungen entstehen. Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft müssen viele Fragen über die Grenzen von Ländern, Wirtschaftssektoren und Gesellschaftsbereichen hinweg diskutiert werden. Mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien lassen sich immer größere Datenmengen immer schneller transportieren, was zu deutlichen Effizienzsteigerungen führt.

Es ist zu erwarten, dass in allen Bereichen hoch entwickelte **Frühwarnsysteme**, laufende Risikoüberwachung und Risikomanagement entstehen. Diese Systeme sind eine Chance nicht nur für die Dienstleister, sondern auch für ihre Nutzer, die von den verbesserten Möglichkeiten zur Beobachtung und zum Informationsaustausch erheblich profitieren können.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Krise als Chance – das Klischee enthält durchaus einen wahren Kern. Die aktuelle Krise, die Umwelt, Bevölkerung, Ressourcen und Wirtschaft erfasst hat, eröffnet tatsächlich viele Möglichkeiten. Dieser Bericht beschreibt zahlreiche Chancen, die sich auftun, wenn die Welt sich ihren Problemen stellt – und er zeigt auch Wege auf, um sie umzusetzen: Aufbau von Infrastruktur, Entdeckung neuer Arzneimittel, Entwicklung neuer Technologien sowie Entwicklung und Anbau neuartiger Pflanzensorten.

Die größte Motivation für diesen Bericht lag von Anfang an in jener überwältigenden Chance, die in der *Vision 2050* dargestellt ist: dass 9 Milliarden Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde leben können. Jetzt, wo weltweit Aufmerksamkeit herrscht, wo Umwelt- und Wirtschaftsthemen international auf der Tagesordnung stehen, können wir energisch handeln, um das nicht nachhaltige Muster „Wachstum durch Zerstörung“ zu durchbrechen. Schon 2050 könnte das Wachstum stattdessen auf der vernünftigen Nutzung erneuerbarer und der Wiederverwertung nicht erneuerbarer Ressourcen basieren.

Der Entwicklungspfad hin zu dieser nachhaltig gestalteten Welt enthält Chancen und Risiken und wird die Wirtschaftswelt entscheidend verändern. Manche Unternehmen werden sich freiwillig ändern und anpassen, für andere wird der Wandel eine Herausforderung sein. Auf dem Weg zur *Vision 2050* müssen Unternehmen enger als je zuvor mit Regierungen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Folgende Fragen sind zu bedenken und zu klären: Wer definiert die Anreize und deren Umsetzung? Wer finanziert den Übergangsprozess (insbesondere die nötige Forschung und Entwicklung und die Einführung fortschrittlicher Tech-

nologien)? Wer wird oder soll Vorreiter sein? Wie wird Erfolg definiert?

Komplexe Systeme als Basis

Wir sind zum Schluss gekommen, dass es nicht einen einfachen Weg zur *Vision 2050* gibt. Vielmehr wird es notwendig sein, komplexe Systeme (z.B. für Energie, Finanzen, Nahrung, Forstwirtschaft, Transport und Städte) so zu planen, zu bauen oder zu verändern, dass sie das Überleben und die Entwicklung der Menschheit im 21. Jahrhundert und danach ermöglichen.

Aus der Geschichte können wir vieles lernen. Es ist wichtig, dass wir die großen Ideen, Theorien und Ansätze untersuchen, die in der Vergangenheit Unternehmen und Märkte erfolgreich gemacht haben und daraus lernen, wie sie zum Fortschritt der Gesellschaft und zur Entwicklung der Menschheit in den vergangenen 50 Jahren beigetragen haben. Wie in der Vergangenheit müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wir brauchen aber auch aufgeklärt denkende Entscheidungsträger und Fantasie, wenn wir Neuland betreten, in dem die Erfahrungen der Vergangenheit nicht so hilfreich sind.

Die Wirtschaft braucht Mitstreiter

Die Gelegenheit zum Handeln könnte rasch verstreichen. Daher warten schon im nächsten Jahrzehnt viele Aufgaben auf uns. Wir müssen den Fortschritt in unterschiedlichen Bereichen, Branchen und Regionen sichern. Die Wirtschaft ist dabei ein Hauptakteur, aber sie kann diese Aufgabe nicht allein bewältigen – vor allem nicht in ihrer heutigen Form. Auch Regierungen, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit müssen aktiv werden. Jede Verzögerung macht es um ein Vielfaches schwieriger, die ohnehin anspruchsvollen Ziele zu erreichen. Dieser Bericht unterstreicht die Rolle der Unternehmen in einer Gesellschaft, die eine

nachhaltige Zukunft ansteuert. Er zeigt, dass sich auf dem Weg dahin Risiken, aber auch zahlreiche Chancen ergeben, die zu untersuchen sich lohnt. Sie lassen sich in drei Bereiche einteilen:

1. Neue wirtschaftliche Chancen für das kommende Jahrzehnt, die sich aus der *Vision 2050* ergeben. Daran können Unternehmen ihre interne Planung ausrichten: strategische Prioritäten, Stärkung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, Geschäftsentwicklung und mögliche Schwerpunkte im Portfolio.
2. Neue Schwerpunktsetzung bei externen Beziehungen, basierend auf einer Überprüfung der Geschäftsmöglichkeiten und einer Analyse der nötigen Beiträge von Regierungen und anderen Interessengruppen. Daran können sich Unternehmen in der externen Planung orientieren: Prioritäten bei Beziehungen zu Interessengruppen, Auswahl neuer Themen und Aufgaben für Wirtschaftsverbände.
3. Überwachung von und Auseinandersetzung mit neuen Risiken – basierend auf den Handlungen anderer Interessengruppen und den bei Risiko- und Wild Card-Analysen identifizierten Risiken.

Die Zukunft beginnt jetzt

Dieser Bericht ist der erste Schritt auf einer vier Jahrzehnte dauernden Reise. Er versteht sich als Anregung zum Dialog und als Aufruf zum Handeln. Nur durch Zusammenarbeit, Überzeugung und Mut können wir die für langfristigen Wohlstand nötigen radikalen Veränderungen planen und umsetzen und zugleich im Hier und Heute erfolgreich bleiben. Unternehmensführer werden den Wunsch und die Aufgabe haben, am Weg zur Nachhaltigkeit Vorreiter zu sein. Wir laden auch die Entscheidungsträger in Politik und Zivilgesellschaft ein, diesen schwierigen, aber aufregenden Weg mitzugehen.

Danksagung

Viele Menschen haben in den letzten 18 Monaten an diesem Projekt mitgearbeitet. Dabei sind in erster Linie die Co-Vorsitzenden, die beteiligten Mitgliedsunternehmen und das Kernteam zu nennen, die alle am Beginn dieses Berichts erwähnt sind. Weltweit führende Consultingunternehmen, Berater und Autoren waren uns wertvolle Partner: Ged Davis (Chefberater), Angela Wilkinson (Beratung), Bradley R. Fisher (Text), Lloyd Timberlake (Text) und Robert Horn (Visualisierung/grafische Darstellung).

Wichtige Beiträge kamen auch von fachkundigen Einzelpersonen und Unternehmensvertretern, von unseren Partnern in den regionalen WBCSD-Netzwerken, von WBCSD-Mitarbeitern und -Praktikanten und von verschiedenen Interessengruppen, v.a. vom Global Footprint Network und der Alliance for Global Sustainability.

Das Projekt führte regionale Sichtweisen zusammen. Die Ergebnisse wurden weltweit bei rund 30 Dialogveranstaltungen zur Diskussion gestellt. Außerdem haben die beteiligten Unternehmen das Fachwissen zahlreicher Experten aus ihren Organisationen eingebracht. In der Langfassung *Vision 2050: Die neue Agenda für Unternehmen* findet sich eine ausführliche Danksagung.

Wir möchten allen Mitwirkenden – den namentlich genannten und den ungenannten – unseren aufrichtigen Dank aussprechen.

Über den WBCSD

Der World Business Council for Sustainable Development (Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung; WBCSD) ist ein einzigartiger, von Unternehmensvorständen geleiteter Zusammenschluss von rund 200 internationalen Unternehmen. Er beschäftigt sich ausschließlich mit nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und bietet Unternehmen eine Plattform, um gemeinsam Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung zu sondieren und Wissen, Erfahrungen und Best Practice auszutauschen. Außerdem vertritt er den Standpunkt der Wirtschaft zu diesen Themen in verschiedenen Foren und in Gemeinschaftsprojekten mit Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und zwischenstaatlichen Organisationen.

Kontaktpersonen zu Vision 2050

Projektleitung: Per Sandberg,
sandberg@wbcsd.org
Programmassistenz: Kija Kummer,
kummer@wbcsd.org
Projektmitarbeit: Nijma Khan,
nijma.khan@accenture.com
Projektmitarbeit: Li Li Leong,
li.li.leong@my.pwc.com

Weitere Informationen und Materialien zur *Vision 2050* finden Sie auf unserer Website www.wbcsd.org/web/vision2050.htm

Vorbehaltserklärung

Dieser Bericht erscheint im Namen des WBCSD. Er ist das Ergebnis eines 18 Monate dauernden Projekts, an dem Vertreter aus 29 Mitgliedsunternehmen und dem WBCSD-Sekretariat mitgearbeitet haben. Wie bei anderen WBCSD-Projekten war auch bei *Vision 2050* ein breites Spektrum internationaler Interessengruppen eingebunden. Die beteiligten Unternehmen und weitere Berater arbeiteten bei der Erstellung des Berichts eng zusammen. Er wurde von allen Projektmitgliedern geprüft, um eine größtmögliche Übereinstimmung bei den wichtigsten Ansichten und Aspekten sicherzustellen. Das bedeutet jedoch nicht, dass alle beteiligten Unternehmen unbedingt allen Aussagen des Berichts zustimmen. Die Verwendung des Berichts und seiner Aussagen liegt im Ermessen der Leser.

Englische Originalversion:
Copyright © WBCSD, Februar 2010,
ISBN: 978-3-940388-57-5

Deutsche Version, Juni 2010
Übersetzung: Petra Rösler
Adaption Grafik: Andrea Hochstrasser
Übersetzung erstellt von: respACT –
austrian business council for sustainable
development und econsense – Forum
Nachhaltige Entwicklung der Deutschen
Wirtschaft e. V.

Papier: Nautilus SuperWhite, aus 100% Altpapier hergestellt.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens.
gugler cross media, Melk; UWZ 609; www.gugler.at

greenprint*
klimaneutral gedruckt



respACT – austrian business council for sustainable development ist die führende Unternehmensplattform für Corporate Social Responsibility (CSR) und Nachhaltige Entwicklung in Österreich. Der im Jahr 1997 nach dem Vorbild des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) gegründete Verein unterstützt seine Mitgliedsunternehmen dabei, ökologische und soziale Ziele ökonomisch und eigenverantwortlich zu erreichen. respACT bietet seinen Mitgliedsunternehmen innovative Konzepte und Projekte zu CSR und Nachhaltigkeit und eine Plattform zum Erfahrungsaustausch.

respACT
austrian business council
for sustainable development

Herrengasse 6-8/6/1/3
1010 Wien
Österreich

Telefon: +43 1 7101077 0
Fax: +43 1 7101077 19

office@respact.at
www.respact.at

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. ist ein Zusammenschluss führender global agierender Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft, die gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung und Corporate Social Responsibility fördern wollen. Als Think Tank und zentrale Dialogplattform wurde econsense im Jahr 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) gegründet und ist der regionale Partner des WBCSD in Deutschland.

econsense
Forum Nachhaltige Entwicklung
der Deutschen Wirtschaft e. V.

Breite Straße 29
10178 Berlin
Deutschland

Telefon: +43 30 2028 1474
Fax: +43 30 2028 2474

info@econsense.de
www.econsense.de

